

Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen

# NAKOS 33

# EXTRA

**Mit Profil im Netzwerk  
Selbsthilfekontaktstellen  
Freiwilligenagenturen  
und Seniorenbüros**

**Dezember 2002**



---

# Vorwort

Engagementfördernde Einrichtungen wie Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros sind in der politischen Diskussion. Das ist erfreulich. Denn nur wenn diese Einrichtungen als „wichtige Kristallisationspunkte der Engagementförderung“ angesehen und „nachhaltig unterstützt werden“, „nur wenn die Bürgerinnen und Bürger vor Ort verlässliche und kompetente Ansprechstellen vorfinden, wird es gelingen, dem Engagement in Deutschland einen deutlichen Schub zu geben. Nur wenn möglichst alle gesellschaftlichen Gruppen erreicht werden, kann das Bürgerengagement seine gemeinschaftsstiftende und demokratiebildende Kraft entfalten“, heißt es in einer gemeinsamen Presseerklärung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e. V. (bagfa), der Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e. V. (BaS) und der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e. V. (DAG SHG) zu den Empfehlungen der Enquêtekommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages.

Ende des Jahres 2001 hat sich eine gemeinsame Arbeitsgruppe der Dach- und Fachverbände der Einrichtungen der Engagementförderung in Deutschland, der bagfa, der BaS und der DAG SHG, konstituiert, um

- die jeweiligen institutionellen Profile von Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros und Selbsthilfekontaktstellen zu schärfen,
- fachliche und sozialpolitische Schnittflächen der Arbeitsfelder zu erörtern,
- sich (fach)öffentlich verstärkt aufeinander zu beziehen und miteinander abzustimmen
- und um gemeinsame Handlungsperspektiven zu entwickeln.

Eine dieser gemeinsamen Handlungsperspektiven war die Verabredung, bei einem NAKOS-EXTRA-Themenheft zu konzeptionellen und praktischen Fragen der Arbeit von Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros und Selbsthilfekontaktstellen zusammenzuarbeiten – allerdings nicht, um dabei verbandliche Positionen zu beschreiben, sondern um einzelne Sichtweisen darzustellen, die eine differenziertere Diskussion über die Besonderheiten, die Unterschiede und Parallelitäten der jeweiligen Einrichtungen wie über die Potentiale und Grenzen für eine verbundene oder vernetzte oder kooperative Engagementförderung vor Ort anregen.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei der Arbeitsgruppe für die Unterstützung zum Gelingen dieses Vorhabens und natürlich bei den Autor/innen für ihre Beiträge.

*Wolfgang Thiel*

# Mit Profil im Netzwerk

## Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros

*Wolfgang Thiel*

Mit Profil im Netzwerk: Selbsthilfekontaktstellen,  
Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros – Eine Einleitung ..... 6

*Regina Riedel*

Zum institutionellen und fachlichen Profil  
der Selbsthilfe-Unterstützung ..... 10

*Olaf Ebert*

Freiwilligenagenturen –  
Wegbereiter einer zukunftsfähigen Bürgergesellschaft ..... 15

*Christian Wienberg*

„55+“ – aktiv, vital, kompetent und freiwillig engagiert  
Zum institutionellen und fachlichen Profil der Unter-  
stützung des Engagements von Seniorinnen und  
Senioren in Seniorenbüros ..... 23

*Ulrich Kettler / Alexander Brandenburg*

Selbsthilfe- und Engagementunterstützung – Integration  
und Differenzierung  
Das Beispiel Bürger-Selbsthilfe-Zentrum BüZ-Herne ..... 33

*Ralf Baumgarth / Marion Schutt*

„Tür an Tür – unter einem Dach“  
Von der Selbsthilfekontaktstelle zur Entwicklung einer  
engagementunterstützenden Infrastruktur ..... 43

---

*Doris Appel*

Vom Seniorenbüro zur Freiwilligenagentur  
Zehn Jahre Vermittlungs- und Vernetzungsarbeit  
am Beispiel BüroAktiv in Frankfurt am Main ..... 53

*Monika Bobzien*

Beratung und Unterstützung im Selbsthilfebereich unter  
veränderten Vorzeichen  
Wie können Selbsthilfegruppen erfolgreich arbeiten? ..... 58

*Carola Schaaf-Derichs*

Beratung und Unterstützung im Freiwilligenbereich  
Praxisansätze und -entwicklungen im Sektor Civic Learning ..... 67

*Ulrich Kluge*

Beratung und Unterstützung von Senior/innen  
Wie können Senior/-innen gemeinsam aktiv sein? ..... 75

Autorinnen und Autoren ..... 81

## Mit Profil im Netzwerk:

### Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros – Eine Einleitung

Für die fachliche, institutionelle und förderpolitische Entwicklung von lokalen Infrastruktur- und Beratungseinrichtungen im Feld der Selbsthilfe, der Freiwilligenarbeit und des Engagements von Senior/innen stehen die Klärung der jeweiligen fachlichen Profile, die Vergewisserung über die „Philosophie“, und die Erarbeitung von Kooperationsmöglichkeiten und gemeinsame Handlungsperspektiven auf der Tagesordnung. Ein Klärungs- und Entwicklungsprozeß der Dach- und Fachverbände der Engagementförderung – der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e. V. (bagfa), der Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e. V. (BaS) und der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e. V. (DAG SHG) – hat Ende des Jahres 2001 durch die Konstituierung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe begonnen. Dieser Prozeß wurde angeregt durch und bezieht sich auf

- sozialplanerische Konzepte einer integrierten Infrastrukturförderung, wie sie das Institut für Sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung (ISAB) vorgelegt hat
- die Arbeit und Empfehlungen der Enquêtekommision „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages
- sowie die perspektivische Kooperation in dem „Bundesnetzwerk zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements“, das in der Nachfolge des Internationalen Freiwilligenjahrs zur Sicherung der Nachhaltigkeit der engagementfördernden Kooperation bundesweiter Akteure im Juni 2002 konstituiert wurde.

In dem „Leitfaden für Kommunen zur Information und Beratung über freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ des ISAB-Instituts wird eine „dichte Infrastruktur von Engagementförderstellen, die Informations-, Beratungs- und Vermittlungsaufgaben leisten können“ gefordert (Braun u. a. 2000, S. 37). Dabei wird das Leitziel einer „möglichst weitgehenden Potentialausschöpfung“ (ebd. S. 39) formuliert. Für bestehende Förderstellen wie Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen und ähnlicher Einrichtungen werden eine „erweiterte Ziel- und Aufgabenstellung“ bzw. eine „integrierte Konzeption“ (ebd. S. 39) postuliert, damit unterstützende Einrichtungen entstehen, die themenübergreifend der „Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe für alle Altersgruppen“ (ebd. S. 38) dienen können. Mit der Idee eines „Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ soll eine Perspektive eröffnet werden, „daß nicht immer wieder neue engagementunterstützende Einrichtungen für Teilbereiche im Freiwilligensektor eingefordert werden, die das Rad, wie das freiwillige Engagement erfolgreich unterstützt werden kann, jeweils neu erfinden müssen“ (ebd. S. 42). Fünf Hauptaufgaben eines solchen Büros werden in dem Leitfaden benannt:

- 
- „an freiwilligem Engagement und Selbsthilfe interessierte Bürger/innen anzusprechen, zu informieren, zu beraten und zu unterstützen
  - Initiativen, Gruppen, Vereine beim freiwilligen Engagement zu beraten und zu unterstützen
  - mit Verbänden und Einrichtungen sowie der Kommunalpolitik und -verwaltung zu kooperieren
  - Öffentlichkeitsarbeit für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe zu betreiben;
  - die Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement durch Projektentwicklung und Qualifizierung zu verbessern“ (ebd. S. 44-45).

Synergie wird als Zauberwort beschworen, das die Finanzierungslücke eines angemessenen Netzes differenzierter Infrastruktur- und Beratungseinrichtungen überspielt (oder gar als der Königsweg aus dieser Finanzierungslücke erscheint) und nur notgedrungen in den Blick nimmt, daß es unterschiedliche örtliche Bedingungen und Traditionen gibt und unterschiedliche engagementfördernde Einrichtungen bereits bestehen und sich bewährt haben oder neu entstehen und sich gerade positionieren – eine Entwicklung, die gesellschafts- und sozialpolitisch durchaus gewollt, deren Finanzierung allerdings nicht gesichert ist. Die bestehenden Infrastruktur- und Beratungseinrichtungen werden mit einer solchen Implementierungsformel in Ängste um Bestandssicherheit bzw. in einen Kampf um knappe Ressourcen (und manchmal auch in eine kooperationsfeindliche Konzeptkonkurrenz) getrieben. Dazu kommt, daß die genannten fünf Hauptaufgaben so abstrakt formuliert sind, daß sie ebenso gut auch dazu dienen können, das in unserer Gesellschaft breit gefächerte Netz von Beratungsangeboten unter dem „konzeptionellen“ Dach von integrierten Beratungsstellen-Typen zusammenzufassen. Von Arbeitslosen-, Behinderten-, Erziehungs-, Ehe- und Familien-, Krebs-, Jugend-, Drogen-, Mädchen-, Frauen-, Männer-, Schuldner-, Mieter-, Ernährungsberatungsstellen usw. blieben dann im lokalen Lebensumfeld vier Typen übrig: eine pädagogische, psychologisch-therapeutische, soziale und gesundheitliche – vielleicht noch flankiert von einer Umweltberatungsstelle.

In der abstrakten Aufgabenbeschreibung verbirgt sich jenseits einer Strategie zur Bündelung knapper Ressourcen noch ein weiteres Problem: Die (fachlichen und inhaltlichen) Spezifika im weiten Feld des Engagements von Bürger/innen und die örtlichen Bedingungen werden unterschätzt. So entfernt man sich sowohl von der gebotenen Bürger/innen-Nähe wie vom Selbstverständnis und den Bedürfnissen der Engagierten. Die Erfahrung aus den spezifischen Unterstützungsbereichen lautet: Es ist sehr bedeutsam, ob sich Menschen aufgrund einer gemeinsamen *unmittelbaren* Betroffenheit in Selbsthilfegruppen zusammenschließen wollen, ob sie sich aus Gründen der persönlichen Entwicklung und Sinnerfüllung aus *vermittelter* Betroffenheit sozial oder gesellschaftlich engagieren und ob das Jugendliche, Berufstätige oder Senior/innen tun wollen. Ebenso bedeutsam sind die örtlichen Gegebenheiten und Traditionen der Unterstützung und Förderung von Ehrenamt, Freiwilligen-, Senioren- und Selbsthilfe-Engagement und daß ein Angebot für die Adressat/innen auch als solches kenntlich ist.

Der Enquêtékommision „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages ging es unter dem Begriff „bürgerschaftliches Engagement“ um einen „breiter gefaßten Zugriff auf das Thema ..., der an Ehrenamt, Selbsthilfe und Freiwilligenarbeit den Zusammenhang von Handlungsmotiven sowie politischen und gesellschaftlichen Bedingungen in den Blick zu nehmen (vermag)“ (Klein 2000, S. 98; zu Selbsthilfe als Thema der Enquête-Kommission siehe Klein 2002). Dieser Ansatz war und ist sehr gut geeignet, der Bedeutung der einzelnen Engagementformen und -bereiche ein *größeres gemeinsames politisches Gewicht* zu verschaffen. Er ermöglicht(e) zugleich den Blick auf Verbindendes wie Spezifisches.

In ihren Handlungsempfehlungen betont die Enquête-Kommission, daß Kristallisationspunkte der Engagementförderung nachhaltig zu unterstützen sind, und sie erkennt der Weiterentwicklung einer lokalen Infrastruktur zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagement, also von Freiwilligenagenturen, Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros, eine besondere Bedeutung zu (Enquête-Kommission 2002, S. 314f). Es wird festgestellt, daß „die bisherige relativ unverbundene Entwicklung der unterschiedlichen Säulen dieser Infrastruktur einen erheblichen *politischen* (Hervorhebung W. T.) Klärungs- und Handlungsbedarf erzeugt“ (ebd. S. 314). In Abgrenzung von „Einheitskonzepten“, also von Konzepten einer flächendeckenden und standardisierten Implementierung, betont die Kommission jedoch den Vorrang der kommunalen Entscheidungsfindung („was allerdings nicht als Vorwand für Untätigkeit mißbraucht werden sollte“). Sie vertritt die Auffassung, daß sich „die Entwicklung einer effektiven engagementfördernden Infrastruktur auf die konkreten Erfordernisse sowie strukturellen Rahmenbedingungen in den jeweiligen Kommunen beziehen (muß)“ (ebd. S. 315). Dabei spielen die Größe einer Kommune, lokale Bedürfnisse sowie institutionelle Passungen eine Rolle. Auch wenn „die verschiedenen Infrastruktureinrichtungen unter einem Dach untergebracht werden, ist es (wegen der unterschiedlichen Anforderungen, Kompetenzen und Wissensbestände der professionellen Fachkräfte, W. T.) notwendig, daß ihre unterschiedlichen konzeptionellen Profile erhalten und gegenüber den Nutzern erkennbar bleiben. Sofern also eine stärkere Verzahnung der verschiedenen Angebote sinnvoll ist, sollte *kooperativen Konzepten* (Hervorhebung durch die Enquête-Kommission), die die verschiedenen fachlichen Profile erhalten, der Vorzug gegeben werden gegenüber integrierten Ansätzen, die – wie etwa im Modell ‚Büro für freiwillige Engagement und Selbsthilfe‘ – die fachlichen Konturen verwischen“ (ebd. S. 316).

Verbindendes und Spezifisches der jeweiligen Einrichtungstypen wurde bei einem gemeinsamen Workshop der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e. V. (bagfa), der Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e. V. (BaS) und der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e. V. (DAG SHG) zur „Profilschärfung“ im Mai 2002 herausgearbeitet. Verbindendes zeigte sich in einer hohen Übereinstimmung in der *Philosophie* bzw. im *Selbstverständnis*. Die verschiedenen

---

Einrichtungsformen sind einheitlich motiviert und getragen von Bemühungen, zur Emanzipation und zu selbstverantwortlichem Handeln von Menschen beizutragen – und zwar bürgernah und in einer nicht-direktiven Weise. Die Arbeit ist themen- / bereichsübergreifend, trägerunabhängig / neutral und nicht auf eine inhaltlich eng definierte Adressatengruppe oder auf Mitgliedschaften orientiert, sondern auf das Tätigwerden und Zusammenkommen von Menschen mit unterschiedlichsten Interessen, Bedürfnissen, Erfahrungen, Schwierigkeiten oder Problemen. Sie haben einen *Gesamtauftrag der Ermöglichung von ... bzw. der Befähigung zu ...* und nicht einen inhaltlich eng umrissenen Versorgungsauftrag oder ein spezifisches Mandat zur Interessenvertretung. Dies macht *das Neue* aus und unterscheidet sie von anderen Einrichtungen und von Verbänden.

Folgende Spezifika wurden deutlich

– bei Freiwilligenagenturen zum Beispiel:

Ausgangspunkt: soziale Motivation bis Selbstverwirklichung; Schwerpunkt: themen- und generationsübergreifender Ansatz; besonderer Schwerpunkt: Jugendliche; Bedürfnisse von Engagementinteressierten und Passung der Angebote zu freiwilligem Engagement bei Einrichtungen

– bei Seniorenbüros zum Beispiel:

Ausgangspunkt: Betroffenheit in der Lebensphase / biographischer Bruch; Schwerpunkt: Lebensgestaltung im Ruhestand / gesellschaftliche Teilhabe Älterer / Erfahrungskompetenz; Initiierung von Projekten

– bei Selbsthilfekontaktstellen zum Beispiel:

Ausgangspunkt: Betroffenheit, Leidensdruck, Schwerpunkt: Gesundheit und Soziales; Gruppenbildung, -kompetenz.

Für die weitere fach- und förderpolitische Diskussion gilt es, sowohl Verbindendem als auch Spezifischem von engagementfördernden Einrichtungen Rechnung zu tragen, damit – ganz im Sinne der Enquête-Kommission – das bürgerschaftliche Engagement vor Ort in all seinen Facetten gefördert und die lokale Infrastruktur nachhaltig gesichert wird. Dieses NAKOS-EXTRA soll für diese Diskussion einen Beitrag leisten.

## Literatur

Braun, Joachim u. a.: Leitfaden für Kommunen zur Information und Beratung über freiwilliges Engagement und Selbsthilfe. Köln 2000

Enquête-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages (Hrsg.): Bericht Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Schriftenreihe Band 4, Opladen 2002

Klein, Ansgar: Enquête-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 13, Heft 2, 2000, S. 97-100

Klein, Ansgar: Die Selbsthilfe als Thema der Enquête-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. In: DAG SHG e. V. (Hrsg.). selbsthilfegruppenjahrbuch 2002. Gießen 2002, S. 112-127

*Wolfgang Thiel, NAKOS*

## Zum institutionellen und fachlichen Profil der Selbsthilfe-Unterstützung

Die Möglichkeit, im Jahr nach dem *Internationalen Jahr der Freiwilligen* über das Thema „Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros arbeiten zusammen“ nachzudenken, ist eine interessante Idee. Entwicklungen aus diesem Jahr zu bedenken und nachzufragen, was aus den Forderungen nach Nachhaltigkeit geworden ist, kann zu neuen Erkenntnissen und Anregungen für die Arbeit führen. Besonders interessant finde ich, dieses Nachdenken quasi als Privatperson durchzuführen und dabei nicht vordergründig die Position des Vorstandes Deutschen Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e. V. zu vertreten. Somit kann ich auch meine – sächsisch geprägte – Sicht einbringen.

### Potentiale und Grenzen für eine Verbindung der Engagementförderung und -beratung

Potentiale und Grenzen für eine Verbindung der Engagementförderung und -beratung von Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros, gibt es diese und wo liegen sie?

Folgen wir den Empfehlungen des Instituts für Sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung im „Leitfaden für Kommunen zur Information und Beratung über freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“, dann „... bedarf es eines engagementfreundlichen Klimas in der Kommune ...“. Als Struktur wird der Aufbau von *Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe* in Kommunen ohne Einrichtungen, die Entwicklung der Selbsthilfekontaktstelle, des Seniorenbüros oder der Freiwilligenagentur zu einem *Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe* oder – in Kommunen über 400.000 Einwohnern – die Einbindung der bestehenden Selbsthilfekontaktstelle, der Freiwilligenagentur und des Seniorenbüros in ein *Netzwerk für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe* empfohlen.

Bundesweit hat sich eine Arbeitsgruppe der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e. V., der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenbüros e. V. und der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e. V. gebildet, die, mit jeweils zwei Vorstandsmitgliedern und zwei Mitarbeiter/innen besetzt, sich auf Bundesebene dem Thema ‚Kooperation und Profilschärfung‘ widmet. In einem Workshop wurden auch weitere Mitarbeiter/innen und Mitglieder einbezogen. Endgültige Ergebnisse gibt es zur Zeit noch nicht, aber eine Zusammenarbeit auf bestimmten Gebieten erfolgt.

Schauen wir in das Geschehen vor Ort, so gibt es eine Vielzahl von Einrichtungen mit den unterschiedlichsten Gewichtungungen in den verschiedenen engagementunterstützenden Aufgaben. Was ist sinnvoll? Auf jeden Fall sind die Entwicklungen

---

im sozialen Bereich in der Region zu beachten. Was gibt es für ein Unterstützungspotential? Von welchen Trägern wird es getragen? Wie ist die Kooperation untereinander?

Das Profil der Selbsthilfekontaktstellen in Deutschland ist kein einheitliches. Die Ursachen hierfür sind in unterschiedlichen lokal geprägten Entwicklungen und Traditionen zu sehen und auch in der unzureichenden Förderung der Selbsthilfekontaktstellen. Dadurch ist oft vor Ort nicht ausreichend Personal vorhanden und auch die technische Ausrüstung entspricht nicht immer den Anforderungen. Diese finanziellen Engpässe können Mitarbeiter/innen und Träger von Selbsthilfekontaktstellen dazu veranlassen, nach Nebenaufgaben zu suchen, die die Arbeit der Selbsthilfekontaktstelle mitfinanzieren.

Die DAG SHG hat im Januar 2001 Empfehlungen zu Ausstattung, Aufgabenbereichen und Arbeitsinstrumenten von Selbsthilfekontaktstellen herausgegeben. Danach gehören zu den Aufgabenbereichen der Selbsthilfekontaktstellen folgende:

1. Information und Aufklärung
2. Beratung und Ermutigung
3. Kontakte und Zugangswege
4. Technische und organisatorische Unterstützung von Selbsthilfegruppen/-Organisationen
5. Öffentlichkeitsarbeit
6. Vernetzung / Kooperation
7. Verankerung der Selbsthilfe in Versorgung und Gemeinwesen
8. Weiterentwicklung des Kontaktstellenkonzeptes

Diesen Aufgaben von Selbsthilfekontaktstellen stehen Aufgaben in Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros gegenüber, die sicher in ähnlicher Form wahrgenommen werden, in einigen Bereichen jedoch auch unterschiedlich sind. Die Unterschiede liegen meiner Meinung nach am stärksten in der Zielgruppe, an die sich die Angebote der jeweiligen Einrichtungen wenden.

In Selbsthilfekontaktstellen kommen Menschen, die von einem bestimmten Problem oder einer Erkrankung betroffen sind. Sie suchen Rat, Erfahrungsaustausch und Unterstützung in Selbsthilfegruppen. Die Frage, ob sie sich freiwillig engagieren wollen, stellt sich zunächst nicht. Nach Bewältigung der akuten Problemlagen stehen Mitglieder von Selbsthilfegruppen oft anderen Betroffenen mit Rat und Tat zur Seite. Somit ergibt sich das Engagement eher aus der Entwicklung der Persönlichkeit in der Selbsthilfegruppe.

In Seniorenbüros gehen meiner Ansicht nach Menschen, die ein bestimmtes Alter erreicht haben. Neben dem Austausch in Gruppen suchen sie auch Kontakte, Geselligkeit und Beratung.

In Freiwilligenagenturen suchen Menschen Kontakte, die sich engagieren wollen, oft mit klaren Vorstellungen, aber auch mit einem unklaren Bild von ihrer zukünftigen Tätigkeit. Hier steht sicher Beratung und Vermittlung in ein Engagement im Vordergrund.

Die Aufgaben der Mitarbeiter/innen in Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen erscheinen mir daher, entsprechend den Menschen, die die Einrichtungen aufsuchen, unterschiedlich geprägt. In meiner Kontaktstellenarbeit stand vor allem die klärende Beratung von Menschen mit den unterschiedlichsten Problemlagen im Vordergrund, gefolgt von der Unterstützung der Selbsthilfegruppen in ihrer Gründungsphase und bei Bedarf. Ein wichtiges Arbeitsgebiet ist auch die Unterstützung der Selbsthilfegruppen in materieller, ideeller und technischer Hinsicht, z. B. bei der Beschaffung und Abrechnung finanzieller Mittel, der Hilfe beim Finden geeigneter Räumlichkeiten, der Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit und der Beratung bei Problemen in der Gruppe. Ich denke, daß die Anforderungen an die Mitarbeiter/innen in den Seniorenbüros und den Freiwilligen etwas anders sind.

Konkurrenz der Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen, wenn es sie gibt, entsteht durch die Förderpolitik vor Ort. Denn alle drei Einrichtungen haben Netzwerkarbeit, Vernetzung, Kooperation usw. als einen Schwerpunkt ihrer Arbeit benannt, und dieser ist für ein sinnvolles Wirken auch unabdingbar. Anstatt die eigene Einrichtung als die einzige Richtige herauszustellen, sind die Mitarbeiter/innen und Träger vor Ort sicher besser beraten, wenn sie gemeinsam eine ausreichende Finanzierung für alle existierenden Einrichtungen fordern. Unter anderem auch aus diesem Grund hat sich die bundesweite Arbeitsgruppe aus der BAGFA, der BaS und der DAG SHG zusammengefunden.

## **Wie kann eine sinnvolle Kooperation vor Ort aussehen?**

Hoffentlich gelingt es über Förderstreitigkeiten hinweg, sich zusammensetzen und zu überlegen, was in der Kommune oder im Landkreis Sinnvolles gemeinsam getan werden kann. In erster Linie bieten sich hier gemeinsame öffentlichkeitswirksame Aktionen an, die unter anderem auch das Ziel haben sollten, die Profile der einzelnen Einrichtungen heraus- und klarzustellen. Voraussetzung dafür ist, daß die Mitarbeiter/innen und die Träger auch der Meinung sind,

- daß die benachbarten Einrichtungen wichtig und notwendig sind,
- daß die gegenseitige Arbeit so geachtet wird, daß nicht eine Einrichtung auf den Gedanken kommt, die Arbeit der anderen mache ich einfach so mit.
- Infrastruktur läßt sich ebenfalls gemeinsam nutzen.

In Kommunen und Landkreisen, in denen bereits Einrichtungen bestehen, sollten diese auf jeden Fall auch als eigenständige Einrichtungen bestehen bleiben. In Kommunen die erstmals eine Selbsthilfekontaktstelle, ein Seniorenbüro oder eine

---

Freiwilligenagentur einrichten wollen, kann sicher auch über ein Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe nachgedacht werden, das dann einen generationsübergreifenden Zugang hat. Mitarbeiter/innen in solchen ‚vernetzten‘ Einrichtungen sprechen von einer interessanten und wechsellvollen Arbeit. Ich denke – erinnern wir uns an das Bild von der Selbsthilfe-Unterstützung als das eines Zehnkampfes –, daß die Übernahme zusätzlicher, die Person der Mitarbeiterin / des Mitarbeiters anderweitig beanspruchender Aufgaben, sicher nicht zu einer Qualitätssteigerung der Arbeit und zu einem klaren Profil nach außen führen kann. Damit werden Menschen, die Klarheit in ihrem Leben suchen, erst einmal irritiert und überfordert sein. Wichtig ist es, ausreichende Förderung für alle Einrichtungen zu schaffen, damit die vorhandenen Potentiale an Infrastruktur und Wissen gemeinsam genutzt und in Netzwerke vorurteilsfrei zum Wohle der Ratsuchenden eingebracht werden können. Wichtig ist auch zu bedenken, was die Menschen vor Ort wollen, benötigen und auch annehmen.

An dieser Stelle ein kurzer Blick in eine sächsische Kleinstadt. Lange Zeit gab es eine Selbsthilfekontaktstelle, entstanden aus Nachfragen von Menschen nach Beratung und von Gruppen nach Unterstützung. Unter anderer Trägerschaft entstand ein Seniorenbüro. Zusammenarbeit, Kooperation und Vernetzung gab es über eine „Arbeitsgemeinschaft Wohlfahrtspflege“, die engagierte Mitarbeiter/innen sozialer Einrichtungen vor Ort ins Leben riefen. Diese Arbeitsgemeinschaft stellte sich unter anderem auch das Ziel, Gelder für förderwürdige, aber nach den Richtlinien nicht förderfähige Projekte zu beschaffen und zu verteilen. Neben der Selbsthilfekontaktstelle wurde auch der Aufbau einer Freiwilligenbörse unterstützt. Eine gute Entwicklung, die leider durch die Schließung der Selbsthilfekontaktstelle und Übernahme ihrer Aufgaben durch das Landratsamt, etwas getrübt wird.

## **Wie kann Integration geschehen?**

Ich denke durch die Menschen, die die Einrichtungen nutzen. Jede/r von uns ist potentiell Nutzer/in eines Seniorenbüros, auch wenn wir jetzt noch ‚jung, flexibel und dynamisch‘ sind. Jede/r von uns ist potentiell Nutzer/in einer Selbsthilfekontaktstelle. Schon morgen können wir von einem Problem oder einer Krankheit betroffen sein und Rat und Unterstützung in einer Selbsthilfegruppe suchen und finden, auch wenn wir heute noch gesund sind und unsere Probleme allein bewältigen können. Jede/r von uns sollte Nutzer/in einer Freiwilligenagentur sein und Zeit, Wissen und Können denen zur Verfügung zu stellen, die unserer Unterstützung bedürfen.

## Was bleibt nun Nachhaltiges?

Die Empfehlungen von ISAB, der Bericht der Enquête-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, die Internetadresse „www.freiwillig.de“, das „Bundesweite Netzwerk zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements“, die Erinnerung?

Ich kann keine nachhaltige Verbesserung der Fördersituation der Selbsthilfekontaktstellen feststellen. Ich höre auch keine Hurra-Schreie von den Mitarbeiter/innen der Seniorenbüros und der Freiwilligenagenturen.

Ich lese: In Sachsen wird wieder über die Abschaffung der Aktion 55 debattiert, einer Aktion, die sowohl Engagement als auch Seniorenarbeit unterstützt und zu interessanten Projekten geführt hat.

Ich bemerke: Ehrungen für freiwillig Engagierte werden mehr, hoffentlich werden sie auch von den Geehrten als wohlthuend empfunden.

Ich registriere: Über das Thema ist mehr gesprochen, mehr diskutiert und geschrieben worden. Dieses bleibt und führt hoffentlich zu einem Nebeneinander, Miteinander oder auch Ineinander der Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen, genau so, wie die Menschen in den Kommunen und Landkreisen es brauchen, wollen und annehmen.

Noch eine sächsische Erfahrung sei mir gestattet anzuführen: In einer Zeit, wo nichts mehr so ist, wie es einmal war, wo klar wird, daß all der technische Fortschritt uns nicht vor einem Element bewahren und schützen kann, hat sich gezeigt: Menschen in Not stehen zusammen. Wer von einem Schicksalsschlag so getroffen wird, daß sein ganzes Lebensumfeld sich in Sekunden ändert, dieser Mensch ist immer noch in der Lage zu schauen, wie es seinem Nachbarn geht und diesem zu helfen. Das macht Mut und gibt Kraft und wird nachhaltig bleiben.

*Regina Riedel  
Vorstandsmitglied der  
Deutschen Arbeitsgemeinschaft  
Selbsthilfegruppen e. V.*

## Freiwilligenagenturen – Wegbereiter einer zukunftsfähigen Bürgergesellschaft

Freiwilligenagenturen verstehen sich als Brücke zwischen engagementbereiten Bürger/innen und gemeinnützigen Einrichtungen, die mit Freiwilligen arbeiten. Sie umwerben die Engagementbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger – unabhängig von Alter oder sozialer Herkunft – und bieten Interessierten eine breite Auswahl individueller Engagementmöglichkeiten unterschiedlicher Art und Intensität, zumeist sektorübergreifend in den Bereichen Kultur, Ökologie, Sport, Politik sowie im Gesundheits- und Sozialbereich. In ihrer Informations- und Beratungsarbeit geht es den Freiwilligenagenturen darum, ein möglichst genaues „Passungsverhältnis“ zwischen den individuellen Interessen, Motiven und Möglichkeiten der Freiwilligen und den Anforderungen und Erwartungen der Organisation herzustellen. Freiwilligenagenturen setzen sich für die Verbesserung der institutionellen wie auch politischen Rahmenbedingungen freiwilligen Engagements ein mit dem Ziel einer umfassenden „neuen Kultur der Freiwilligkeit“ (Janning / Luthé / Rubart 1998). Als Vernetzungsinstanzen von ganz unterschiedlichen gemeinwohlorientierten Organisationen wollen sie freiwilliges Engagement in zeitgemäßer Form fördern. Dies beinhaltet die Förderung der Engagementbereitschaft in den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, die Schaffung zeitgemäßer Formen der Freiwilligenarbeit und die gesellschaftliche Anerkennung und Förderung bürgerschaftlichen Engagements (vgl. Ebert / Janning 2001 sowie Ebert 2002).

In den letzten Jahren ist ein Gründungsboom von Freiwilligenagenturen zu beobachten, wodurch sich bundesweit mittlerweile ein beachtliches Netz solcher neuen Organisationen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements gebildet hat. Mittlerweile existieren in der Bundesrepublik etwa 180 Freiwilligenagenturen und vergleichbare Einrichtungen, die sich jedoch in ganz unterschiedlichen Entwicklungsstadien befinden (vgl. ISAB 2001, bagfa 2002). Die zunächst groß erscheinende Zahl bedeutet aber keineswegs, daß es eine stabile und verlässliche bundesweite Infrastruktur der Engagementförderung gibt wie etwa in den Niederlanden, anderen europäischen Ländern oder den USA. Vielmehr sieht es so aus, daß neue Einrichtungen entstehen, während bewährte aufgrund mangelnder finanzieller Mittel wieder schließen müssen (vgl. Jakob / Janning 2001 sowie Ebert / Janning 2001).

## Aufgaben und Leistungsspektrum der Freiwilligenagenturen

Freiwilligenagenturen haben in den vergangenen Jahren ihr inhaltliches und konzeptionelles Profil weiterentwickelt und geschärft. Dennoch kann – in Anbetracht der kurzen Entstehungsgeschichte dieses Einrichtungstypus’ – gegenwärtig noch nicht von einem einheitlichen Fachkonzept ausgegangen werden, das in allen Einrichtungen die Arbeitsgrundlage bildet. So unterscheiden sich nicht nur die Bezeichnungen der Einrichtungen (z. B. Freiwilligenagenturen, -börsen, -zentren u. ä.), sondern auch ihre Arbeitsschwerpunkte. Von besonderer Bedeutung ist dabei, in wie weit sich die einzelnen Einrichtungen als reine „Vermittlungsagenturen“ für freiwilliges Engagement verstehen oder aber ein umfassenderes Profil zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements entwickelt haben („Entwicklungsagenturen“). Die Frage der Profilentwicklung ist letztlich entscheidend für die Zukunftsfähigkeit von Freiwilligenagenturen. Die Bemühungen um die Qualitätsentwicklung haben mittlerweile zu einem konzeptionellen Leitbild geführt, das die Arbeitsgrundlage in vielen Freiwilligenagenturen bildet (vgl. ausführlicher Ebert 2002):

Freiwilligenagenturen richten ihre Angebote als – häufig bereichsübergreifende, trägerneutrale – Informations- und Beratungsstellen sowohl an (potentielle) Freiwillige als auch an Organisationen, die mit Freiwilligen arbeiten (wollen). Im Hinblick auf diese konzeptionelle Zielsetzung bieten Freiwilligenagenturen – mit zum Teil unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen – folgende konkrete Dienstleistungen; sie

- informieren, beraten und vermitteln engagementinteressierte Bürger/innen,
- sorgen für Qualitätsentwicklung, indem sie Organisationen bei der Entwicklung von engagementfreundlichen Rahmenbedingungen beraten und unterstützen,
- halten für engagierte Bürger/innen Qualifizierungsangebote bereit,
- fördern kommunale Vernetzung und ermöglichen neue Formen des bürgerschaftlichen Engagements und der gesellschaftlichen Teilhabe,
- betreiben gezielte Öffentlichkeits- und politische Lobbyarbeit und fördern damit eine neue Kultur des bürgerschaftlichen Engagements.<sup>1</sup>

Freiwilligenagenturen leisten damit einen wichtigen Beitrag zur praktischen Förderung des bürgerschaftlichen Engagements: durch adäquate Information, professionelle Beratung, „paßgenaue“ Vermittlung, umfangreiche Formen der Qualifizierung, gezielte Öffentlichkeits- und politische Lobby-Arbeit tragen sie dazu bei, daß

<sup>1</sup> Diese Darstellung der Zielsetzungen und des Leistungsspektrums von Freiwilligenagenturen erfolgt auf der Grundlage der Konzeptionen einzelner Freiwilligenagenturen aus Ost- und Westdeutschland sowie zahlreicher Diskussionsbeiträge über die Arbeit von Freiwilligenagenturen (vgl. ausführlicher Ebert 2002 sowie Stiftung Mitarbeit 1997, Ebert / Janning 2001, Jakob / Janning 2001; bezüglich der unterschiedlichen Schwerpunktsetzung in der Arbeit von Freiwilligenagenturen vgl. Ebert 2002). Die Aufzählung des Leistungsspektrums wurde der „1-Euro-Offensive“ entnommen, die zahlreiche Fachleute aus unterschiedlichen Freiwilligenagenturen erarbeitet haben (vgl. [www.bagfa.de](http://www.bagfa.de)).

---

sich ganz unterschiedliche gesellschaftliche Akteure für eine aktive Bürgergesellschaft engagieren.

Vor dem Hintergrund unzureichender finanzieller und personeller Ressourcen können jedoch noch nicht alle bestehenden Einrichtungen und Projekte die mit dem hier beschriebenen konzeptionellen Leitbild verbundenen Aufgaben gleichermaßen erfolgreich erfüllen.

## **Kooperative Konzepte der Förderung bürgerschaftlichen Engagements**

Freiwilligenagenturen sind parallel zu Einrichtungen wie Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros entstanden und teilen mit diesen die gemeinsame Zielsetzung der Förderung bürgerschaftlichen Engagements. Vor dem Hintergrund der knappen finanziellen Ressourcen wird in einigen Kommunen gegenwärtig ein *integratives Modell* der engagementfördernden lokalen Infrastruktur diskutiert, das eine Zusammenfassung der von den verschiedenen Einrichtungen differenziert wahrgenommenen Aufgaben in einer Organisation vorsieht („Büro für Bürgerengagement“, vgl. ISAB 2001). Unter fachlichen Gesichtspunkten zeigt sich dieser Vorschlag jedoch als problematische Lösung, die der Heterogenität und den unterschiedlichen Formen von Bürgerengagement nicht gerecht würde und damit der Zielsetzung, möglichst viele Bürger/innen für ein Engagement zu gewinnen, nur unzureichend entsprechen könnte.

Mit dem beschriebenen ausdifferenzierten Aufgaben- und Leistungsspektrum stellen Freiwilligenagenturen adäquate Förderstrukturen dar, um auf die Vielfalt des bürgerschaftlichen Engagements und der differenzierten Beratungs- und Unterstützungsbedarfe der Bürger/innen vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wandels und des damit einhergehenden „Strukturwandels des Ehrenamtes“ reagieren zu können. Freiwilligenagenturen unterscheiden sich sowohl in den Aufgaben- und Leistungsspektren als auch in den anvisierten Zielgruppen von anderen Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung (Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros). Unumstritten leisten alle Einrichtungsarten wichtige Beiträge zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements. Dennoch unterscheidet sich freiwilliges Engagement grundlegend von Selbsthilfe-Aktivitäten hinsichtlich Form, Struktur sowie Motivlage und haben Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen unterschiedliche Zielgruppen. Deshalb müssen sich auch die Wege der Förderung von freiwilligem Engagement und Selbsthilfe unterscheiden, was u. a. in den unterschiedlichen Aufgabenprofilen und Arbeitsweisen der Einrichtungsformen zum Ausdruck kommt.

Die fachlichen Unterschiede erfordern auch eine entsprechende organisatorische Eigenständigkeit der verschiedenen engagementfördernden Infrastruktureinrichtungen. Eine Einrichtung kann nicht – jedenfalls nicht unter den gegenwärtig vorzu-

findenden institutionellen, finanziellen und personellen Rahmenbedingungen – gleichzeitig kompetenter Ansprechpartner und Berater für so verschiedene Zielgruppen sein. Hinzu kommt, daß die konzeptionellen Vorgehensweisen und die unterschiedlichen Leistungsspektren dieser Einrichtungen auch organisationspezifische Qualifikationsprofile des jeweiligen Fachpersonals erfordern (vgl. ausführlicher Ebert / Janning 2001).

Im Gegensatz dazu empfiehlt das ISAB-Institut, zukünftig sogenannte „Büros für Bürgerengagement“ aufzubauen bzw. die bewährten Infrastruktureinrichtungen dahingehend zu transformieren. Diese Büros sollten dann – mit den dafür notwendigen Mitteln ausgestattet – die Aufgaben von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen gleichzeitig erfüllen (vgl. ISAB 2001). Die Erwartung, man könne mit dieser Vermischung Synergie-Effekte erzielen und öffentliche Mittel effektiver einsetzen, folgt ausschließlich ökonomischen Gesichtspunkten, dient aber nicht einer differenzierten umfassenden Förderung bürgerschaftlichen Engagements. Vielmehr sollten fachliche und qualitative Ansprüche an die Arbeit dieser Einrichtungen die Argumentation leiten und die Leistungsgrenzen der vorhandenen Infrastruktureinrichtungen erkannt werden.

Hingegen lassen die vorhandenen Gemeinsamkeiten der Arbeitsfelder bei der gebotenen institutionellen Unabhängigkeit von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen und unter Berücksichtigung der lokalen Gegebenheiten eine enge Kooperation in einigen Punkten (z. B. bei der Nutzung räumlicher und technischer Ressourcen) als sinnvoll erscheinen.

Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Zielgruppen, Arbeitsfelder und Leistungsprofile erweisen sich deshalb *kooperative Modelle* der engagementfördernden lokalen Infrastruktur als erfolgversprechend, die unter Berücksichtigung der örtlichen Rahmenbedingungen den Erhalt des ausdifferenzierten Aufgabenprofils in eigenständigen, kooperierenden Einrichtungen ermöglichen (vgl. auch Enquête-Kommission 2002).

## **Entwicklungstrends und Problemlagen der Freiwilligenagenturen in Deutschland**

Freiwilligenagenturen sind – bis auf wenige Ausnahmen – überwiegend sehr junge Einrichtungen, die mehrheitlich erst nach 1997 gegründet wurden.<sup>2</sup>

Die Freiwilligenagenturen sind in sehr unterschiedlichen lokalen bzw. regionalen Umfeldern tätig. Sie wurden in den letzten Jahren sowohl in Klein-, Mittel- und Großstädten als auch in einigen Landkreisen aufgebaut. Ihr Einzugsgebiet reicht von der Kleinstadt mit 11.000 bis hin zur Großstadt mit 3,5 Millionen Einwohnern; durchschnittlich umfaßt das Einzugsgebiet einer Freiwilligenagentur ca. 340.000

<sup>2</sup> Einige wenige ältere Freiwilligenagenturen existieren z. B. in München (1979 gegründet), Berlin (1988 gegründet) und Bremen (1995 aufgebaut).

---

Einwohner (vgl. bagfa 2002). Laut ISAB-Studie sind sie jedoch überproportional häufig (40 % der Einrichtungen) in Großstädten zu finden, während sie auf dem Land (12 % der Einrichtungen) vergleichsweise wenig präsent sind (vgl. ISAB 2001, S. 62).

Bei einem Überblick über die derzeitige Landschaft der Freiwilligenagenturen finden sich sehr verschiedene Trägermodelle: am häufigsten tritt ein einzelner Wohlfahrtsverband als Träger der Freiwilligenagentur auf (ca. 37 %). Etwa ein Viertel der Einrichtungen (27 %) wird von einem eigenständigen, z. T. eigens für diesen Zweck gegründeten Verein getragen. Jeweils ca. 14 % stehen in Trägerschaft eines Trägerverbundes oder der Kommune (vgl. bagfa 2002). Die Trägermodelle „Wohlfahrtsverband“ und „eigenständiger Verein“ sind demzufolge gegenwärtig am häufigsten anzutreffen. Aus fachpolitischer Sicht spricht jedoch einiges für eine verbandsunabhängige und ressortübergreifende Arbeit (vgl. Ebert / Janning 2001). Deshalb werden unter fachlichen Gesichtspunkten Trägermodelle präferiert, an denen verschiedene Organisationen, die Kommune und Bürger/innen beteiligt sind.

Die personelle Ausstattung in den bestehenden Freiwilligenagenturen gestaltet sich sehr unterschiedlich und reicht von Einrichtungen, die ausschließlich von Freiwilligen getragen werden bis hin zu Agenturen, die mit ein bis drei hauptamtlichen Kräften besetzt sind (vgl. bagfa 2002). Darüber hinaus gibt es einige wenige Freiwilligenagenturen, die sich durch ergänzende Projekte (mit zusätzlichem Personal) z. T. auch über ihre Kernaufgaben hinausgehend auf einzelne Zielgruppen und Teilbereiche spezialisiert haben (z. B. Engagementförderung von Jugendlichen oder *Corporate Volunteering*).

Diese Heterogenität spiegelt sich auch in der Finanzierungsstruktur der Freiwilligenagenturen wider, wobei nahezu alle Einrichtungen auf der Grundlage einer unzureichenden, ungesicherten komplexen Mischfinanzierung arbeiten. So stellen jährlich neu zu beantragende, fragile Projektfinanzierungen durch unterschiedliche und z. T. nicht kooperierende Mittelgeber die Realität bei der Mehrheit der Freiwilligenagenturen dar (vgl. bagfa 2002, Ebert 2002).

Der Aufbau einer lokalen Infrastruktur zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements läßt sich auf Dauer jedoch nicht ohne eine grundständige öffentliche Finanzierung bewältigen. Das zeigen die Erfahrungen der bestehenden Freiwilligenagenturen sowie auch der Blick in andere europäische Länder (vgl. ausführlicher Jakob / Janning 2001). Die Entfaltung der Zivilgesellschaft und einer neuen Freiwilligen-Kultur auf der Grundlage einer professionellen lokalen Infrastruktur für Bürgerengagement ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen. Neben einer grundständigen Absicherung der Freiwilligenagenturen durch öffentliche Mittel ist die zweite zentrale Rahmenbedingung für eine qualifizierte Arbeit deren professionelle Grundlage. Auch wenn es um freiwilliges Engagement geht, bedarf es einer professionellen Organisation dieser Arbeit (Heinze / Olk 1999, S. 94). Qualifizierte, berufliche Mitarbeiter/innen sind notwendig, um die Engagementförderung auf eine verbindliche, fachliche Grundlage zu stellen.

## Entwicklungsperspektiven zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements

Die vorliegenden Bestandsaufnahmen (bagfa 2002, Ebert 2002, ISAB 2001) machen deutlich, daß Freiwilligenagenturen in Deutschland schon jetzt einen wichtigen Beitrag zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements leisten. Der Auf- und Ausbau der lokalen Infrastruktur zur Engagementförderung hängt jedoch entscheidend von der zukünftigen finanziellen Unterstützung der einzelnen Freiwilligenagenturen ab. Die gegenwärtig vorherrschenden zeitlich begrenzten Modellprojektförderungen bergen die Gefahr des Zusammenbruchs der noch jungen Strukturen in sich. Die finanzielle Unsicherheit verbunden mit der – insbesondere in den ostdeutschen Freiwilligenagenturen – häufig anzutreffenden kurzfristigen Personalfinanzierung über ABM und SAM können den professionell ausgerichteten Aufbau einer flächendeckenden Infrastruktur zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland nicht gewährleisten.

Umso mehr unterstützt die bagfa die Empfehlungen der Enquête-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“, die empfiehlt, „(...) ein Modellprogramm zur Förderung von Freiwilligenagenturen durch den Bund aufzulegen. Auf diesem Wege ist eine Verstetigung der Einrichtungslandschaft und eine weitere Profilschärfung zu erwarten. (...) erst als Gemeinschaftsaufgabe aller föderalen Ebenen kann die Förderung lokaler Infrastruktureinrichtungen auf gesicherte Füße gestellt werden. Langfristig müssen sich die Einrichtungen auf flexible Modelle der Mischfinanzierung einstellen. Bund, Länder und Kommunen sollten dabei stabile Anteilsfinanzierungen als Basis einer dauerhaften Arbeit absichern (Enquête-Kommission 2002, S. 316 f).“ Jedoch ist bei der Erarbeitung eines solchen Modellprogramms zur Förderung von Freiwilligenagenturen durch den Bund darauf zu achten, daß es nicht ausschließlich um den Aufbau neuer Strukturen, sondern vorrangig um die Sicherung und Basisfinanzierung der bislang in ihrer Existenz bedrohten Freiwilligenagenturen in der Bundesrepublik gehen muß. Dabei sind die unterschiedlichen regionalen Rahmenbedingungen zu beachten.

Die Enquête-Kommission empfiehlt darüber hinaus die Anerkennung von Freiwilligenagenturen, Selbsthilfekontaktstellen und anderen engagementfördernden Infrastruktureinrichtungen im Rahmen des Gemeinnützigkeitsrechtes, indem eine ausdrückliche Benennung dieser Einrichtungen in der Abgabenordnung erfolgt (vgl. ebd., S. 318). Erst durch die Anerkennung der Gemeinnützigkeit wird es Freiwilligenagenturen und anderen engagementfördernden Einrichtungen – unabhängig von den bislang sehr unterschiedlichen Trägerkonstruktionen – möglich, Spendengelder einzuwerben und dafür steuerlich wirksame Spendenquittungen auszustellen. Diese sind notwendig, da sich Freiwilligenagenturen langfristig auf flexible Modelle der Mischfinanzierung einstellen sollten. Dabei sollten variable Anteile aus privaten Mitteln einen stabilen öffentlichen Finanzierungsanteil ergänzen

---

(vgl. ebd.). Mit diesen beiden Voraussetzungen könnte eine mittelfristig gesicherte Arbeitsgrundlage für Freiwilligenagenturen ermöglicht werden.

Neben der Grundsicherung der vorhandenen engagementfördernden Infrastruktur stellt die Weiterentwicklung des fachlichen Profils und die Entwicklung gemeinsamer Qualitätskriterien in Bezug auf Zielstellung und Arbeitsweisen eine der vordringlichsten Aufgaben dar. Deshalb setzt sich die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (z. B. durch Fachtagungen, Erfahrungsaustausch in den Regionalgruppen und Landesarbeitsgemeinschaften, die Kompaß-Qualifizierungsreihe für Mitarbeiter/innen) für die Qualitätsentwicklung der Freiwilligenagenturen ein.

Um eine wirkungsvolle Infrastruktur zur Förderung freiwilligen Engagements in Deutschland zu etablieren, bedarf es nicht zuletzt auch einer starken überregionalen Interessenvertretung, die auf Bundes- und Länderebene die Förderung bürgerschaftlichen Engagements vorantreibt und die für bestehende sowie sich neu gründende Einrichtungen, aber auch für Politik und Öffentlichkeit, als kompetenter Ansprechpartner zur Verfügung steht. So hat die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e. V. (bagfa) die Arbeit der Enquête-Kommission unterstützt und wird sich auch für die Umsetzung der vorliegenden Empfehlungen gemeinsam mit den anderen Dachorganisationen und bundesweiten Zusammenschlüssen engagementfördernder Einrichtungen (DAG SHG, BaS u. a.) einsetzen. Die von der Enquête-Kommission empfohlene dauerhafte Absicherung der genannten Dachorganisationen (vgl. Enquête-Kommission 2002, S. 317) birgt die Chance, den Auf- und Ausbau der lokalen Infrastruktur zur Förderung freiwilligen Engagements maßgeblich zu unterstützen. Hierfür haben die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e. V. (bagfa), die Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e. V. (BaS) und die Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e. V. (DAG SHG) eine gemeinsame Arbeitsgruppe gegründet, in der gegenwärtig Wege zur Umsetzung der Empfehlungen der Enquête-Kommission beraten und kooperative Konzepte der Förderung bürgerschaftlichen Engagements durch Freiwilligenagenturen, Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros entwickelt werden.

Ein weiterer Schwerpunkt einer nachhaltigen Förderung bürgerschaftlichen Engagements in Gesamtdeutschland sollte neben dem Auf- und Ausbau einer engagementfördernden Infrastruktur auch die sektorübergreifende Vernetzung unterschiedlicher Träger bürgerschaftlichen Engagements und ihrer Förderung sein. Das Internationale Jahr der Freiwilligen 2001 hat hier mit der Arbeit des Nationalen Beirates, der Arbeit der Enquête-Kommission u. a. m. positive Ansätze erkennen lassen, die es nun zu verstetigen gilt. Deshalb beteiligt sich die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa) gemeinsam mit weiteren 30 Organisationen am Aufbau des „Bundesweiten Netzwerkes zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements“. Anliegen dieser bereichs- und sektorübergreifenden Zusammenarbeit ist die Vernetzung zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft sowie der Versuch einer nationalen Interessenvertretung bürgerschaftlichen Engagements.

gements. Hier sollen neue Ansätze zur Förderung und Weiterentwicklung bürgerschaftlichen Engagements entwickelt und abgestimmt und gemeinschaftlich die Rahmenbedingungen für den Weg in eine aktive Bürgergesellschaft gestaltet werden.

## Literatur

- Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e. V. (bagfa): Freiwilligenagenturen in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse einer empirischen Bestandsaufnahme zum Entwicklungsstand dieser Einrichtungen. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin 2002 (im Ersch.)
- Ebert, Olaf: Freiwilligenagenturen: Profile, Erfolgskriterien, Probleme. Gutachten für die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. In: Enquête-Kommission (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement in den Kommunen. Band 8. Opladen 2002 (im Ersch.)
- Ebert, Olaf / Janning, Heinz: Freiwilligenagenturen. In: Möller, Kurt (Hrsg.): Auf dem Weg in die Bürgergesellschaft? Soziale Arbeit als Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements. Opladen 2001, S. 85-100
- Enquête-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages (Hrsg.): Bericht Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Schriftenreihe Band 4. Opladen 2002
- Heinze, Rolf G. / Olk, Thomas: Vom Ehrenamt zum bürgerschaftlichen Engagement. Trends des begrifflichen und gesellschaftlichen Strukturwandels. In: Kistler, Ernst / Noll, Heinz-Herbert / Priller, Eckhard (Hrsg.): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Berlin 1999, S. 77-100
- ISAB: Freiwilliges Engagement und Selbsthilfe in Kommunen: Förderpraxis und Perspektiven. ISAB-Berichte aus Forschung und Praxis Nr. 72. Köln 2001
- Jakob, Gisela / Janning, Heinz: Freiwilligenagenturen als Teil einer lokalen Infrastruktur für Bürgerengagement. In: Heinze, Rolf G. / Olk, Thomas (Hrsg.): Bürgerengagement in Deutschland. Opladen 2001, S. 483-507
- Janning, Heinz / Luthe, Detlef / Rubart, Frauke: Qualitätsentwicklung für das Ehrenamt. Die Freiwilligen-Agentur Bremen. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 11. Jg. (1998), H. 2, S. 61-67
- Stiftung Mitarbeit (Hrsg.): Solidarität inszenieren ... Freiwilligen-Agenturen in der Praxis. Bonn 1997

*Olaf Ebert  
Geschäftsführer der Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e. V.  
Vorstandsmitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft  
der Freiwilligenagenturen e. V.*

# **,55+‘ – aktiv, vital, kompetent und freiwillig engagiert**

## **Zum institutionellen und fachlichen Profil der Unterstützung des Engagements von Seniorinnen und Senioren in Seniorenbüros**

Das Internationale Jahr der Freiwilligen 2001 (IJF) habe zu einem erneuten Aufbruch in die Zukunft einer zivilbürgerschaftlichen Gesellschaft geführt. Eine neue „Kultur des Helfens und des Sozialen“ habe sich entwickelt, wurde auf dem „Fest der Freiwilligen“ zum Abschluß des IJF am 5. Dezember 2001 in Berlin erklärt. Die Freiwilligen seien „der Kitt der Gesellschaft“, wobei dieser Wunsch wohl eher die Hoffnung der Regierenden beschreibt, daß die freiwillig Engagierten die gegenwärtige soziale Krise besänftigen könnten, als daß damit auf deutliche Weise das Selbstverständnis der freiwillig Engagierten treffend verdeutlicht worden wäre. Das IJF hat mit seinen Konferenzen, Debatten, Untersuchungen (z. B. den vielgerühmten „Freiwilligensurvey“ [BMFSFJ 1999 1]), Arbeitsgruppen, der Enquête-Kommission „Zukunft des Bürger-schaftlichen Engagements“, den unzähligen kleinen und großen, nationalen und internationalen Fachtagungen und Konferenzen, der Fülle an Projekten und Ereignissen und den vielen Veröffentlichungen grundsätzlicher Beiträge, Informationen und Porträts so etwas wie einen gemeinsamen Nenner geschaffen: Freiwilliges bürger-schaftliches Engagement ist zu einer Perspektive vieler Menschen aller Altersgruppen geworden, die etwas für sich und andere tun wollen. Sie wollen mit ihrem Einsatz insbesondere gesellschaftliche Verhältnisse selbstbewußt und selbstbestimmt mit-gestalten, die von sozialer Gerechtigkeit, kultureller Teilhabe, friedlichem Zusammenleben und persönlicher Lebensentfaltung geprägt sein sollen.

Um das zu ermöglichen, bedarf es engagementfördernder Bedingungen, die den Besonderheiten der jeweiligen gesellschaftlichen Gruppen: den Jugendlichen, Berufstätigen, den Frauen und Älteren angemessen entgegenkommen. So können niedrigschwellige Zugänge und erfolgversprechende Beratungs-, Vermittlungs- und Begleitformen angeboten werden.

Es geht nicht darum, vorhandene Segmentierungen konkurrierend zu verfestigen oder gar vor dem Hintergrund nunmehr zehnjähriger Erfahrungen einer gesellschaftlichen Gruppe kooperative Entwicklungen zu verweigern, sondern den unterschiedlichen Lebenslagen, Motivationen und Interessen der Engagementbereiten gerecht zu werden. Darüber hinaus bedarf es kooperativer Netzformen, die das bürgerschaftliche Engagement vor dem Hintergrund unterschiedlicher fachlicher und institutioneller Profile stärken und vermehren.

Insofern sind Seniorenbüros zwar ein eigener ‚Typ‘ im Feld der Infrastruktureinrichtungen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements mit großer fachli-

cher Nähe zu allen anderen in diesem Feld, die jedoch zu kooperativer Grundhaltung herausfordern. Es gibt aber auch profilierte Besonderheiten, die nicht aufgegeben werden sollten.

Die fast 80 in der *Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros* zusammengeschlossenen Einrichtungen haben

- *die gleichen Adressaten*: die Seniorinnen und Senioren – ‚55+‘
- *eine gemeinsame Philosophie*: die demographische Entwicklung und veränderte Werte-Orientierung verpflichten uns einen Beitrag dafür zu leisten, daß Seniorinnen und Senioren mit ihrem Erfahrungswissen eine aktive verantwortliche Rolle in der Gesellschaft übernehmen
- *gemeinsame Aufgabenstellungen*, die mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen verfolgt werden
- *vergleichbare Strukturen*
- und *Verbundenheit mit ihrem Gemeinwesen*: Sie sind aktiver und unaufgebarere Teil der jeweiligen sozialräumlichen Ressource.

Seniorenbüros geben insbesondere mit ihren sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen, aber auch mit ihren unterschiedlichen Größen und Aktivitäten ein vielfältiges Bild sowohl neuer Formen der Altenarbeit (Altenhilfe) als auch des ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements in ihren Kommunen wieder (Braun u. a. 1997; Braun / Bischoff 1999; siehe auch Schriftenreihe der Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros [BaS], bisher 11 Bände).

## Kurze Erinnerung an die Traditionslinien

Zwei Hauptlinien führten zur Bildung von Seniorenbüros:

Erstens: Das Leben im Alter angesichts des *demographischen Wandels*.

Zweitens: Die Veränderungen in Staat und Gesellschaft angesichts der *Krise des Sozialstaats*.

### Das Leben im Alter

In der ersten Hälfte der 80er Jahre wurde *Alter(n)* zu einem der großen – auch kontroversen – Themen in Forschung und Politik. Die Rentendiskussionen und die Pflegeversicherungsdebatte und -einführung haben daran einen wesentlichen Anteil.

Altenhilfe konnte nur einen geringen Teil der Adressatengruppe Alte erfassen. Die Altenpolitik konzentrierte sich auf die Versorgung und Absicherung von Risikogruppen im Alter, vor allem den Hilfe- und Pflegebedürftigen. Die Einrichtungen der Offenen Altenhilfe (Altentagesstätten und -gruppen) als Betreuungseinrichtungen überwiegend hochaltriger Alter (Frauen) gerieten in eine Krise. Die Frage war: Wo sind die ‚jungen‘ Alten und die Männer? Wie können wir sie für unsere Einrichtungen gewinnen?

---

## **Neue innovative Projekte wurden daraufhin vielerorts für Senior/innen entwickelt**

- Bildungsprojekte wie z. B. *Universitäten und Bildungseinrichtungen des 3. Lebensalters*
- Arbeitsgemeinschaften mit örtlichen Fachleuten wie z. B. *Leben im Alter, Altenhilfeforen usw.*
- Neue Formen der Begegnung wie *Seniorenclubs, Selbsthilfegruppen, aktive Kreativ-Vereine usw.*
- Senioren(bei)räte mit Möglichkeiten der politischen Mitwirkung in der Kommune.
- Hinzu kam die Kenntnisnahme der Freiwilligenbewegungen insbesondere im Seniorenbereich in den Niederlanden, England, Skandinavien, USA u. a. Ländern.

## **Vorruhestand, Arbeitslosigkeit Älterer und die Lebenswelten von Pensionär/innen und Rentner/innen wurden thematisiert**

- Insbesondere in den neuen Bundesländern, aber auch in den alten wuchs die Zahl der vorzeitig in den Ruhestand versetzten Männer und Frauen dramatisch an. Die Arbeitslosigkeit Älterer wuchs ebenfalls dramatisch. Ein depressives Klima, breitete sich aus, mit der Wahrnehmung, *nicht mehr gebraucht zu werden*. Die Renten-debatte erzeugte zusätzlich das Gefühl, eine *gesellschaftliche Last* zu sein. Gleichzeitig wuchs die wissenschaftliche Erforschung der Bruchstelle zwischen beruflicher Arbeit und Ruhestand sowie der Gestaltung eines sinnvollen *Lebens im Alter*.

## **Eine dramatische Abnahme des traditionellen Ehrenamts wurde sichtbar**

- Vor allem Wohlfahrtsverbände beklagten den Mangel an ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen vor allem in den noch nicht marktorientierten und den pflegesatz-finanzierten Projekten.
- Vereine und kirchliche Organisationen fanden immer weniger Männer und Frauen, insbesondere Senioren, die mit Zeit und Bereitschaft für langfristige Einsätze z. B. für ihre Vorstände zu ehrenamtlicher Mitarbeit bereit waren.
- Viele staatlich finanzierte Initiativen, die in den 70er Jahren entstanden waren und sich mit zunehmender beruflicher Arbeit professionalisiert hatten, verloren an Attraktivität für ehrenamtliche Mitarbeit.

## **Veränderungen in Staat und Gesellschaft angesichts der Krise des Sozialstaats**

Die Krise des Sozialstaats in Bezug auf ihre Wirkung für das Ehrenamt kann hier nur sehr verkürzt angedeutet werden.

- Wegen der *Finanzkrise in den öffentlichen Haushalten* scheinen die Grenzen der staatlichen Wohlfahrtsproduktion und -verantwortung in vielen Bereichen erreicht zu sein. Die Finanzierung sozialer und kultureller Projekte und Initiativen wird teilweise oder ganz zurückgenommen. Der Staat (die Kommune) zieht sich

auf sog. *Kernaufgaben* zurück (nur wer sich nicht selbst helfen kann, bekommt staatliche Hilfe).

- Markt- und betriebswirtschaftliches Denken und entsprechende Strukturen werden gefordert. Die Wohlfahrtsverbände müssen sich auf die konkurrierenden Selbstregulierungskräfte des Marktes, auf dem auch kommerzielle Anbieter von Hilfeleistungen auftreten, einlassen. Die Qualität der Angebote entscheidet. Ehrenamtliche Mitarbeit hat nur noch geringe Chancen.
- Das führt zu einer dramatischen Abnahme der Bereitschaft, insbesondere bei Frauen und Männern in der nachberuflichen und nachfamiliären Lebensphase, sich in diesen sozialmarktorientierten Wohlfahrtsunternehmen zu engagieren. Gleichzeitig wächst die Bereitschaft, sich selbstbestimmt, partizipativ und projektorientiert in möglichst hierarchie-armen Vereinen und (Selbst-)Hilfegruppen einzusetzen. Aber es fehlen die motivierenden und überzeugenden Zugänge.

## Seniorenbüros als neue Form

- der Altenpolitik
- der Altenhilfe
- der Selbsthilfe in der Lebenswelt des Alters
- der Förderung von Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement

Die o. g. Traditionslinien – Umbau des Sozialstaats und eine Neuorientierung für das Leben im Alter – führten zur Bildung des *Modellprogramms Seniorenbüro*, das in den Jahren 1992 bis 1995 als erste Projektphase und 1995 bis 1997 als zweite Projektphase durchgeführt und von dem Institut für Sozialwissenschaftliche Analyse und Beratung (ISAB) wissenschaftlich begleitet wurde.

Die zentralen Aufgaben waren von Anfang an Information, Beratung und Vermittlung von Seniorinnen und Senioren in ehrenamtliches, freiwillig bürgerschaftliches Engagement. Seniorenbüros waren und sind auch überwiegend weiterhin mit hauptamtlichen Mitarbeiter/innen besetzt, um regelmäßige Öffnungszeiten und einen verlässlichen Zugang für engagementbereite Ältere zu garantieren. Zugleich sollten räumliche und sachliche Ressourcen vorhanden sein, um eigene Projekte und Begegnungsformen neuer Art zu gewährleisten.

Die Anzahl der Seniorenbüros wuchs bereits während der Projektphasen und auch danach von den 44 teilnehmenden Einrichtungen auf über 160 an.

Das Aufgabenprofil gewann Konturen und erweiterte sich. Gegenwärtig sieht dieses so aus:

- Information, Beratung und Vermittlung von Seniorinnen und Senioren für freiwillige bürgerschaftliche Tätigkeiten in gemeinnützigen Einrichtungen, Verbänden, Initiativen und Projekten. Angebote und Bedarfe werden ermittelt, neue Tätigkeitsfelder werden erschlossen, sach- und fachgerechte Einsatz- und Rahmenbedingungen werden gemeinsam erarbeitet.

- 
- Aufbau, Beratung, Leitung und Unterstützung von Gruppen, Initiativen, Projekten in und außerhalb der Seniorenbüros werden angeboten und durchgeführt, insbesondere Ältere können mit ihren Erfahrungs- und Zeitbudgets Garant dafür sein, daß die von ihnen mitgetragenen Projekte verlässlich arbeiten.
  - Unterstützung und Durchführung von selbstorganisierten Lern- und Freizeitaktivitäten und Begegnungsformen von Senioren werden ermöglicht.
  - Zusammenarbeit mit Fachleuten aus Verwaltung, Politik, Verbänden, (Aus-)Bildungsstätten, Seniorenorganisationen und -vertretungen wird geleistet.
  - Es gibt regelmäßige Weiterbildungsangebote und Erfahrungsaustausch für Haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter/innen.
  - Öffentlichkeitsarbeit zur Motivierung und Aktivierung zum bürgerschaftlichen Engagement wird durchgeführt.
  - Serviceleistungen für Senioren werden u. a. in Zusammenarbeit mit Kommunen, Seniorenorganisationen und Wirtschaft angeboten. Als Anwälte zur Behebung von Versorgungslücken, kommunalen Fehlentwicklungen und Problemlagen können insbesondere Mitarbeiter/innen und engagierte Ältere der Seniorenbüros mit ihrem Bekanntheitsgrad, ihrer Kompetenz und ihrem Willen, etwas für sich selbst und andere zu tun, „als eine Art von Komplement und Korrektiv (...) als Schutz-, Mahn- und Warninstitution, mit der Zeichen gesetzt und Öffentlichkeiten geschaffen werden sollen“ (Evers / Olk 2002, S. 10) zur Modernisierung und sozialen Ausgewogenheit ihrer Kommune beitragen.

Zum Profil der Seniorenbüros gehört die Trägerlandschaft, die sich bereits in der Modellphase und insbesondere danach entsprechend der lokalen Gegebenheiten herausgebildet hat. Als Träger sind nahezu alle Organisationen, Initiativen und viele Kommunen beteiligt, die bereits im Feld der sozialen, kulturellen, freizeit- und interessenorientierten Arbeit für und mit Senioren aktiv waren. In einigen Orten wurden neue Trägervereine oder -verbände geschaffen.

Ebenso vielfältig sind die Finanzierungsformen. Insgesamt haben sich finanzielle Fördermodelle herausgebildet, an denen die Kommunen am stärksten mit Zuwendungen beteiligt sind, aber auch Träger sich beteiligen und die Seniorenbüros eigene Mittel erwirtschaften.

Ein wesentlicher profilbildender Kern war und ist weiterhin die *Adressatengruppe aktive Senioren (55+)* und der gesellschaftliche Gesamtbereich des Lebens im Alter, verbunden mit den altersspezifischen besonderen Möglichkeiten, sich aktiv, selbstbestimmt, kompetent und erfahren in allen gesellschaftlichen Bereichen bürgerschaftlich zu engagieren und in Vereinen, Projekten, Initiativen und Verbänden verantwortliche Ehrenämter und Aufgaben zu übernehmen.

Das unzweifelhaft vorhandene Besondere des Alters – oder um es persönlicher zu sagen: von uns Alten – muß auf allen seinen Ebenen genau focussiert werden, um die entsprechenden Handlungskonsequenzen und infrastrukturellen Notwendigkeiten

profil- und erfolgsorientiert bestimmen zu können, damit sie die Nachhaltigkeit des bestehenden Engagements und vor allem den Zugang neuer Älterer garantieren.

Das Besondere unserer nachberuflichen und nachfamiliären Lebenswirklichkeit ist, daß wir eine neue Definition des Begriffs und des Selbstwerts von Arbeit haben oder finden müssen. Wir haben die *Arbeitswelt* verlassen, auf die hin die kindliche / jugendliche Sozialisation gerichtet war und in der das singuläre, familiäre und individuelle Leben bis zur Pensionierung / Rente mit all seinen Lebensformen und Lebensräumen stattgefunden hat. Insofern ist dieser Übergang in die nachberufliche Lebenszeit einmalig. Sie wird sehr oft als Bruch mit sozialpsychologischen Folgen erlebt. Wir finden uns in einer *neuen Welt* wieder, die viele Bilder kennt (Traum-, Freizeit-, Weltbürger-, Tätigkeits-, Spaß-, Lust-, und-so-weiter-Welt). Das bestimmt unsere Identität als Senior/innen auf völlig neue Weise und hat erhebliche Auswirkungen auf alles, was in diesem neuen und wahrscheinlich langen Lebensabschnitt geschieht. Hinzu kommt – ebenfalls mit sozialpsychologischen Folgen – ein Bruch der persönlichen Beziehungen, die weitgehend auch von den Lebensräumen der beruflichen Arbeit bestimmt waren. Nach dem Übergang in den ‚Ruhestand‘ müssen allein durch eigene Initiativen neue Beziehungen aufgebaut werden.

Wenn wir Glück haben, finden wir uns in einer aktiven, verantwortungsvollen, selbstbestimmten und -bewußten Tätigkeitswelt wieder, in der fremdbestimmte Verhältnisse keinen Raum haben, in der wir in einem Beziehungsnetz solidarisch leben und engagiert tätig sein können.<sup>1</sup>

*Dies zu ermöglichen halte ich für einen der profilierten Grundsätze zum Selbstverständnis der Seniorenbüro-Arbeit.*

Wir Ältere sind durch das berufliche und familiäre Leben mit allen seinen Facetten geprägte Persönlichkeiten; d. h. alle Felder und Bereiche des möglichen Engagements haben uns bereits lebenslang passiv und / oder aktiv begleitet und entsprechende Prägungen hinterlassen.

Wir haben diesbezüglich ein sehr hohes Maß

- an Erfahrungswissen und Kenntnissen mit hohem Selbstbewußtsein und Selbstbestimmungs- und Gestaltungswillen
- an vielfältigen Kompetenzen
- an moralischen, sozialen, politischen und sehr oft auch religiösen Standpunkten
- an schulisch und durch Bildungsmaßnahmen erworbenen und hinzugewonnenen Bildung
- und wir kommen aus geprägten sozialen Zusammenhängen.

Das ist im Blick auf das freiwillige Engagement orientierend für die Entscheidungen, wo und wie wir uns engagieren. Es ist sowohl hilfreich und bereichernd als

<sup>1</sup> Wer sich näher mit dieser Sache beschäftigen möchte, sollte die Forschungsergebnisse von Detlef Knopf lesen, z. B.: Menschen im Übergang von der Erwerbsarbeit in den Ruhestand, BMBF 2000.

---

auch erschwerend im Binnenfeld der Engagementfelder, insbesondere für die Teamarbeit mit allen anderen Akteuren.

Senioren haben eigene Zugänge zum Ehrenamt, die von ihren Lebenslagen geprägt sind. Seniorenbüros sind darum keine reinen Beratungs- und Vermittlungsagenturen der Freiwilligenarbeit.

Wir Älteren sind unverzichtbar, aber zugleich auch eine sehr schwierige Gruppe im Gesamtfeld der Freiwilligenarbeit. Das bedarf hoher Aufmerksamkeit und immer noch ein erhebliches Maß an modellhafter Erprobung, wie es u. a. das Modellprogramm ‚Erfahrungswissen für Initiativen – EFI‘ (BMFSFJ) und das ‚Aktionsprogramm in der Berufsbildung LEONARDO‘ (EU) anbieten werden.

## Seniorenpolitik

„Der gesellschaftlichen Beteiligung älterer Menschen kommt in den nächsten Jahren steigende Bedeutung zu. Die aktiven und auch innovativen Fähigkeiten der älteren Generation müssen aber nicht nur im Interesse der einzelnen älteren Menschen gefördert, erhalten und ggf. wiederhergestellt werden. Zudem müssen die Rahmenbedingungen so gestaltet werden, daß ältere Menschen sich bereit finden, ihre Fähigkeiten für andere einzusetzen“ (Rönsch 1992).

Die demographische Entwicklung wird zur zunehmenden Herausforderung an die Kommunen, altersspezifische Schnittstellenprojekte der selbstbestimmten und -organisierten aktivierenden Begegnung, der Förderung des ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements, der Selbsthilfe älterer Menschen, deren Einbindung in soziale Nachbarschaften und Beziehungsnetze (als sozialräumliche Ressource) und der seniorengerechten Bildung durch Bereitstellung der aktivierenden Rahmenbedingungen (Räume, Finanzen, Personal) zu ermöglichen.

Seniorenbüros verfügen inzwischen über hinreichende Erfahrungen zur erfolgreichen Durchführung dieser für das soziale Klima der Kommunen nutzbringenden Altenarbeit.

Diese Form des selbstbestimmten sozial-, kultur- und freizeitpolitisch orientierten Engagements Älterer spielt eine wesentliche Rolle

- bei der Wertschätzung, Gestaltungs- und Durchsetzungsfähigkeit von örtlichen Vereinen, die eher schwache und sozial benachteiligte Gruppen und Initiativen vertreten
- bei der Entwicklung und Durchführung von bürgerlichen Eigeninitiativen in den sozialen, kommunalpolitischen, kulturellen und Bildungsinteressen der Bürger/innen. Insbesondere die Älteren können mit ihrem Engagement das Spannungsverhältnis zwischen individuellen Interessen (z. B. von Hausbesitzern) und Gemeinweseninteressen (z. B. die Verbesserung der sozialen und kulturellen Infrastruktur) ausgleichen

- bei der Entwicklung und in der Startphase von neuen, für die Lebenswelten der Kommune wichtigen Projekten (Kinder, Jugend, Drogen usw.).

Daraus ergibt sich ein weiterer Grundsatz eines profilierten identitätstiftenden Selbstverständnisses: *Seniorenbüros tragen mit einer neuen zivilbürgerlichen Verantwortungsrolle zu einer effizienten Entwicklung des Bürgerengagements in einer Bürgergesellschaft bei.*

Das verbindet Senioren der Seniorenbüros mit allen anderen Akteuren der Zivilgesellschaft, die vor dem Hintergrund ihrer je eigenen Lebenswirklichkeiten und -welten eigene Formen und Strukturen der Engagementförderung und Selbsthilfe entwickelt haben und in den gesellschaftlichen Zusammenhängen bürgerschaftlich und helfend tätig sind.

Die demographischen Erkenntnisse des Freiwilligensurveys haben ergeben, daß Ältere in der Gruppe der 50 bis 59jährigen mit 38 % und der 60 bis 69jährigen mit 31 % an der Gesamtzahl der freiwillig Engagierten beteiligt sind. Im Bereich der Engagementbereitschaft sieht es ähnlich aus. Gemessen am Anteil von Frauen und Männern dieser Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung von z. Zt. ca. 20 % kann durchaus eine hervorgehobene Beteiligung und Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement festgestellt werden.

## Wohin geht die Reise?

Hier möchte ich mich beschränken auf den Teil der Frage, der sich mit den Perspektiven für die Gestaltung einer engagementfördernden Infrastruktur aller Einrichtungstypen befaßt.

Mit dem „Leitfaden für Kommunen zur Information und Beratung über freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ (Braun u. a. 2000) vor dem Hintergrund der Ergebnisse von Befragungen von Kommunen und engagementfördernden Einrichtungen leistet ISAB diesbezüglich hauptsächlich nach zwei Seiten hin Überzeugungsarbeit.

Als Ergebnis der Befragungen und eigener langjähriger Forschungen auf dem Gebiet der Freiwilligenarbeit entstand eine zunächst bestechende Idee: Die bestehenden oft parallelen Infrastrukturen der Engagementförderung mit ihren Ressourcen- und Konzeptkonkurrenzen sollen weiterentwickelt, höchstmöglich zusammengeführt und dadurch synergetisch dynamisiert werden. Die Kommunen sollen die Engagementförderung der Einrichtungen für Freiwilligenarbeit und Selbsthilfe als ihren Verantwortungsbereich und ihren Nutzen und für ihr Image ernst nehmen und dafür sorgen, daß die finanziellen Rahmenbedingungen vorhanden sind oder zukünftig gestellt werden.

Unser Vorstand hat begonnen, sich mit den im Leitfaden vorgetragenen Perspektiven einer entwickelten Infrastruktur auseinanderzusetzen – noch lange nicht ab-

---

schließend, aber immerhin soweit, daß folgende Feststellungen, Bewertungen, kritische Fragen und Perspektiven von mir vorgetragen werden können:

Die empirische Deskription der Zahlen, Motive, Interessen, Bewegungen, Arbeitsfelder, insbesondere der Inanspruchnahme der Beratung, der Darstellung der Vermittlungserfolge und der Fortbildungen ist gut und entspricht unserem internen Kenntnisstand der Arbeit der in der BaS zusammengeschlossenen Seniorenbüros. Also: Anerkennung für diesen Teil der geleisteten Forschungsarbeit.

Die Darstellung *unseres* Selbstverständnisses, unserer Zielvorstellungen des freiwilligen Engagements und der durchaus unterschiedlich gewichteten Umsetzungen – also der Arbeitskonzepte – in den Seniorenbüros hätte im Blick auf die besonderen Lebenswirklichkeiten in der nachberuflichen und nachfamiliären Lebensphase deutlicher hervorgehoben werden können. Es ist u. E. für die infrastrukturellen Perspektiven durchaus bedeutend, ob die Besonderheiten dieser Adressatengruppe erkennbar bleiben und im Rahmen der Organisation des freiwilligen Engagements Raum haben.

Die im Leitfaden vorgeschlagene Namengebung „Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ birgt in sich die Gefahr, daß die Älteren sich nicht mehr angesprochen und gefragt fühlen. Ein wichtiges Ergebnis des Freiwilligensurveys war ja, daß sie gefragt werden wollen und darum als gesellschaftlich vorhandene und notwendige Gruppe von Engagierten mit dieser Namengebung nicht mehr erreicht werden.

Der BaS-Vorstand hat sich dennoch vorsichtig davon überzeugen lassen, daß die jetzigen überwiegend unverbundenen und dadurch konkurrierenden Konzepte und Infrastrukturen zur Förderung des freiwilligen Engagements so nicht bleiben sollten. Sie bedürfen einer Konzepte vernetzenden Entwicklung. Wir haben darum mit der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e. V. (DAG SHG) und der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e. V. (bagfa) gemeinsame Beratungen und einen Workshop, an welchem auch Mitarbeiter/innen und Freiwillige der jeweiligen Einrichtungen teilgenommen haben. Wir sind uns einig, daß wir – wie es auch die Enquête-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ im ihrem Abschlußbericht (Enquête-Kommission 2002) vorschlägt – eine stärkere Vernetzung der verschiedenen Infrastruktureinrichtungen anstreben wollen. Wir halten es aber unsererseits für unbedingt „notwendig, daß ihre unterschiedlichen konzeptionellen (und institutionellen [C. W.]) Profile“ erhalten und auch gegenüber den Nutzer/innen erkennbar bleiben. Sofern also eine stärkere Verzahnung der verschiedenen Angebote sinnvoll ist, sollte kooperativen Konzepten, die die verschiedenen fachlichen Profile erhalten (Enquête-Kommission 2002), der Vorzug gegeben werden gegenüber integrierten Ansätzen, die – wie etwa im Modell „Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ – die fachlichen Konturen verwischen“.

## Literatur

- Braun, Joachim / Bischoff, Stefan: Bürgerschaftliches Engagement älterer Menschen: Motive und Aktivitäten. Schriftenreihe des BMFSFJ Band 184. Stuttgart 1999
- Braun, Joachim u. a.: Leitfaden für Kommunen zur Information und Beratung über freiwilliges Engagement und Selbsthilfe. Köln 2000
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Referat Öffentlichkeitsarbeit; Knopf, Detlef: Menschen im Übergang von der Erwerbsarbeit in den Ruhestand – eine Herausforderung für die Erwachsenenbildung. Bonn 1999
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ); Braun, Joachim u. a.: Freiwilliges Engagement im Alter – Nutzer und Leistungen von Seniorenbüros. Schriftenreihe des BMFSFJ Band 142. Stuttgart 1997
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland – Freiwilligensurvey, 3 Bände, Schriftenreihe des BMFSFJ. Stuttgart 1999
- Enquête-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages: Bericht. Drucksache 14/8900 des Deutschen Bundestages
- Enquête-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages (Hrsg.): Bericht Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Schriftenreihe Band 4. Opladen 2002
- Evers, Adalbert / Olk, Thomas: Bürgerengagement. In: Bürgerengagement im Sozialstaat – Randphänomen oder Kernproblem? Beilage zu: Das Parlament, 1. März 2002, S. 10
- Rönsch, Hannelore: Dem Alter Sinn geben. Heidelberg 1992

*Christian Wienberg  
Vorstandsmitglied der  
Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e. V. (BaS)*

# Selbsthilfe- und Engagementunterstützung – Integration und Differenzierung

## Das Beispiel Bürger-Selbsthilfe-Zentrum BÜZ-Herne

### Selbsthilfe in der Kommune

Schon in einer mittelgroßen Stadt gibt es so zahlreiche soziale und gesundheitliche Beratungs- und Hilfsangebote, daß es auch bei langjähriger Kenntnis der Versorgungslandschaft schwer fällt, einen Überblick zu gewinnen. Je genauer man ein einzelnes Versorgungsfeld betrachtet, z. B. Jugend, Alter, Sucht oder Psychiatrie, desto vielfältiger und komplizierter wird die Beschreibung der Versorgungssituation.

Dies gilt auch für das Feld der gesundheitlichen Selbsthilfe. Allein einen Überblick über die bestehenden Gruppen und Initiativen sowie die unterschiedlichen Förderinstanzen – Kommune, Krankenkassen, Wohlfahrtsverbände, Selbsthilfe-Organisationen etc. – zu erhalten ist ein schwieriges Geschäft. Die Situation ändert sich laufend; dementsprechend aufwendig ist es, ‚auf dem laufenden‘ zu sein. Wenn der Selbsthilfebegriff weiter gefaßt wird, also nicht nur die Selbsthilfegruppen, -Initiativen und -Organisationen einschließt (Brandenburg / von Ferber 2001, S. 67), sondern auch Selbstbehandlung, familiäre Eigenhilfe und Selbsthilfe in primären Netzwerken sowie das Arzt-Patienten-Verhältnis, dann gestaltet sich die Bestandserhebung noch schwieriger.

Von diesem erweiterten Begriff der Gesundheitsselbsthilfe ausgehend, werden die Grenzen zu anderen Versorgungsbereichen fließend:

- zur Behindertenarbeit, bei der es auch um die Erschließung von Selbsthilfepotentialen geht
- zur Freiwilligenarbeit, die Selbstbetroffenheit nicht unbedingt ausschließen muß,
- zur Partizipation im Gesundheitswesen überhaupt, die auch Elemente der Selbstartikulation und Selbsthilfe enthält.

Kurz und gut: Selbsthilfe ist ein Prinzip, das keine klare, eindeutige, dauerhaft gleiche Struktur besitzt, sondern eine lebendige, sich weiterentwickelnde und -verbreitende Qualität enthält, die über die bisherigen Arbeitsgrenzen der Gesundheitsselbsthilfe hinausgeht.

## Selbsthilfe-Unterstützung durch Selbsthilfekontaktstellen

Sicherlich ist unbestritten, daß die Kontakt- und Informationsstellen für Selbsthilfegruppen (KISS) seit Ende der 70er Jahre bis heute für die Bereiche der gesundheitlichen und sozialen Selbsthilfe-Aktivitäten eine kaum zu überschätzende Bedeutung gehabt haben und noch haben: Sie haben Transparenz in die Versorgungslandschaft gebracht, zahlreiche Gruppengründungen initiiert und schon bestehende Gruppen wirksam unterstützt; sie haben die professionellen Mitarbeiter/innen in den sozialen und medizinischen Einrichtungen geschult, die Öffentlichkeit sensibilisiert, ein selbsthilfefreundliches Klima gerade auch in den medizinischen Institutionen geschaffen; sie haben vielen Betroffenen Anregungen gegeben und Kontaktmöglichkeiten eröffnet. Das alles ist bekannt und wurde in mehreren Modellprojekten sowohl für die alten als auch die neuen Bundesländer belegt (Braun / Kettler / Becker 1997).

Doch gerade der Erfolg birgt immer auch die Gefahr der Selbstgenügsamkeit, der Beschränkung auf Bestandswahrung und Absicherung. In den letzten Jahren des Aufbaus und der Konsolidierung haben sich einige Kontaktstelle ihr eigenes Umfeld gestaltet: mit gut etablierten Kontakten und einem festen Stamm an Ansprechpartner/innen aus den Gruppen. Es schwindet die Offenheit für jedermann, da die Aufnahme und Verarbeitung von konkreten Problemen – z. B. spezielle Probleme in psychiatrischen Selbsthilfegruppen, Formen von Selbsthilfe für junge Leute oder ausländische Mitbürger/innen – leicht in den Hintergrund rücken können. Schulungen, Fortbildungen etc. für Gruppenleiter/innen sowie Mediator/innen und Multiplikator/innen werden zunehmend angeboten. Die KISS wird zur Weiterbildungsstelle; Mitarbeiter/innen werden zu Dozent/innen. Ein Weg, der auf Dauer nicht tragfähig sein dürfte.

## Neu-Orientierung unter der Prämisse des bürgerschaftlichen Engagements

In einer solchen Situation könnte eine neue Orientierung, die das Erreichte allerdings nicht aufgeben darf, sinnvoll und produktiv sein. Die Möglichkeit einer solchen Neu-Orientierung liegt im Begriff des *Bürgerengagements*. Dieser ist gegenüber der Selbsthilfe ein umfassender, der die Selbsthilfe-Aspekte mit einschließt und darüber hinaus weitere Aktivierungs- und Partizipationschancen eröffnet (Winkler 2002), wie sie z. B. im Freiwilligenbereich, im Ehrenamt, im Konsumentenbereich, im Behindertenbereich, in der Gesundheitsinformation und -aufklärung sowie in der gesundheitspolitischen Aktivierung und Gestaltung liegen können.

Bereits ab Mitte der 90er Jahre wurde über eine Aufgabenerweiterung von Selbsthilfekontaktstellen sowie neue Formen der Engagementförderung wie etwa in Form von Seniorenbüros diskutiert. Ausgehend von dieser Diskussion schlug zuerst das Kölner Institut für Sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung

---

(ISAB) ein Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe vor (Braun / Abt / Bischoff 2000, S. 40). Mit der vom Deutschen Bundestag im Jahre 1999 berufenen Enquête-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ und deren nunmehr vorliegenden Bericht (Deutscher Bundestag 2002) scheint sich der Begriff des freiwilligen, gemeinwohlorientierten, nicht auf materiellen Gewinn ausgerichteten bürgerschaftlichen Engagements als Oberbegriff durchzusetzen. Klare Forderungen im Bericht sind der Auf- und Ausbau einer nachhaltigen Infrastruktur zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, die Schärfung des Profils der vorhandenen Einrichtungstypen, die Intensivierung der Kooperation zwischen diesen Einrichtungen sowie die Orientierung der engagementunterstützenden Infrastruktur an den lokalen und regionalen Bedarfen (Deutscher Bundestag 2002, S. 9).

Ist es angesichts der bereits vorhandenen Vielfalt von Beratungsangeboten und der damit verbundenen Unübersichtlichkeit in den mittleren und großen Städten wirklich sinnvoll, zusätzlich ein eigenes System für die Förderung des Ehrenamtes oder der Freiwilligenarbeit aufzubauen?

Ist es etwa sinnvoll, eine Körperbehinderten-Beratung mit einer Personalstelle als unabhängige Einrichtung bestehen zu lassen, wenn es die Möglichkeit gibt, sie an eine Selbsthilfekontaktstelle anzugliedern und so auch die im Behindertenbereich zweifellos hohen Selbsthilfepotentiale stärker auszuschöpfen (Brandenburg / Winkler 2001)?

Ist es sinnvoll, neue gesundheitliche Konsumentenzentren etwa in der Verbraucherberatung aufzubauen, wenn detailliertes, ortsbezogenes Gesundheitswissen in der vorhandenen Selbsthilfekontaktstelle vorliegt?

Auch eigene Beschwerdestellen – etwa im Bereich der Psychiatrie – brauchen nicht gegründet zu werden, wenn man einerseits die Kontaktstellen der Selbsthilfe in den Stand setzt, solche Aufgaben zu übernehmen und die Kontaktstellen sich andererseits auch diesen zukünftig immer wichtiger werdenden Fragen mit Engagement stellen wollen. Es gilt also, wie Andreas Greiwe es einmal formuliert hat, gegen Parallelstrukturen und für eine Zusammenfassung unter Nutzung von Synergie-Effekten zu arbeiten (Greiwe 1998; 2000).

Es geht darum, Bürger/innen zu aktivieren, zu fördern und zu unterstützen, die / den einzelnen in die Lage zu versetzen, selbsttätig für sich und andere zu handeln – sei es als Mitglied einer Selbsthilfegruppe, als Behinderte/r, als Patient/in, als Mitglied der Krankenkasse oder als am Gesundheitswesen interessierte/r Bürger/in überhaupt. Die Kontaktstelle für Selbsthilfe muß sich zu einem Zentrum der Bürger/innen wandeln, die auf vielfältige Weise an der Lösung gesundheitlicher und sozialer Probleme interessiert sind.

Dieser Weg der Integration von gesundheitsbezogenen Kontakt- und Beratungsangeboten eröffnet mit Sicherheit zusätzliche Chancen, die große Gruppe der Älteren zu gewinnen und junge Erwachsene zu aktivieren. Für fremdsprachige und aus

anderen Kulturkreisen stammende Bürger/innen dürfte ein solches Zentrum wohl ebenfalls erheblich attraktiver sein als etwa das bisher bevorzugte Modell der Anregerung einer Mitarbeit in klassischen Selbsthilfegruppen.

In Herne bestand im Jahre 2000 die Möglichkeit, die seit 1993 beim Gesundheitsamt bestehende Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfe (KISS) im Sinne einer erweiterten Selbsthilfe- und Engagementförderung auszubauen. Integriert wurden dabei die Selbsthilfekontaktstelle, die Körperbehinderten-Beratungsstelle sowie das Freiwilligen-Zentrum. Damit setzte Herne konsequent einen Weg der Selbsthilfeförderung fort, der wesentlich darin besteht, auf neue Bedarfslagen bei den Bürger/innen und in der kommunalen Versorgungslandschaft produktiv zu reagieren und neue, zukunftsfähige Orientierungen zu geben.

### **Kurzer Rückblick:**

#### **Der Weg bis zur Entstehung des BÜZ-Herne**

Die Stadt Herne hat seit 1980 kontinuierlich die Gesundheitsselbsthilfe gefördert. Innerhalb der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft trafen sich seit 1980 über Jahre hinweg die Sprecher/innen aller Herner Suchtselbsthilfegruppen und machten das Prinzip der Selbsthilfe im öffentlichen Raum bekannt. 1985 / 1986 wurde dann innerhalb der *Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft der Arbeitskreis Selbsthilfe und Gesundheit* gegründet, in dem nunmehr alle gesundheitlichen Selbsthilfegruppen versammelt waren. Es entstand eine kontinuierliche und enge Zusammenarbeit von Sucht- und gesundheitlicher Selbsthilfe im Rahmen der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft.

In den zehn Jahren von 1980 bis 1990 hat sich diese Praxis der Selbsthilfe-Unterstützung in Herne einen hohen Stellenwert im kommunalen Gesundheitsgeschehen erarbeitet. Anfang der 90er Jahre war die Weiterentwicklung der Selbsthilfe im Rahmen der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft nicht mehr möglich: Um nicht auf einen weiteren Ausbau der Selbsthilfe verzichten zu müssen, setzte man auf den Aufbau einer eigenen Infrastruktur über eine KISS, die 1993 im Gesundheitsamt eingerichtet wurde.

Gleichzeitig wurde eine eigene Haushaltsstelle für die Selbsthilfeförderung in Höhe von 5.000 DM geschaffen; bis dahin waren die Kosten von den der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft zur Verfügung stehenden Finanzmitteln in Höhe von 12.000 DM getragen worden. Die Vergabe dieser Mittel erfolgt nach den Richtlinien zur Förderung der Herner Selbsthilfegruppen. Später wurde die Haushaltsstelle Selbsthilfeförderung auf 15.000 DM erhöht, heute stehen circa 9.000 Euro zur Verfügung. 1995 gelang es, einen Selbsthilfebeirat einzurichten, der seither die Selbsthilfeförderung in Herne begleitet. Hier findet auch die Verteilung der verfügbaren Finanzmittel entsprechend den gemeinsam erarbeiteten Förderrichtlinien statt.

Dieses Gerüst kommunale Selbsthilfeförderung in Herne war tragfähig und hat seine Aufgaben gut erfüllt. Wie kam es also im Jahre 2000 zu der Entscheidung, die Arbeit neu auszurichten und zu erweitern?

---

Der Caritas-Verband in Herne hatte sich seit 1996 an einem *Modellverbund Freiwilligen-Zentren* beteiligt. Die Konzeption: Als ‚Engagement-, Beratungs- und Vermittlungsstelle‘ koordinierte und vermittelte das Freiwilligen-Zentrum Interessen, Bedürfnisse und Aufgaben zwischen Personen und Institutionen für die weitere Entwicklung der Bürgergesellschaft. Als der Caritas-Verband im Jahre 2000 die durchaus erfolgreiche Arbeit einstellen mußte, bestand die Möglichkeit, diesen auf Gewinn von Freiwilligen und Ehrenamtlichen zielenden Arbeitsansatz in die kommunale Kontaktstelle zu integrieren. Dadurch sollte die bereits bestehende engagementfördernde kommunale Infrastruktur – KISS – ausgebaut und das bisher unausgeschöpfte Potential an Bürgerengagement über die Selbsthilfe hinaus aktiviert werden.

Wenn beide Einrichtungen letztendlich dem Ziel dienen, Bürgerengagement zu fördern – sei es in Selbsthilfegruppen und Initiativen, sei es in der Form des alten und neuen Ehrenamtes bzw. in der Freiwilligenarbeit –, dann liegt in der Integration dieser Einrichtungen eine Chance der Optimierung der kommunalen Infrastruktur für die Aktivierung der Herner Bürger/innen zu gesundheitlichem und sozialem Engagement.

Hinzu kam noch, daß die Körperbehinderten-Beratung des Herner Gesundheitsamtes reorganisiert und modernisiert werden sollte. Die Idee, auch dieses Angebot in die neue Einrichtung zu integrieren, beruhte auf der Annahme, daß es ein vielversprechender neuer Weg sein könnte, die Gruppe der Behinderten stärker als bisher mit der Gesundheitsselbsthilfe zu verzahnen und das vielgestaltige Engagement der Behinderten zu stärken. Dabei sollte die ‚klassische‘ Behindertenarbeit, wenn notwendig und sinnvoll, durchaus weitergeführt werden.

Der Name für die neue Einrichtung – *Bürger-Selbsthilfe-Zentrum* – mag auf den ersten Blick nicht besonders originell erscheinen, deutet jedoch auf die Absicht hin, ansprechbar für alle Bürger/innen zu sein, die sich im weiten Feld der Selbsthilfe, im Gesundheits- und Sozialbereich engagieren wollen und / oder Informationen, Beratung und Vermittlung wünschen. Wie erste Rückmeldungen an die Mitarbeiter/innen zeigen, ist es mit der Wahl des Namens gelungen, viele Bürger/innen aufmerksam zu machen. So können nicht nur bestehende Kontakte (zur Selbsthilfekontaktstelle und zum Freiwilligen-Zentrum) gehalten, sondern auch neue aufgebaut werden.

## **Organisationsberatung**

Es dürfte einleuchtend sein, daß bei einer solchen integrativen und zugleich differenzierten Ausrichtung des Bürger-Selbsthilfe-Zentrums einige Probleme vor allem in Bereichen der Organisation und der Mitarbeiterschulung entstehen. Bewährte Wege zu verlassen und neue, unsichere Wege zu gehen, das ist für jede Organisation und für jede/n ihrer Mitarbeiter/innen eine Herausforderung, die nicht ohne besondere Unterstützung bewältigt werden kann. Deshalb begann mit der Arbeit des *BüZ-Herne* auch die Durchführung eines die Umstellung begleitenden und beratenden Programms, das im Jahre 2002 noch nicht beendet ist.

Etwa seit 1995 ist eine intensive fachliche Diskussion über die Formen des freiwilligen und bürgerschaftlichen Engagements sowie über geeignete Unterstützungsstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland im Gang. Neben den bereits vergleichsweise etablierten und abgesicherten Selbsthilfekontaktstellen entstanden neue Formen der Engagementunterstützung wie Freiwilligen-Zentren, Seniorenbüros, Wissensbörsen, Nachbarschaftszentren etc. (Kettler 1997, S. 54f). Bisher lagen jedoch noch keine konkreten Erfahrungen über eine Zusammenführung und Bündelung der Engagementunterstützung vor, es war also zunächst eine theoretische Diskussion. Die Organisationsberatung des *BüZ-Herne* bot die Möglichkeit, den Prozeß der Zusammenführung in einer Kommune zu begleiten.

Die Organisationsberatung wurde zunächst auf zwei Jahre mit jeweils fünf eintägigen Workshops konzipiert. An diesen Veranstaltungen nahmen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Herner Selbsthilfekontaktstelle, des Freiwilligen-Zentrums sowie der Körperbehinderten-Beratungsstelle teil. Thematisch waren die Workshops offen angelegt, um auf aktuelle Themen und Probleme in der konkreten Arbeit reagieren zu können. Es war davon auszugehen, daß die Mitarbeiter/innen aufgrund ihrer bisherigen Berufspraxis über sehr unterschiedliche Erfahrungen in der Engagementunterstützung verfügen. Insofern verfolgte die Organisationsberatung auch das Ziel, in diesem Bereich grundlegende Kenntnisse zu vermitteln sowie den Erfahrungsaustausch untereinander zu organisieren.

Inhaltlich befaßten sich die Veranstaltungen mit folgenden Themen:

- Erfahrungen und Erkenntnisse über bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe
- Formen der Engagementunterstützung und -förderung
- Konzeption und Ziele des *BüZ-Herne*
- Arbeitsorganisation
- Öffentlichkeitsarbeit
- Dokumentation
- Berichtswesen
- Internetauftritt

Träger des *BüZ* ist die Stadt Herne, wobei das *BüZ* der Abteilung Gesundheitsplanung und Gesundheitsförderung im Gesundheitsamt Herne angegliedert ist. Derzeit arbeitet das *BüZ* mit einem Personalschlüssel von 3,5 Stellen: eine halbe Verwaltungsstelle sowie jeweils ein/e Mitarbeiter/in für die Bereiche *Freiwilligenarbeit, Handicap und Selbsthilfe* (*BüZ-Herne* 2002). Darüber hinaus werden regelmäßig Praktikanten/innen beschäftigt. Die klare Zuordnung der Mitarbeiter/innen zu den drei Bereichen ist nicht zuletzt im Hinblick auf die finanzielle Förderung wichtig. In internen Fortbildungen haben sich die Mitarbeiter/innen gegenseitig über ihre jeweiligen Arbeitsschwerpunkte informiert. So ist bei Urlaub, Krankheit oder Dienstreisen / -reisen sichergestellt, daß Anfragen und Anliegen aufgenommen

---

und an den / die jeweils zuständige/n Mitarbeiter/in weitergeleitet werden. Die gemeinsam entwickelten und in einer Testphase Ende 2001 erprobten Dokumentationsbögen können sowohl zum Informationsaustausch unter den Mitarbeitern/innen als auch zur Evaluation der Arbeit des *BüZ-Herne* genutzt werden.

Sicherlich wird die Bündelung verschiedener engagementfördernder Einrichtungen auch als Sparmaßnahme bewertet. Die Erfahrungen in Herne zeigen jedoch, daß mit der Schaffung der neuen Einrichtung die bestehenden Personalkapazitäten erhalten und – im Gegensatz zum derzeitigen Trend des Stellenabbaues im öffentlichen Gesundheitsdienst – auch abgesichert werden konnten.

Von der räumlichen und konzeptionellen Zusammenlegung der Selbsthilfe-, Freiwilligen- und Behindertenberatung profitieren auch die Nutzer/innen. Aufgrund der Zusammenführung lassen sich gerade im Vergleich zu Kontakt- oder Beratungsstellen mit nur einer/m Mitarbeiter/in flexible Öffnungszeiten anbieten, die sich auch an den Bedürfnissen der unterschiedlichen Nutzer/innengruppen orientieren können: z. B. durch Präsenz in den frühen Morgen- oder in den Abendstunden. Darüber hinaus können sich beispielsweise zwischen Selbsthilfegruppenmitgliedern und Freiwilligen neue Kontakte entwickeln. Das *BüZ-Herne* übernimmt damit zusätzlich die Funktion einer ‚Begegnungsstätte‘. Gleichzeitig erfahren Bürger/innen, daß sie mit ihren Fragen zum Gesundheitsbereich im weitesten Sinne auf kompetente Ansprechpartner/innen treffen, die breit gefächerte Informationen, Beratung und Unterstützung anbieten.

Nicht zu unterschätzen sind die mit der Neu-Organisation verbundenen Unsicherheiten bei den Mitarbeiter/innen. Hier hatte die Beratung auch eine Vermittlungsaufgabe, um den notwendigen Klärungsprozeß zwischen Mitarbeiter/innen und Vorgesetzten zu befördern. Darüber hinaus mußte sich gerade in der Anfangsphase ein neues Team bilden; Auseinandersetzungen und Klärungen hinsichtlich Zuständigkeiten und Umgangsformen waren somit ebenfalls Teil der Organisationsberatung. Gleichzeitig zeigte sich hier unseres Erachtens ein großer Vorteil der Zusammenführung im Vergleich zum Einzelkämpfertum in vielen Kontakt- oder Beratungsstellen: durch die gemeinsame Arbeit im Team wird der gegenseitige Informations- und Erfahrungsaustausch möglich und fruchtbar.

Sicherlich ist es zu früh, um die bislang vorliegenden Erfahrungen auch im Hinblick auf einen Leistungsvergleich auszuwerten. Im 4. Quartal 2001, in dem die neuen Dokumentationsbögen erprobt wurden, wandten sich 83 Personen an das *BüZ (BüZ-Herne 2002)*: 48 Frauen, 20 Männer sowie 15 Mitarbeiter/innen anderer Dienste und Einrichtungen. Die Erfahrungen im ersten Halbjahr 2002 zeigen, daß nach der Phase der (internen) Neu-Organisation und der begleitenden Öffentlichkeitsarbeit die Zahl der Nutzer/innen deutlich gestiegen ist. Eine mittlerweile angeschaffte Software soll es zukünftig ermöglichen, die Leistungen des BüZ kontinuierlich zu dokumentieren und auszuwerten.

Die Integration der Engagementförderung in Herne wurde auch auf Ebene der Gremien umgesetzt: Der Selbsthilfe- und der Freiwilligenbeirat wurden zusammenge-

führt. Dies dient insofern der Transparenz nach außen, als sich z. B. Förderer über die ‚Unübersichtlichkeit der Selbsthilfe- und Engagementlandschaft‘ beschwerten. Es dient aber auch der Effizienz der Abstimmungs- und Entscheidungsprozesse: Wer über Erfahrungen in kommunaler Arbeit und Politik verfügt, weiß nur zu gut, daß immer wieder dieselben Personen in den unterschiedlichen Gremien, Arbeitsgruppen und -kreisen zusammensitzen.

## **Argumente für die Bündelung im BÜZ-Herne**

Bereits die dargestellte Entwicklung der Engagementförderung in Herne sowie die mit der Organisationsberatung gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse verdeutlichen die Vorteile, die für den Herner Weg einer Integration der Engagementförderung sprechen.

Ein entscheidendes Plus bietet die Zusammenführung der ursprünglich drei verschiedenen Beratungsstellen allemal: Die Bürger/innen haben eine einzige Anlaufstelle, wenn es um Engagement, Beratung und Gesundheitsinformationen geht. Hinzu kommt, daß Beratungsstellen mit nur einem/r Mitarbeiter/in bei Urlaub, Krankheit, Personalwechsel etc. oftmals unbesetzt bleiben. Diese Art von Beratungsstellen werden zudem für ‚hausinterne Arbeiten‘ und trägerspezifische Interessen in einem allzuoft sehr umfangreichen Ausmaß eingesetzt und stehen dann für die ‚eigentliche‘ Arbeit nicht zur Verfügung. In den Verwaltungs- und Organisationsabläufen treten Synergie-Effekte ein: Büroräumlichkeiten, Technik und Materialien werden besser ausgenutzt. Ähnliches gilt bei der Bereitstellung von Angeboten für die Nutzer/innen, sei es bei der Einrichtung einer Mediothek, beim Internetzugang oder bei Gruppen- bzw. Veranstaltungsräumen.

Ein zweiter entscheidender Vorteil liegt darin, daß sich die durch die Selbsthilfe-Arbeit, die Freiwilligenarbeit und die Behindertenarbeit entstandenen Netzwerke annähern, so daß ein neues, größeres, auf Bürgerengagement beruhendes Netzwerk entsteht. Die mit der Zielrichtung ‚Förderung von Bürgerengagement‘ verbundene grundsätzliche Perspektive der neuen Einrichtung bedeutet eine erhebliche Erweiterung gegenüber den von den einzelnen Beratungsstellen verfolgten Einzelzielen. Neue Chancen in bezug auf das berufliche Selbstverständnis, die Arbeitsweisen, die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit sowie die Engagementförderung insgesamt werden eröffnet. Die gegenseitige positive Beeinflussung und der wechselseitige Austausch verwandter Arbeitsgebiete bewirken ein übriges. Durch diese Aufsprengung verengter und allzu spezialisierter Denk- und Handlungsschemata kann neuen Herausforderungen und den damit verbundenen neuen Aufgabenstellungen flexibel und innovativ begegnet werden.

---

## Beitrag zur Reform des öffentlichen Gesundheitswesens

Wenngleich ein Nebeneffekt, so wird mit dem im Gesundheitsamt angesiedelten *BüZ-Herne* sicherlich auch der Prozeß der Neu-Orientierung des Gesundheitsamtes bzw. des Fachbereiches Gesundheit gefördert. Die Reform des öffentlichen Gesundheitsdienstes soll ja gerade dazu beitragen, daß eine flexible und bürgernahe Fachverwaltung entsteht. Bürger- und Betroffenenorientierung sollen, sowohl beim Gesundheitsamt als eben auch beim BüZ-Herne, ein vorrangiges Ziel sein (Brandenburg / Nowak / Winkler 1992).

Wie für die Selbsthilfekontaktstellen stellt sich auch bei integrativen Ansätzen wie dem *BüZ-Herne* die Frage der geeigneten Trägerschaft. Bei den Selbsthilfekontaktstellen sind es neben den freien Trägern (59,3 % im Jahre 2001) immerhin zu gut einem Viertel öffentliche Träger (insgesamt 28,4 % in 2001, davon 27,6 % bei Kommunen) (Thiel 2001, S. 29). Geht man davon aus, daß die Kommunen eigenständige, nicht durch andere (wie z. B. die gesetzlichen Krankenkassen) ersetzbare Aufgaben im Gesundheitswesen wahrnehmen (Brandenburg / von Ferber 1998, S. 15), und berücksichtigt man die Tatsache, daß es gerade die Kommunen sind, die zunächst freiwillige Aufgaben wie z. B. die Selbsthilfe- und Engagementförderung entscheidend mitinitiiert, unterstützt und gefördert haben, so ist die kommunale Trägerschaft als eine Variante nur ein konsequenter Schritt.

### Fazit

Das Beispiel *BüZ-Herne* ist ein Modell für die Zusammenführung der Selbsthilfe- und Engagementförderung in einer Kommune. Es gibt nach unserer Auffassung *keinen Königsweg* der Selbsthilfe- und Engagementförderung. Dafür sind die Gegebenheiten in personeller, organisatorischer und institutioneller Hinsicht von Kommune zu Kommune zu unterschiedlich. Das ist auch gut so, denn bekanntlich „führen viele Wege nach Rom“. In Zeiten knapper finanzieller Mittel besteht die Gefahr, daß Sachzwänge zu Vereinheitlichung führen und über differenzierte konzeptionelle und inhaltliche Anliegen gestellt werden. Dies darf nicht geschehen; vielmehr müssen die örtlichen Ressourcen und Gegebenheiten berücksichtigt werden. Lagen Mitte der 90er Jahre noch kaum praktische Erfahrungen über die Integration der Engagementförderung vor, so ist das *BüZ-Herne* inzwischen nur ein Beispiel hierfür. Auch in anderen Bundesländern und Kommunen liegen mittlerweile konkrete Integrationserfahrungen vor. Das beinhaltet die Chance, die Unterstützung von Selbsthilfe und Bürgerengagement differenziert nach örtlichen Voraussetzungen auszubauen und dabei bestehende Personalstellen mittelfristig abzusichern.

## Literatur

- Brandenburg, Alexander / Nowak, Meinolf / Winkler, Klaus: Gesundheit und Bürgerbeteiligung – Leitidee und Praxis in Herne. In: Das Gesundheitswesen, 54. Jg., Heft 6, Stuttgart 1992, S. 271-276
- Brandenburg, Alexander / von Ferber, Christian: Was tragen die Kommunen zur Verwirklichung des Rechts auf Gesundheit bei? In: Gesellschaft für Sozialen Fortschritt (Hrsg.): Sozialer Fortschritt, H. 1. Bonn 1998, S. 14-18
- Brandenburg, Alexander / von Ferber, Christian: Die Bedeutung der gesundheitsbezogenen Selbsthilfe für die kommunale Gesundheitspolitik. In: Borgetto, Bernhard / von Troschke, Jürgen (Hrsg.): Entwicklungsperspektiven der gesundheitsbezogenen Selbsthilfe im deutschen Gesundheitswesen. Freiburg im Breisgau, S. 67-73
- Brandenburg, Alexander / Winkler, Klaus: Das Gesunde-Städte-Projekt in Nordrhein-Westfalen. In: Kemming, Herbert / Wohlfahrt, Norbert / Zimmer-Hegmann, Ralf u. a.: Stadt macht Zukunft – Neue Impulse für eine nachhaltige Infrastrukturpolitik. Dortmund 2001, S. 126-135
- Braun, Joachim / Kettler, Ulrich / Becker, Ingo: Selbsthilfe und Selbsthilfeunterstützung in der Bundesrepublik Deutschland. Schriftenreihe des BMFSFJ Bd., 136. Stuttgart; Berlin; Köln 1997
- Braun, Joachim / Abt, Hans Günter / Bischoff, Stefan: Leitfaden für Kommunen zur Information und Beratung über freiwilliges Engagement und Selbsthilfe. ISAB-Schriftenreihe Bd. 68. Köln; Leipzig 2000
- BüZ-Herne: Bericht über das Bürger-Selbsthilfe-Zentrum BüZ-Herne für das Jahr 2001. Herne 2002
- Deutscher Bundestag: Bericht der Enquête-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. Drucksache 14/8900 vom 03.06.2002. Berlin
- Greife, Andreas: Wozu Freiwilligenagenturen? Visionen und Leitbilder. Impulsreferat anlässlich einer Tagung der Stiftung Mitarbeit in Zusammenarbeit mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa) vom 25. bis 27.09.1998 in Springe
- Greife, Andreas: Selbstsorge und Gemeinsinn. Der Beitrag der Selbsthilfe zum Bürgerengagement. In: Wohlfahrtswerk für Baden-Württemberg (Hrsg.): Blätter der Wohlfahrtspflege, 144. Jg., H. 11/12. Stuttgart 2000, S. 260-263
- Kettler, Ulrich: Spatzwänge und Hoffnung auf Synergie. Institutionelle Integration der Unterstützung von Selbsthilfe, Ehrenamtlichkeit und Freiwilligenarbeit. In: NAKOS (Hrsg.): NAKOS-EXTRA. Ehrenamt – Freiwilligenarbeit – Selbsthilfe. Heft 28. Berlin 1997, S. 51-60
- Thiel, Wolfgang: Träger der Selbsthilfe-Unterstützung in Deutschland 2001. In: NAKOS (Hrsg.): NAKOS-INFO. H. 69. Berlin 2001, S. 28-31
- Winkler, Klaus: Wie effektiv sind die neuen Koordinationsgremien des ÖGD? In: Gesunde-Städte-Regional-Netzwerk HEREUN (Hrsg.): Was hat sich denn getan? Versuch einer Bilanz nach 1.232 Tagen des ÖGD-Gesetzes für Nordrhein-Westfalen. Essen 2002, S. 32-39



*Dr. Ulrich Kettler  
Kreisverwaltung Neuwied*

*Dr. Alexander Brandenburg  
Stadt Herne, Gesundheitsamt*

*Kontakt zum BüZ-Herne:  
Bürger-Selbsthilfe-Zentrum BüZ-Herne - Gesundheitsamt  
Rathausstraße 6  
44649 Herne  
Tel.: 02323 / 16-36 36  
E-Mail: [info@buez-herne.de](mailto:info@buez-herne.de)  
Internet: [www.buez-herne.de](http://www.buez-herne.de)*

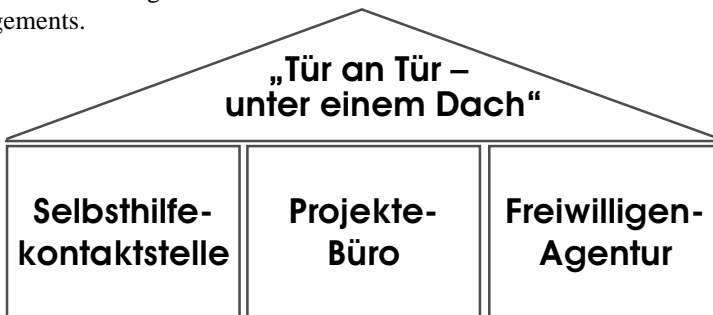
Wir danken den Mitarbeiterinnen des BüZ-Herne, Frau Dr. Sabine Gries und Frau Gabriele Lau sowie Frau Christiane Lege, Essen, für ihre kritischen Anregungen und Anmerkungen zu diesem Beitrag.

## „Tür an Tür – unter einem Dach“

### Von der Selbsthilfekontaktstelle zur Entwicklung einer engagementunterstützenden Infrastruktur

Heidelberg ist nicht nur ein romantisches Städtchen am Neckar. Heidelberg ist auch eine ‚Stadt der Zukunft‘ und verfügt als solche über eine ausgezeichnete Infrastruktur zur Förderung und Unterstützung verschiedener Formen des Engagements seiner Bürgerinnen und Bürger. ‚Ausgezeichnet‘ ist dabei durchaus wörtlich zu nehmen: Im Rahmen des vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend anlässlich des Internationalen Jahres der Freiwilligen 2001 durchgeführten Bundeswettbewerbs „Engagement unterstützende Infrastruktur in Kommunen“ erhielten die Stadt Heidelberg und der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband (als Einrichtungsträger) einen Preis. Damit wurden „die besonderen Erfolge“ beim „Aufbau der infrastrukturellen Unterstützungsstruktur des Heidelberger *Selbsthilfe- und ProjekteBüros* und der *FreiwilligenBörse* Heidelberg unter einem Dach“ gewürdigt.

„*Tür an Tür – unter einem Dach.*“ Dieses Motto beschreibt die Konzeption, mit der in Heidelberg eine Informations- und Kontaktstelle zur Unterstützung verschiedener Bereiche bürgerschaftlichen Engagements aufgebaut wurde. Angesiedelt an einem Standort in zentraler Lage von Heidelberg bilden das Heidelberger *Selbsthilfe- und ProjekteBüro*, das seit fast 15 Jahren arbeitet, und die *FreiwilligenBörse* Heidelberg, die Ende 1997 ihre Arbeit aufgenommen hat, als zwei miteinander verbundene Einrichtungen eine lokale Anlaufstelle für unterschiedliche Formen des Engagements.



In einem 3-Säulen-Modell bieten sie als

- Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfe(gruppen)
- Freiwilligenagentur
- ProjekteBüro

ein umfassendes, differenziertes lokales Beratungs- und Unterstützungsangebot für aktive Bürgerinnen und Bürger.

## **Differenziert nach außen – koordiniert nach innen**

Nach außen treten beide Anlaufstellen mit einem eigenständigen Profil auf und richten sich an unterschiedliche Zielgruppen. Nach innen besteht eine enge inhaltliche und personelle Kooperation sowie gemeinsame Nutzung von Ressourcen (Räumlichkeiten, technische Ausstattung). Beide Einrichtungen befinden sich nicht nur räumlich, sondern auch trägerseits ‚unter einem Dach‘: Beide sind Einrichtungen des PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverbandes. Dies erleichtert die personelle Zusammenarbeit und die gemeinsame Nutzung von Infrastruktur (Räume, Geräte). Die Anlaufstellen sind nach außen als eigenständige Einrichtung erkennbar und verfügen über ein jeweils eigenes Erscheinungsbild, eigene Telefonnummer etc. Die Mitarbeiter/innen sind einem Arbeitsbereich fest zugeordnet, haben aber eine gemeinsame fachliche Koordination und gemeinsame Teamsitzungen.

## **Am Anfang stand die Selbsthilfe**

Als Heidelberg vor fast fünfzehn Jahren im Rahmen eines Bundesmodellprogramms zum Standort für den Aufbau einer Selbsthilfekontaktstelle ausgewählt wurde, hat wohl niemand die Entwicklung eines differenzierten lokalen Unterstützungsangebotes für bürgerschaftliches Engagement voraussehen können. Seit Beginn ihrer Tätigkeit hat die damals noch (nur) ‚Heidelberger Selbsthilfebüro‘ genannte Einrichtung ihrer Arbeit – der Definition der Weltgesundheitsorganisation (WHO) folgend – einen breiten Gesundheitsbegriff zugrunde gelegt und über den Bereich gesundheitlicher Selbsthilfe hinaus auch soziale Initiativen und Projekte unterstützt. Bereits in den Anfangsjahren fand neben der Unterstützung ‚klassischer‘ gesundheitlicher und psychosozialer Selbsthilfegruppen die Begleitung von Vereinen der Wohnungslosenhilfe, von Mädchenprojekten, Gruppen von Alleinerziehenden, Initiativen gegen Männergewalt etc. statt. Etliche dieser Aktivitäten wurden von Menschen initiiert, die in irgendeiner Form ‚Betroffene‘ waren; andere entstanden aus rein solidarischer Unterstützung für dieses oder jenes Problem, weil es Menschen gab, die der Ansicht waren, daß ‚man‘ etwas tun müsse, und die bereit waren, selbst aktiv zu werden. Auch wenn die Wurzeln, die Motive des Engagements und die Zielrichtungen unterschiedlich waren, gab es aus Sicht des Selbsthilfebüros doch eine Gemeinsamkeit: die Erkenntnis über einen Unterstützungsbedarf bürgerschaftlicher Projekte, der ein niedrigschwelliges Beratungsangebot zu vielen Fragen von internen Kommunikationsprozessen bis zu Finanzierungsfragen etc. umfaßt, sowie eine infrastrukturelle Unterstützung hauptsächlich in Form von Räumlichkeiten und Nutzungsmöglichkeiten für Telefon, Computer usw.

## **Ausbau der Unterstützungsmöglichkeiten**

Mit der einsetzenden Förderung des Landes Baden-Württemberg für die Selbsthilfekontaktstellen im Jahr 1994 konnte auch das Heidelberger Selbsthilfebüro eine Anpassung seiner Leistungen und Angebote an den vorhandenen Bedarf ermöglichen.

---

Die personelle und räumliche Erweiterung bot Anfang der 90er Jahre u. a. die Chance der Profilerweiterung in den Bereich der intensiveren Unterstützung neuer Projekte und Initiativen. Ohne eine Reduzierung des Aufgabenbereichs der Selbsthilfe-Unterstützung erweiterte sich das Selbsthilfebüro zum Heidelberger *Selbsthilfe- und ProjekteBüro*. Das ProjekteBüro bietet Initiativen und Projekten die Möglichkeit, eine Teilzeit-Bürogemeinschaft zu bilden. Das Angebot, einen ausgestatteten Büroraum und die entsprechende Infrastruktur (eigener Telefonanschluß, eigener PC) zu nutzen, wurde rege in Anspruch genommen. Von der Heidelberger Tafel über Heidelbergs Tauschring, dem *Markt der Talente* bis zum *Rhein-Neckar-Journal* – einer Tonbandzeitung für blinde und sehbehinderte Menschen – reicht das Spektrum. Für manche Initiativen war das ProjekteBüro eine zeitlich begrenzte Zwischenstation auf dem Weg zur Eigenständigkeit, andere wurden zu Dauernutzern, weil das Angebot ihren (nicht nur räumlichen) Bedürfnissen entspricht.

## **Von der Selbsthilfe-Unterstützung zur breiten Förderung des bürgerschaftlichen Engagements**

Der „Aufruf zum bürgerschaftlichen Engagement in Baden-Württemberg“, den das Sozialministerium gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden im September 1996 startete, war Ausgangspunkt für den PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverband in Heidelberg sich mit einer Weiterentwicklung seines Arbeitsschwerpunktes der lokalen Unterstützung von Engagement zu befassen. Basierend auf den Erfahrungen der langjährigen Arbeit des Heidelberger *Selbsthilfe- und ProjekteBüros*, aktuellen Erkenntnissen aus verschiedenen wissenschaftlichen Untersuchungen zum Engagement von Bürger/innen sowie Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern und ersten Modellprojekten von Freiwilligenagenturen in Deutschland, entstand die Idee für die *FreiwilligenBörse* Heidelberg, als einem weiteren Baustein hin zu einer örtlichen Anlaufstelle für bürgerschaftliches Engagement. In intensiver Zusammenarbeit mit der Stadt Heidelberg, nach Abstimmung in der Liga der freien Wohlfahrtspflege und mit Unterstützung der Volkshochschule Heidelberg wurde unter breiter Beteiligung interessierter Bürger/innen das Konzept für die *FreiwilligenBörse* entwickelt. Mit dem 1. Heidelberger *FreiwilligenTag* am 5. Dezember 1997 nahm sie offiziell ihre Arbeit auf. Durch den Abschluß einer gemeinsamen Vereinbarung zwischen dem Sozialministerium, dem baden-württembergischen Städtetag, der Stadt Heidelberg und dem PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverband wurde Heidelberg Modellstandort im „Landesnetzwerk zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements“ mit dem Ziel, die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement vor Ort zu verbessern.

## **Kommunalpolitische Rahmenbedingungen**

Der beschriebene Entwicklungsprozeß muß im Kontext eines Gesamtrahmens kommunalpolitischer Entscheidungen und Entwicklungen gesehen werden, wenn man

die Aktivitäten von Heidelberger *Selbsthilfe- und ProjekteBüro / FreiwilligenBörse* als Beitrag zu zivilgesellschaftlichen Strukturen sieht – wie wir es tun.

Heidelberg zählt rund 140.000 Einwohnende und hat in der letzten Dekade eine Reihe von Initiativen und Aktivitäten zur Förderung der politischen Partizipation der Bürgerinnen und Bürger ergriffen. Hier sind zahlreiche Aktivitäten der Verwaltung zur Bürger/innenbeteiligung zu nennen: z. B. die Diskussionen zum Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010 oder die Stadtteil-Rahmenpläne oder auch die Zukunftswerkstätten für Frauen. Der Stadtentwicklungsplan 2010, dessen Leitlinien und Ziele mit großer Mehrheit vom Heidelberger Gemeinderat im Februar 1997 beschlossen wurden, bildet den Handlungsrahmen kommunalpolitischer Entwicklungen. Er enthält u. a. folgende Aussagen:

– **Bürger/-innenbeteiligung und Partizipation**

Die Alltagsbedürfnisse der Menschen ernst zu nehmen heißt, ihnen Einwirkungsmöglichkeiten auf politische und planerische Entscheidungen zu geben. Die Stadt Heidelberg wird weiterhin neue Wege in der Einbindung der Menschen in die politische und planerische Entscheidungsfindung beschreiten.

– **Solidarität und Eigeninitiative fördern**

Heidelberg fördert die gleichberechtigte Mitsprache und Beteiligung von Betroffenen und unterstützt das praktische und politische Handeln von Selbsthilfe und bürgerschaftlichem Engagement im Sinne aktiver Subsidiarität.

– **Gesundheitsförderung**

Gesundheitsbezogene Selbsthilfe-Aktivitäten fördert die Stadt als wichtige Ergänzung zum professionellen Versorgungssystem. Sie trägt zur infrastrukturellen und finanziellen Unterstützung von Selbsthilfe und ihrer Vernetzung mit dem professionellen Bereich aktiv bei.

Neben diesen auf die Zukunft gerichteten Zielformulierungen fördert Heidelberg die unterschiedlichen Engagementbereiche mit differenzierten Instrumentarien: zum Teil durch unterstützende Infrastruktur, zum Teil durch direkte finanzielle Zuschüsse und Förderprogramme/-fonds.

Exemplarisch seien hier genannt:

**Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement**

- Heidelberger *Selbsthilfe- und ProjekteBüro* und *FreiwilligenBörse* Heidelberg als Informations-, Anlauf- und Kontaktstellen
- Förderfonds für Selbsthilfegruppen im Gesundheits- und Sozialbereich.

---

## **Altenarbeit**

- Seniorenzentren als stadtteilorientierte Begegnungsstätten und Ausgangspunkte für nachbarschaftliche Aktivitäten älterer Menschen
- Akademie für Ältere, eine Weiterbildungseinrichtung, die ihre Angebote ausschließlich durch ehrenamtliche Dozenten/innen erbringt.

## **Jugendarbeit**

- Stadtjugendring: u. a. Programm zur Förderung und Anerkennung des Ehrenamtes. zur infrastrukturellen Unterstützung, Fahrtkostenzuschüssen, Würdigungsveranstaltungen u. ä.
- ehrenamtliche Kinder- und Jugendbeauftragte auf Stadtteilebene
- Jugendrat als Interessenvertretung der Jugendlichen (mit Unterstützung durch die Verwaltung, entstanden vor dem Hintergrund einer städtischen Jugendstudie).

## **Sport**

- Sportförderprogramm z. B. Aufwandsentschädigungen, Ausbildungskosten, Fahrtkostenzuschüsse für ehrenamtliche Übungsleiter/innen etc.

## **Lokale Agenda 21-Aktivitäten**

- Hier fördert die Stadt bestimmte bürgerschaftliche Projekte und durch die Einrichtung eines *Agenda-Büros* auch in Form einer unterstützenden Infrastruktur.

## **Gesunde-Städte-Projekt der Weltgesundheitsorganisation (WHO)**

- Heidelberg nimmt an dem Gesunde-Städte-Projekt teil, wobei im Rahmen von zeitlich befristeten thematischen Schwerpunktsetzungen (z. B. gesunde Kinder in der gesunden Stadt, Lebensqualität im Alter, Arbeit und Gesundheit) neue Projekte und neue Formen von Zusammenarbeit entwickelt werden.

## **Kultur, Umwelt, Migration, Städtepartnerschaften etc.**

- Engagement in diesen und weiteren Bereichen wird ebenfalls in vielfältiger Weise z. B. durch Zuschüsse unterstützt.

## **Heidelberger Entwicklungskonzept für bürgerschaftliches Engagement**

Um die Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements in Heidelberg über die Modellphase (1998-2000) hinaus zu sichern und zu optimieren, wurde von der Stadtverwaltung und dem PARITÄTISCHEN ein entsprechendes Konzept für die Jahre 2001 / 2002 erarbeitet und vom Gemeinderat verabschiedet. Dieses Konzept enthält verschiedene Elemente der Engagementförderung für die unterschiedlichen Bereiche: Bürgerschaft, Politik, Verwaltung:

- Die Gesamtkoordination für das bürgerschaftliche Engagement in Heidelberg wurde in der Stadtverwaltung beim Referat der Oberbürgermeisterin, also in einer *Querschnittfunktion*, angesiedelt. Sowohl innerhalb der Verwaltung als auch für die Organisationen in der Stadt ist damit eine ‚Clearingstelle‘ für bürgerschaftliches Engagement eingerichtet worden.

- Eine Steuerungsgruppe bürgerschaftlichen Engagements bestehend aus Teilnehmenden aus Bürgerschaft, Fachkräften, Verwaltung, Politik (Gemeinderat), Wirtschaft und verschiedenen Engagementbereichen (Soziale, Jugend, Sport, Kultur ...).
- Die Einrichtung eines Zukunftsforums „Bürgerschaftliches Engagement“ ist erfolgt. Im Mittelpunkt des Forums soll das Thema „Wirtschaft und bürgerschaftliches Engagement“ stehen. Hierbei spielt die Image-Verbesserung und die Integration des bürgerschaftlichen Engagements in die Unternehmenskultur eine besondere Rolle.
- Als weiteres Vernetzungsinstrument ist ein verwaltungsinterner Arbeitskreis bürgerschaftliches Engagement bei der Stadtverwaltung Heidelberg vorgesehen. Die Arbeit dieses Gremiums soll sich darauf konzentrieren, für Heidelberg spezielle Wege von der ‚Ausführungsverwaltung‘ zur ‚Ermöglichungsverwaltung‘ zu finden.
- Der gesicherte Betrieb der engagementfördernden Infrastruktur (Heidelberger *Selbsthilfe- und ProjekteBüro* und *FreiwilligenBörse*) sowie deren Projekte zur Engagementförderung sind Schlüsselfunktionen im Konzept und wesentliche Brückenfunktionen zur Bürgerschaft.
- Abgerundet wird das Entwicklungskonzept durch begleitende Untersuchungen und Studien sowie verschiedene Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit.

## **Bedeutung der Arbeit für den Träger der Einrichtungen**

Für den PARITÄTISCHEN in Heidelberg stellt die Förderung von Selbsthilfe und bürgerschaftlichem Engagement einen langjährigen regionalen Arbeitsschwerpunkt dar und findet ihren Ausdruck in einer Reihe unterschiedlicher Initiativen und Maßnahmen – von der Unterstützung stadtteilorientierter Projekte über die Trägerschaft von Beratungs- und Informationsstellen bis hin zu Fortbildungsangeboten.

Diese Schwerpunktsetzung ist die Antwort auf verschiedene Fragen:

- Welche Konsequenzen muß ein Wohlfahrtsverband als kommunaler sozialpolitischer Akteur aus den Erkenntnissen einer gewandelten Engagementbereitschaft der Menschen ziehen?
- Welche Unterstützungsstrukturen kann eine regionale Bezirksgeschäftsstelle des PARITÄTISCHEN anbieten und entwickeln?
- Wie lassen sich die satzungsgemäßen Aufgaben des PARITÄTISCHEN, nämlich die „Weckung und Entwicklung wohlfahrtspflegerischer Aktivitäten in der Bürgerschaft“ und die „Pflege ehrenamtlicher Mitarbeiter“ zeitgemäß umsetzen?

Die Beantwortung dieser Fragen ist mit den Heidelberger Entwicklungen auf einem guten gemeinwohlorientierten, verbandsübergreifenden Weg, den unterschiedlichen Formen des Bürgerengagements adäquate Unterstützungsmöglichkeiten anzubieten.

## Die Beratungs- und Unterstützungsinfrastruktur im Detail

Einrichtung	Heidelberger Selbsthilfe- und Projekte Büro	FreiwilligenBörse Heidelberg
Träger	Der PARITÄTISCHE	Der PARITÄTISCHE
Gründung	1988	1997
Personal- ausstattung	1,5 Stellen	1,0 Stellen
Einzugsbereich	Stadt Heidelberg Rhein-Neckar-Kreis rund 650.000 Einwohner/innen	Stadt Heidelberg rund 140.000 Einwohner/innen
Finanzierung	Stadt Heidelberg Rhein-Neckar-Kreis Land Baden-Württemberg Krankenkassen Eigenmittel	Stadt Heidelberg Land Baden-Württemberg Projektmittel Eigenmittel
Arbeitsgrundlage	Kooperationsvertrag zwischen Stadt Heidelberg und Träger	Kooperationsvertrag zwischen Stadt Heidelberg, Sozialministerium Baden- Württemberg, Städtetag Baden-Württemberg und Dem PARITÄTISCHEN Konzept BE-Förderung
Vernetzung	RAG Selbsthilfegruppen LAG KISS DAG SHG Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Baden- Württemberg Der PARITÄTISCHE	RAGFA bagfa Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Baden- Württemberg Der PARITÄTISCHE

## Beratungs- und Unterstützungsinfrastruktur im Detail

### Das Heidelberger Selbsthilfe- und ProjekteBüro

In Heidelberg und im Rhein-Neckar-Raum existieren derzeit circa 250-300 Selbsthilfegruppen. Das Heidelberger *Selbsthilfe- und ProjekteBüro* ist Kontakt- und Informationsstelle für alle Bereiche der Selbsthilfe, weit über den Gesundheitsbereich hinaus. Neben den in Selbsthilfegruppen engagierten und an Selbsthilfe interessierten Menschen gehört der Bereich des professionellen Gesundheits- und Sozialsystems zur speziellen Zielgruppe z. B. Ärzteschaft, Therapeut/innen, Sozialeinrichtungen, Beratungsstellen oder Krankenkassen.

Das Heidelberger *Selbsthilfe- und ProjekteBüro* erfüllt das volle Spektrum einer Informations- und Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen. Die wichtigsten Aufgaben der Kontaktstelle sind:

– Information, Vermittlung und Beratung Hilfesuchender und Interessierter

In seiner Funktion als Anlauf- und Vermittlungsstelle hat das Heidelberger *Selbsthilfe- und ProjekteBüro* vor allem die Aufgabe, Hilfesuchende Menschen anhand ihrer speziellen Probleme zu informieren, zu beraten und, wenn möglich, an die entsprechende Selbsthilfegruppe zu vermitteln. Die Mitarbeiter übernehmen in diesem Zusammenhang eine wichtige ‚Clearing-Funktion‘, indem sie im individuellen Gespräch klären, ob Betroffene mit ihren Problemen in einer Selbsthilfegruppe oder im professionellen Bereich die richtige Hilfe finden.

– Beratung und Unterstützung neuer und bestehender Selbsthilfegruppen

Die Mitarbeiter/innen der Kontaktstelle unterstützen Menschen, die eine neue Selbsthilfegruppe gründen wollen, indem sie über die örtlichen Medien andere Interessenten/innen für dieses Thema suchen, sammeln und zu einem ersten gemeinsamen Treffen einladen. Darüber hinaus hilft und berät das Heidelberger *Selbsthilfe- und ProjekteBüro* Gruppen auf Wunsch beispielsweise bei Krisen innerhalb der Gruppe, bei der Kontaktpflege und Informationsaustausch mit anderen Selbsthilfegruppen, bei Kontakten zum professionellen und Gesundheitsbereich, Politik und Verwaltung.

### **Die FreiwilligenBörse**

Die *FreiwilligenBörse* Heidelberg ist die zentrale themenfeld- und verbandsübergreifende Anlaufstelle für freiwilliges Engagement. Sie arbeitet mit inzwischen über 100 Organisationen / Initiativen / Projekten / Einrichtungen aus den unterschiedlichsten Engagementfeldern (z. B. Soziales, Kultur, Ökologie) zusammen. Freiwillige können unter einem großen Angebot von über 200 Tätigkeiten in den Bereichen Büro-Organisation, Kultur und Kreativität, Ökologie, Soziales und Sport / körperliche Aktivitäten / Handwerk wählen.

Die Kernaufgaben der *FreiwilligenBörse* liegen in folgenden Bereichen:

#### **– Beratung von (potentiellen) Freiwilligen**

Die *FreiwilligenBörse* klärt mit Menschen, die sich engagieren wollen, wie sich deren Wünsche, Fähigkeiten, zeitliche und örtliche Möglichkeiten am besten einsetzen lassen und vermittelt sie an entsprechende Einrichtungen, Vereine, Initiativen.

#### **– Beratung von Organisationen / Initiativen / Projekten**

Motive und Erwartungen, die Menschen mit einem freiwilligen Engagement verbinden, haben sich gewandelt. Die *FreiwilligenBörse* berät interessierte Organisationen / Initiativen / Projekte, was sie tun können, um für die ‚neuen‘ Freiwilligen attraktiv zu werden.

---

### – Öffentlichkeitsarbeit

Mit Presseveröffentlichungen in den lokalen Zeitungen und Meldungen bei den lokalen Radiosendern betreibt die *FreiwilligenBörse* Informations- und Öffentlichkeitsarbeit für freiwilliges, bürgerschaftliches Engagement in Heidelberg, führt Wettbewerbe oder Aktionen zur Engagementförderung durch.

### – Projektarbeit

In unterschiedlichen Engagementfeldern z. B. im Rahmen der *lokalen Agenda 21* oder für bestimmte Zielgruppen z. B. Jugendliche nutzt die *FreiwilligenBörse* Projekte zur Vernetzung mit weiteren lokalen Akteuren zur modellhaften Erprobung neuer Wege der Förderung des Bürgerengagements.

### Das ProjekteBüro

Das *ProjekteBüro* bietet Initiativen und Projekten die Möglichkeit der regelmäßigen, zeitweisen Nutzung zu fest vereinbarten Terminen. Neben der Büro-Infrastruktur können bei Bedarf Kopierer, Fax, Videorecorder / -kamera, Flipcharts, Meta-Plan-Wände, Overheadprojektor etc. genutzt werden. Ebenso steht den Gruppen, sowie Interessierten eine umfangreiche Auswahl an Fachliteratur zur Verfügung. Die Räumlichkeiten sind barrierefrei zugänglich. Es stehen außerdem drei unterschiedlich große Gruppenräume zur Verfügung, die zentral gelegen und mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar sind. Insgesamt sind alle Räume tagsüber und am Wochenende sehr gut ausgelastet und werden von 40-50 verschiedenen Gruppen zu ca. 140 Treffen im Monat genutzt.

In Zusammenarbeit von Mitarbeitenden aus dem Heidelberger *Selbsthilfe- und ProjekteBüro*, der *FreiwilligenBörse* und der *Bezirksgeschäftsstelle des PARITÄT-SCHEN* werden Bürgerinnen und Bürger in der Realisation neuer Projekte durch Beratung unterstützt. Das Spektrum der Themen reicht von der Vermittlung von Kontakten über die Unterstützung in konzeptionellen Fragen, von Fördermöglichkeiten, vereinsrechtlichen Aspekten bis zur Übernahme von Moderationsprozessen oder der Klärung interner Kommunikationsprobleme. Es hat sich gezeigt, daß gerade die Möglichkeit dieser unterstützenden Infrastruktur den Projekten und Initiativen eine wesentliche Grundlage für ihr Engagement bietet. So kann der Arbeitsbereich *ProjekteBüro* auf eine ganze Reihe erfolgreicher ‚Start-up‘-Beratungen verweisen.

## Kooperation von Heidelberger Selbsthilfe- und ProjekteBüro und der FreiwilligenBörse

Als einen Beitrag zur Entwicklung einer lokalen Kultur des Sozialen wollen beide Einrichtungen Vernetzungen und Kooperationen herstellen zwischen alten und neuen Formen des Bürgerengagements und der Bürgerbeteiligung. Beide arbeiten an der Schnittstelle von Selbsthilfe, sozialem Engagement und professionellem Dienstleistungssystem. Sie bilden einen Knotenpunkt für die Bündelung von Kräften und Kompetenzen.

zen, für Vernetzung und Kooperationsförderung. Dabei nehmen sie eine ‚Drehscheibenfunktion‘ zwischen den Engagierten oder Interessierten im Selbsthilfebereich, den hauptamtlich Beschäftigten, der Politik, Behörden, Verbänden und Medien ein. Das Selbstverständnis ist ganzheitlich, fachübergreifend und auf die Teilhabe und Gestaltung von und durch interessierte und engagierte Menschen ausgerichtet. Die Arbeit zeichnet sich durch ein niederschwelliges Angebot und eine hohe Akzeptanz von Seiten der Bevölkerung aus.

Die Zusammenarbeit der beiden Einrichtungen ist weiter gewachsen. Gemeinsam sind beiden Einrichtungen ein professionelles Selbstverständnis, Menschen dabei zu unterstützen, sich für sich selbst und für andere zu engagieren. Als „zwei miteinander verbundene Einrichtungen, Tür an Tür unter einem Dach“ entwickelten sich zahlreiche Schnittmengen, Anknüpfungspunkte und Synergie-Effekte:

- Erweiterung des Beratungsangebotes (Erreichbarkeit) jeder Einrichtung
- Know-how Zuwachs für die Mitarbeitenden
- kurze Wege für interessierte Engagementwillige
- gemeinsame Nutzung der vorhandenen Infrastruktur z. B. Fax, Kopierer etc.
- Fachgespräche und bestimmte Fortbildungsangebote zu verschiedenen übergreifenden Themen bürgerschaftlichen Engagements können ‚ressortübergreifend‘ für Interessierte ausgeschrieben werden
- teilweise gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit, gemeinsamer Auftakt zum Internationalen Jahr der Freiwilligen oder dem jährlichen Freiwilligentag am 5.12., bei Veranstaltungen (z. B. dem Stadtteilstfest „Bergheimer Sommer“, dem „Schaufenster des Sports“, den 1. Heidelberger Agenda-Tagen etc.)
- teilweise gemeinsame Vertretung in Gremien und Netzwerken wie z. B. die Mitarbeit im Gesunde-Städte-Netzwerk.

## Die Perspektive

Bei anhaltender und wachsender Akzeptanz der Einrichtungen durch die Heidelberger Bevölkerung, Kooperationspartner in Organisationen, Einrichtungen und Institutionen, bei einer inhaltlichen Fortschreibung der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in der Kommune und der politischen Unterstützung durch den Gemeinderat sowie bei der Bereitstellung notwendiger finanzieller Ressourcen durch die unterschiedlichsten Finanziere wird sich Heidelbergs infrastrukturelle Engagementförderung in der beschriebenen Konstellation ausbauen lassen. Die Bündelung der Beratungs- und Unterstützungsangebote an einer Stelle macht Sinn und schafft auch im Bewußtsein der Heidelbergerinnen und Heidelberger einen zentralen Ort für Aktive – für sich selbst, mit anderen, für sich und andere.

*Ralf Baumgarth*  
*Der PARITÄTISCHE*  
*Wohlfahrtsverband Heidelberg*

*Marion Schutt*  
*Heidelberger Selbsthilfe- und ProjekteBüro /*  
*Freiwilligenbörse Heidelberg*

# Vom Seniorenbüro zur Freiwilligenagentur

## Zehn Jahre Vermittlungs- und Vernetzungsarbeit am Beispiel BüroAktiv in Frankfurt am Main

Als ‚Senioren-BüroAktiv‘ war die Einrichtung im Rahmen des Bundesmodellprogramms ‚Seniorenbüros‘ von 1992 bis 1997 Informations-, Beratungs- und Vermittlungsstelle für überwiegend ältere Menschen, die sich nach der Berufs- bzw. Erziehungsarbeit gemeinnützig engagieren wollten.

Seit 1997 wird das Büro mit einem Drittel seiner Gesamtkosten vom Sozialdezernat Frankfurt gefördert. In der Folge haben wir uns für eine Zielgruppenerweiterung und damit für eine veränderte Namensgebung entschieden; seitdem nennen wir uns ‚*BüroAktiv*–Freiwilligenagentur und Seniorenbüro‘. Diese Erweiterung geschah aus zwei Gründen:

Erstens: Viele Ältere, die die Einrichtung aufsuchten, äußerten sich kritisch über den Seniorenbegriff in der Namensgebung; sie wollten sich nicht mit dieser Zielgruppe identifizieren bzw. darauf reduzieren lassen.

Zweitens: Da die vielfältigen vom *BüroAktiv* zu vermittelnden Tätigkeiten keineswegs an das Alter der Engagement-Interessierten gebunden sind, lag es für uns nahe, auch die Jüngeren mit einzubeziehen.

Seit dieser Ausweitung werden wir zu ca. 60 % von Menschen über 55 Jahren und zu ca. 40 % von Menschen unter 55 Jahren als Informations-, Beratungs- und Vermittlungsstelle genutzt. Sowohl bei den jüngeren als auch bei den älteren Engagierten, besonders in Projektgruppen, wird die Altersmischung als wohltuend empfunden.

In manchen Tätigkeitsfeldern sind die aktuellen Erfahrungen und Kontakte aus der Arbeitswelt von Erwerbstätigen sehr wichtig, so z. B. im Projekt ‚Berufseinstiegshilfe für Jugendliche‘, in dem das Durchschnittsalter bei 43 Jahren liegt.

Im Vordergrund unserer Beratungsarbeit im *BüroAktiv* stehen die Menschen unterschiedlichen Alters mit ihren vielfältigen Erfahrungen aus dem Berufs- oder Privatleben, die sie in die Freiwilligenarbeit einbringen wollen. Wir bemühen uns gemeinsam mit den Interessentinnen und Interessenten, ein möglichst ‚maßgeschneidertes‘ Tätigkeitsfeld aus der Vielfalt der Aufgabenbeschreibungen von 250 gemeinnützigen Einrichtungen zu finden.

## Öffentlichkeitsarbeit

Zur Information und Werbung für ehrenamtliches Engagement in der Stadt Frankfurt trägt vor allem unsere hauseigene Zeitschrift ‚Mach mit‘ bei. Sie enthält einen ‚Stellenmarkt für ehrenamtliches Engagement‘ sowie Erfahrungsberichte über bereits Engagierte. Eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit erfolgt auch über die ‚Frankfurter Rundschau‘ und andere Medien. Sehr nützlich für unsere Arbeit sind

weiterhin die häufigen Veröffentlichungen in der Frankfurter Seniorenzeitschrift mit einer Auflage von 60.000 Exemplaren. Darüber hinaus werden von den Interessierten Anlaufstellen der Stadt und des Landes sowie das Internet genutzt. Oft ist es jedoch einfache Mundpropaganda, die zum ersten Kontakt mit dem *BüroAktiv* führt.

Bei der Stadt haben wir angeregt, zum jährlichen Internationalen Tag des Ehrenamts am 5. Dezember öffentliche ‚Dankeschönveranstaltungen‘ für Freiwillige durchzuführen. Auf diese Weise organisiert das *BüroAktiv* im Auftrag des Sozialdezernats diese jährlichen Feiern an unterschiedlichen Orten der Stadt. Im Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001 führten wir eine Reihe von Veranstaltungen und Aktionen durch, um für das bürgerschaftliche Engagement zu werben.

## Motivation der Ehrenamtlichen

Es ist festzustellen, daß bei allen am Ehrenamt Interessierten, die das *BüroAktiv* besuchen, die aktuelle Lebenssituation eine wichtige Rolle spielt. Bei den Älteren sind es die beruflichen Entpflichtungen, die vielfältigen Erfahrungen sowie die neu gewonnenen Zeitressourcen, die sie zur Übernahme einer freiwilligen Tätigkeit motivieren. Frauen und Männer, die mitten im Berufsleben stehen, wollen sich häufig für andere ehrenamtlich engagieren und dafür freie Zeit spenden, weil sie sich in dieser Gesellschaft privilegiert fühlen. Zuweilen sind es auch durchlebte Leiderfahrungen, beispielsweise der Tod eines nahestehenden Menschen, überstandene Krankheiten oder der Verlust des Arbeitsplatzes der die Betroffenen veranlaßt, über eine freiwillige Tätigkeit wieder aktiv am Leben teilzunehmen und neue Menschen kennenzulernen.

Übergreifend für alle engagementbereiten Menschen gilt, daß sie einen Sinn in ihrer Tätigkeit sehen und gebraucht werden wollen. Dazu gehört für sie auch, Mitgestaltungsmöglichkeiten zu haben und vor allem über den zeitlichen Umfang ihres Engagements selbst zu bestimmen. Die Engagierten achten heute sehr auf die Einsatzbedingungen für Freiwillige in den Einrichtungen und legen Wert auf eine partnerschaftliche Behandlung. Die Verknüpfung der individuellen Wünsche und Ziele mit der Ausübung einer gemeinnützigen Aufgabe bringen die am Ehrenamt Interessierten heute sehr selbstbewußt zum Ausdruck. Das gemeinnützige Engagement wird von vielen als ein Tauschgeschäft betrachtet, bei dem beide Seiten Nutznießer sind.

## Tätigkeitsspektrum

An Freiwilligenarbeit Interessierte können über das *BüroAktiv* in sehr unterschiedlichen Einrichtungen mitarbeiten: z. B. in Kindertagesstätten, Schulen, Krankenhäusern, Alten- und Behinderteneinrichtungen, in der Obdachlosen- oder Flüchtlingshilfe, in Justizvollzugsanstalten, in Wohlfahrts- oder kirchlichen Verbänden, gemeinnützigen Vereinen, Selbsthilfegruppen oder Initiativen, in kulturellen Einrichtungen oder Umweltorganisationen.

---

Über die Vermittlung an diese Institutionen hinaus gibt es auch die Möglichkeit, in unterschiedlichen Projekten des *BüroAktiv* bzw. des Trägers mitzuarbeiten. Dazu gehören

- der ‚Senioren-Computer-Club‘, in dem Ältere von anderen Älteren am PC geschult werden
- die Gruppe ‚Lesefreuden‘, deren Mitglieder in sozialen und kirchlichen Einrichtungen vorlesen und zum Gedankenaustausch anregen
- die Gruppe ‚Sicherheitsberatung für Senioren‘ zur vorbeugenden Bekämpfung von Trick- und Gewaltkriminalität, zu vorbeugendem Brandschutz, Vorsorgevollmachten und Verbraucherschutzthemen
- die ‚Berufseinstiegshilfe für Jugendliche‘ mit Unterstützung bei der Lehrstellensuche sowie ausbildungsbegleitende Betreuung durch erfahrene Ehrenamtliche
- die Arbeitsgruppe ‚Tandem‘ zur Gewinnung von Unternehmen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für ehrenamtliches Engagement freistellen.

Kooperierend mit anderen Trägern ist das *BüroAktiv* derzeit in zwei Projekte eingebunden:

- zum einen in ‚Pro Fund‘, einer ehrenamtlichen Expert/innen-Gruppe, die Initiativen und Vereine zu Finanzierung, Marketing, Öffentlichkeitsarbeit etc. berät
- zum anderen in der im Aufbau befindlichen Gruppe ‚Lotsin sein‘; hier sollen ehemals drogenabhängige Frauen von ehrenamtlich Engagierten beim Wiedereinstieg ins Berufsleben unterstützt werden.

## **Begleitung der freiwillig Tätigen**

Wichtig in der Vermittlungsarbeit ist uns, über die Erfahrungen der Engagierten in ihren jeweiligen Tätigkeitsfeldern informiert zu sein. Darum bieten wir im ca. achtwöchigen Turnus Treffen zum Erfahrungsaustausch an. Themen bei diesen Treffen sind vor allem die Einbindung der Ehrenamtlichen bei den Trägern, die Rahmenbedingungen dort, Mitsprache- und Mitgestaltungsmöglichkeiten sowie die Zusammenarbeit mit Hauptamtlichen bzw. anderen Ehrenamtlichen. Auch zu Einzelberatungen stehen wir den von uns Vermittelten zur Verfügung, wenn Irritationen oder Konflikte an ihren Einsatzstellen auftreten.

## **Vernetzung**

Zur guten Zusammenarbeit mit den gemeinnützigen Trägern gehört die Kontaktpflege, die zum Teil telefonisch, zum Teil schriftlich und – uns besonders wichtig – in persönlichen Gesprächen im *BüroAktiv* oder auch bei den jeweiligen Trägern erfolgt. Bezüglich der Zusammenarbeit mit den Institutionen hat sich die Einrichtung eines ‚Runden Tisches‘ bewährt. In diesem vom *BüroAktiv* initiierten und moderierten Netzwerk werden Fragen der Gewinnung und Begleitung von Ehrenamtlichen ebenso be-

handelt wie die Schaffung guter Einsatzbedingungen. Darüber hinaus spielen die Themen haupt- und ehrenamtliche Zusammenarbeit sowie Anerkennung und Gratifikationen eine Rolle. Zunehmend wichtig werden auch Angebote von Fort- und Weiterbildung für Ehrenamtliche. Den besonderen Zusammenhalt der Gruppenmitglieder des ‚Runden Tisches‘ fördern gemeinsame thematische Veranstaltungen. Auf der Grundlage der Arbeitsergebnisse des ‚Runden Tisches‘ hat das BüroAktiv einen Leitfaden zum Einsatz Ehrenamtlicher in gemeinnützigen Einrichtungen erstellt.

In Frankfurt ist uns auch die Verbindung mit der Selbsthilfekontaktstelle wichtig, die ebenfalls das ehrenamtliche Engagement innerhalb der vielen Selbsthilfegruppen fördert. Veröffentlichungen unserer Informationen in der ‚Frankfurter Selbsthilfezeitung‘ sowie Veranstaltungen der Kontaktstelle in ‚Mach Mit‘ sind seit Jahren selbstverständlich. In die jährlichen Selbsthilfemärkte ist das *BüroAktiv* mit einem eigenen Stand einbezogen.

Gelegentliche regionale Treffen mit anderen Freiwilligenagenturen bzw. mit Seniorenbüros dienen dem Erfahrungsaustausch und der kollegialen Beratung.

Auf Bundesebene arbeite ich seit Beginn in der Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e. V. (BaS) 1997 im Vorstand mit.

## Europäische Kontakte

Das *BüroAktiv* war 2001 an dem Pilotprogramm ‚Europäisches Volontariat älterer Menschen‘ beteiligt. Vier ehrenamtlich engagierte Ältere aus England, Frankreich, den Niederlanden und Österreich waren für zwei Wochen in Frankfurter Einrichtungen im Freiwilligeneinsatz (die Volontärin aus den Niederlanden arbeitete im *BüroAktiv* mit). Das Rahmenprogramm für diese Volontäre wurde vom *BüroAktiv* gestaltet. Von den beteiligten Frankfurter Einrichtungen haben sich zur gleichen Zeit vier Ehrenamtliche in anderen europäischen Ländern engagiert.

Das *BüroAktiv* hat im letzten Jahr zusammen mit dem Seniorenbüro Dreieich vier russische Gäste, die das Modell ‚Seniorenbüro‘ kennenlernen wollten, während ihres zweiwöchigen Besuchs betreut. Der Gegenbesuch einer deutschen Delegation im Juni dieses Jahres diente dem Kennenlernen der Seniorenarbeit in Orel (300 km südlich von Moskau). Daran habe ich mit einer ehrenamtliche Mitarbeiterin des *BüroAktiv* teilgenommen.

## Fort- und Weiterbildungsangebote für Ehrenamtliche

In einem neuen Bundesmodellprogramm ‚Erfahrungswissen für Initiativen‘ (EFI) können sich interessierte Ältere zum *seniorTrainer* / zur *seniorTrainerin* ausbilden lassen. In einer Basisqualifizierung von drei mal drei Tagen geht es vor allem um Beratungskompetenzen und die Arbeit in Projekten. Im Anschluß an die Weiterbildung sollen die *seniorTrainer/innen* auf Anfrage für unterschiedliche Projektgruppen und Initiativen beratend tätig werden. Das Seniorenbüro Dreieich, die Leitstel-

---

le „Älter werden“ im Kreis Offenbach und das *BüroAktiv* bilden eine Kooperationsgemeinschaft und gehören zu den Anlaufstellen in Hessen, die an dem neuen Bundesmodellprogramm beteiligt sind. Die drei Kooperationspartner haben für die erste Qualifizierungsphase 10 ältere Expertinnen und Experten gewonnen, die bei dem Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft die Zusatzqualifikation zum *seniorTrainer* / zur *seniorTrainerin* erwerben können. Insgesamt erhalten in Hessen pro Jahr 20 Personen diese Zusatzausbildung, auf Bundesebene sind es 180 Personen. Die Gesamtlaufzeit des Modellprogramms beträgt fünf Jahre.

Seit Herbst dieses Jahres ist das *BüroAktiv* auch Anlaufstelle für trägerübergreifende Ehrenamtsqualifizierungen in Frankfurt, die über ein Förderprogramm des Hessischen Sozialministeriums finanziell unterstützt werden. 39 gemeinnützige Einrichtungen haben sich dazu im *BüroAktiv* zu einem Netzwerk zusammengeschlossen.

Das *BüroAktiv* führt darüber hinaus eigene Seminare für ehrenamtlich Engagierte aus Selbsthilfegruppen und anderen Einrichtungen durch; in diesem Jahr fanden Veranstaltungen zu den Themen ‚Geben und Nehmen‘ sowie ‚Nähe und Distanz‘ statt.

*Doris Appel*  
*Leiterin des BüroAktiv im Institut für Sozialarbeit e. V.*  
*Frankfurt am Main*

# Beratung und Unterstützung im Selbsthilfebereich unter veränderten Vorzeichen

## Wie können Selbsthilfegruppen erfolgreich arbeiten?

Unterstützende Rahmenbedingungen für Selbsthilfe sind weitreichend und umfassen nicht nur die finanzielle Förderung und die Schaffung gesetzlicher Grundlagen. Die Umsetzung des politischen Willens muß sich vielmehr auch in der intensiven Unterstützung von Selbsthilfegruppen niederschlagen, damit eine effektive Einflußnahme auf die Gesundheitsversorgung und auf die soziale Arbeit überhaupt in Gang kommt.

## Neue Handlungsspielräume nicht nur einfordern, sondern auch gestalten

Seit den 80er Jahren – dem Jahrzehnt der Selbstorganisation (Wex 1985) – als sich quantitativ und qualitativ die meisten Selbsthilfegruppen gründeten, gehört es zu den Hauptaufgaben von Selbsthilfe-Unterstützer/innen, insbesondere in Selbsthilfekontaktstellen, Aktivitäten im Selbsthilfebereich ins Leben zu rufen, am Laufen zu halten und insgesamt den Selbsthilfebereich zu unterstützen.

Solche Aktivitäten tragen inzwischen Früchte: Die Selbsthilfe hat sich in ihrem Spektrum erheblich ausgeweitet; fast zu jedem Krankheitsbild und Problem gibt es eine Selbsthilfegruppe. Sie hat sich dabei aber auch in ihren Ausprägungen und Aufgaben verändert, was insbesondere als Erfolg der Lobby-Arbeit zu werten ist.

Verstärkt durch den Einfluß des bürgerschaftlichen Engagements in den letzten Jahren, besonders jedoch aufgrund der Professionalisierungsdebatte, räumt das professionelle Gesundheits- und Sozialsystem der Patien/innen- bzw. Kundenorientierung künftig eine größere Bedeutung ein. Gesetzliche Rahmenbedingungen sehen, neben einer finanziellen Förderung (SGB V) durch die Krankenkassen, verstärkt die Einbindung in die Gesundheitsversorgung (Gesundheitsselfhilfe als anerkannter Partnerin der Versorgungskette) und Beteiligungsmöglichkeiten (SGB IX) vor, die weit über die bisherige Anerkennung und Förderung durch Länder und Kommunen hinausgehen, jedoch noch in den Anfängen der Realisierung stecken.

Im gleichen Maße, wie finanzielle Förderung und Partizipationsmöglichkeiten zunehmen, wachsen die Erwartungen an die Kompetenz der Selbsthilfegruppen wie an „die Selbsthilfe“ – womit auch deren *professionelle* Unterstützer/innen gemeint sind, bei denen es sich ja in erster Linie um Nichtbetroffene handelt. Im Hinblick auf Kooperation und Abgrenzung zu anderen Akteuren im Gesundheits- und Sozialwesen muß die Selbsthilfe daher einerseits ihre Position in der Versorgungs-

---

landschaft neu überdenken, zum anderen werfen neue Anforderungen und Entwicklungen auch neue Fragen für die Selbsthilfekontaktstellen auf.

Wie kann eine flankierende Unterstützung und empowermentorientierte Beratung aussehen, die professionelles Auf- und Eintreten der Selbsthilfegruppen für ihre Belange nicht ausschließt?

Das Selbsthilfezentrum München ist im vergangenen Jahr im Rahmen einer bundesweiten Expert/innen-Befragung<sup>1</sup> einigen Fragen zur Entwicklung und Trends in der Selbsthilfe-Unterstützung nachgegangen, nicht zuletzt deshalb, weil die bisherigen Unterstützungsmaßnahmen auf ihren zeitgemäßen Ansatz hin überprüft werden sollten. Künftigen Herausforderungen sollte auch mit zeitgemäßen Themenschwerpunkten und Unterstützungsstrategien begegnet werden, was nicht zuletzt eine Forderung des kommunalen Geldgebers ist, mit dem die Leistungsbereiche für die nächsten drei Jahre festzulegen waren.

Aus den Entwicklungslinien, die in dieser Studie erkennbar wurden, möchte ich für diesen Beitrag beispielhaft drei Stränge herausgreifen, die auf den ersten Blick nur deshalb etwas miteinander zu tun haben, weil sie besonders vom gesellschaftliche Wandel der letzten Jahre beeinflusst sind:

- die Unterstützung und Beratung von Gesundheitsselbsthilfegruppen angesichts der an sie gestellten Erwartungen im Rahmen der integrierten Versorgung
- Selbsthilfe-Unterstützung bei Migrantinnen und Migranten in bezug auf ihre wachsende Bedeutung im Zusammenleben, aufbauend auf bisherigen Handlungsansätzen in der Migrationsarbeit
- Unterstützung von Selbsthilfegruppen durch Ehrenamtliche – mögliche Synergien im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements

## **Was brauchen Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich, damit sie gut arbeiten können?**

Diese Frage beschäftigt das Selbsthilfezentrum München auf neue Weise seit Beginn des Modellprojektes *dialog*,<sup>2</sup> das sich seit Dezember 2001 explizit der Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen dem professionellen Hilfesystem und den Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich widmet, eine Aufgabe, die auch von den Krankenkassenverbänden in Zusammenarbeit mit den Vertretern der Selbsthilfe-Unterstützung in den Fördervereinbarungen zum § 20 SGB V den Selbsthilfekontaktstellen zugeschrieben wird.

Der oft skeptischen Haltung vor allem der Ärzt/innen in bezug auf die Seriosität und Kompetenz von Selbsthilfegruppen, steht auf Seiten der Selbsthilfegruppen häufig eine unsichere Haltung und Gekränktheit über erfahrene mangelnde Wert-

<sup>1</sup> Die Zwischenergebnisse der Delphi-Befragung (2001) können im Selbsthilfezentrum München angefordert werden.

<sup>2</sup> Das Konzept des Modellprojekts „dialog – Münchner Ärzte und Selbsthilfegruppen“ (2000) kann im Selbsthilfezentrum München angefordert werden.

schätzung gegenüber. Viele Gruppen fühlen sich nicht ernst genommen oder aber instrumentalisiert.

Das explizit gewünschte Zusammenwirken von professionellem und Laienwissen zugunsten der Patient/innen voranzubringen hat das Projekt beflügelt und sollte den von beiden Seiten (Ärzten und Selbsthilfegruppen) beklagten Zustand verbessern helfen.

Konkret vermittelt das Modellprojekt *dialog* vor Ort zwischen interessierten Partnern aus der professionellen Gesundheitsversorgung und Gesundheitsselbsthilfegruppen, die einen besseren Kontakt zu Ärzten oder Kliniken suchen bzw. erstmalig aufbauen wollen. Langfristiges Ziel ist es, daß sich mit konkreten Zielvereinbarungen zum beiderseitigen Nutzen wechselseitige Vorurteile abbauen lassen und die Zusammenarbeit der Akteure selbstverständlicher wird.

Im Gegensatz zu den bundesweit agierenden Selbsthilfe-Organisationen, die mit ihren Patientenprogrammen oft schon im Klinikalltag präsent sind (z. B. Rheuma-Liga), fehlt kleinen regionalen Selbsthilfegruppen vielfach der systematische Zugang zu niedergelassenen Ärzt/innen und Kliniken. Es sind aber gerade die kleinen persönlich bekannten Selbsthilfegruppen vor Ort, an die Ärzt/innen – ambulant oder stationär – ihre Patient/innen weiterempfehlen möchten. Nicht hinter jeder Selbsthilfegruppe steht ein überregionaler Verband; viele Gruppen würden sich in ihren heterogenen Ansätzen dort auch nicht repräsentiert sehen, so daß hier die koordinierende und qualifizierende Unterstützung der Selbsthilfekontaktstellen gefragt ist. Es gilt das Prinzip: so viel Eigeninitiative wie möglich, soviel Professionalisierung wie nötig, damit Selbsthilfegruppen gegenüber dem professionellen System sich selbst besser vertreten können.

So zeigt sich beispielsweise in der Beratungssituation mit Selbsthilfegruppen, daß am Anfang häufig eine konkrete Vorstellung fehlt, welcher Art diese Zusammenarbeit überhaupt sein könnte. Geht man den Erlebnissen der Selbsthilfegruppen nach, so stellt sich häufig heraus, daß sich bereits während oder nach dem ersten Kontakt der Gruppe mit Arztpraxen oder Kliniken die Zusicherung nach weiterer Zusammenarbeit als Reinfeld erweist. Im besten Fall bleibt es bei Versprechungen, das Falblatt auszulegen und allgemeinen Appellen auf beiden Seiten „man müßte mal was zusammen machen“. Die unverbindlichen Zusagen stellen sich jedoch oft als Folge einer unzureichenden Planung und Zielorientierung heraus.

Selten existieren Strategien, wie so ein Kooperationsvorhaben, auf das sich die Gruppe dann geeinigt hat, realistisch – d. h. den Möglichkeiten der (chronisch kranken) Gruppenmitgliedern angepaßt – vorbereitet, präsentiert und verfolgt werden kann.

Leider ist es immer noch so, daß von der Form auf den Inhalt geschlossen wird: Bezogen auf das Beispiel der Leistungsdarstellung einer Selbsthilfegruppe heißt das, ihre guten Ansätze werden vom professionellen Sektor so lange nicht wertschätzend aufgegriffen, wie der Empfänger der Botschaft sie nicht als informativ und für sich attraktiv aufnimmt. Kann also eine Selbsthilfegruppe ihre Laienkompetenz nicht gut in

---

den zeiteffizienten, oft hektischen Alltag einer Praxis oder Klinik vermitteln, wird sie schnell als unprofessionell wahrgenommen und es schwindet das Zutrauen der professionellen Dienstleister, daß die Selbsthilfegruppe auch für sie ein zuverlässiger kompetenter und interessanter Partner sein kann.

Es geht also nicht darum, das Selbstverständnis zwischen professionellen Anbietern von Versorgungsleistungen und das der Selbsthilfegruppen zu verwischen – eine Befürchtung, die von *professionellen* Selbsthilfe-Unterstützer/innen immer wieder geäußert wird – sondern ihre Betroffenenkompetenz professionell in die Verhandlungen mit einbringen zu können. Je stärker die Bereiche Selbsthilfe und professionelle Versorgung im Sinne einer optimalen Versorgung für die Patient/innen zusammenwachsen sollen, umso mehr wird neben der Betroffenenkompetenz eine „Managementkompetenz“ von den Selbsthilfegruppen verlangt werden. *Professionalisierung* der Arbeitsorganisation und der Arbeitsabläufe ist hier das Stichwort, ohne das eine gute Zusammenarbeit mit dem professionellen Versorgungssystem nicht funktionieren wird.

Ein neues Feld der Selbsthilfegruppen-Unterstützung bahnt sich damit für die Selbsthilfekontaktstellen an: Die Qualifizierung der Selbsthilfegruppen-Mitglieder. Bezüglich der inhaltlichen und fachlichen Ressourcen selbstsicher und professionell aufzutreten und zu verhandeln heißt, sich mit Rhetorik, Präsentationstechnik, Projektmanagement, Qualitätsstandards und der Nutzung des Internets auseinanderzusetzen. Erste Schritte in diese Richtung hat das Selbsthilfezentrum bereits mit der Entwicklung von Fortbildungsangeboten unternommen: So können Kurse zum Internet die Informationsgewinnung unterstützen und mit der Gestaltung der eigenen Homepage die Öffentlichkeitsarbeit verbessert werden. Weitere Qualifizierungsangebote beziehen sich darauf, anerkannte Bewertungsmaßstäbe auf die Qualität der Selbsthilfe-Arbeit anzuwenden und diese zu verbessern.

Auch künftig wird es eine Vielfalt von Selbsthilfegruppen geben – von der reinen Gesprächsselbsthilfegruppe Betroffener, die gern unter sich bleibt, bis zur Gesundheitsinitiative, die die Herausforderung annehmen will, sich mit ihrer Betroffenenkompetenz als gleichwertiger Partner in die herkömmliche Gesundheitsversorgung einzumischen. Hier ist es vorteilhaft, wenn die nächstgelegene Selbsthilfekontaktstelle ein entsprechend unterstützendes Angebote bereithält.

## **Interkulturelle Kompetenz in der Selbsthilfe-Unterstützung von Migrantinnen und Migranten**

In keinem sozialpolitisch relevanten Feld kommt der gesellschaftliche Wandel der letzten zwanzig Jahre deutlicher zum Ausdruck als im Zusammenhang mit der Diskussion um die Bevölkerung ausländischer Herkunft. Obwohl der Anteil der Migrant/innen in der Gesamtbevölkerung ständig wächst und das Thema interkulturelle Kompetenz die Gesundheits- und Sozialeinrichtungen längst erfaßt hat, bleibt die professionelle Selbsthilfe-Unterstützung von dieser Entwicklung eigenartig unberührt. Im Rahmen der Delphi-Umfrage, die diese Beobachtung im Zu-

sammenhang Migration und Selbsthilfe ebenfalls ansprach, wurde – soweit hierauf überhaupt eine Antwort erfolgte – von den Expert/innen einerseits vermutet, daß große Felder der Selbsthilfe rein „deutschnationale“ Veranstaltungen seien, in denen äußerst effektive Ausschlußmechanismen wirken, andererseits wird angenommen, daß mit den bisher gewohnten Förderinstrumenten das Feld „Migrant/innen“ nicht erreicht werden kann.

Allein in München ist der Anteil der Migrationsbevölkerung inzwischen auf 21 % (Jahr 2000) gestiegen, in manchen Stadtteilen liegt er bei bis zu 40 %. Das ist bezogen auf andere Städte in der Bundesrepublik sicher keine Besonderheit, dennoch Anlaß genug darüber nachzudenken, wie die Selbsthilfekräfte der Migrant/innen gestärkt werden können, ohne damit eine integrationshemmende Ghettobildung zu unterstützen (Gaitanides 2001).

Das Engagement von Migrant/innen konzentriert sich im wesentlichen auf ethnische Selbstorganisation in Elternvereinen, Kulturvereinen, Sportvereinen, religiösen Gemeinschaften und berufsständischen Vereinen. Die Migranten-Selbstorganisationen entwickeln sich immer mehr zu Organen der Interessenvertretung und des interkulturellen Dialogs. Sie lassen sich in kommunale Gremien (Ausländerbeirat) wählen und stellen ein immer wichtiger werdendes Element der demokratischen Willensbildung dar – mit wachsendem Gewicht, je mehr ihre Stimme auch politisch zählt – durch den Erwerb der staatsbürgerlichen Rechte.

Von den bisherigen Untersuchungen über Migranten-Selbstorganisationen bleibt eine neuere Entwicklung wenig beachtet, daß sich nämlich jenseits der Vereinsbildung immer häufiger auch kleine Selbsthilfegruppen ohne formalen Organisationsstatus bilden – oft wie die Vereine mit multifunktionaler Bedeutung (z. B. Frauen- und Altersgruppen, die häufig aus der Klientel der migrantenspezifischen Dienste und Kommunikationszentren hervorgegangen sind und deren Infrastruktur nutzen).

Das Hauptproblem liegt m. E. nicht darin, daß es noch vergleichsweise wenige Selbsthilfegruppen gibt, sondern daß Selbsthilfe-Unterstützung, wie sie von Selbsthilfekontaktstellen ausgeht, wenig auf die Belange von Migrant/innen zugeschnitten ist und damit ein größerer Teil der Bevölkerung in der Wahrnehmung seiner Problembewältigung unterschlagen wird (ein positiver Versuch wird von Ebcinoglu und Oertel im *selbsthilfegruppenjahrbuch* 2002 der DAG SHG e. V. beschrieben).

Selbsthilfe und insbesondere Selbsthilfegruppen im Migrationsbereich zu unterstützen kann m. E. nur als ganzheitlicher Ansatz gesehen werden, wobei auf mehreren Ebenen gleichzeitig gearbeitet werden muß:

- Ein wichtiger Schritt ist, daß sich die Mitarbeiter/innen zum Thema interkulturelle Kompetenz sensibilisieren und die eigene Beratungsarbeit regelmäßig reflektieren. Aufgrund der kulturellen Hemmungen und auch Ängste vor Stigmatisierung besteht ja tatsächlich eine Scheu, persönliche gesundheitliche oder soziale Probleme vor einer anonym zustande gekommenen Gruppe nach außen zu kehren. Selbsthilfegruppen entstehen daher am ehesten an ethnischen Kristal-

---

lisationsorten oder Migrationssozialdiensten, die Migranten und Migrantinnen einen niedrigschwelligen Zugang anbieten.

- Der kontinuierliche formelle und informelle Erfahrungsaustausch mit Interessenvertretungen (z. B. Ausländerbeirat, einflußreichen Initiativen, Kommunalpolitiker/innen), eine öffentlichkeitswirksame einrichtungsübergreifende Zusammenarbeit und die Partizipation von Migrantenorganisationen am „Geschäft der Selbsthilfegruppen-Unterstützung“ sind vertrauensbildende Maßnahmen, um das Thema zu den Zielgruppen zu transportieren. Dazu gehört auch die Qualifizierung von Schlüsselpersonen – z. B. Fachkräfte in der Migrationssozialarbeit mit eigenem Migrationshintergrund – als Multiplikator/innen für die Selbsthilfegruppen-Unterstützungsarbeit.
- Da die Vernachlässigung öffentlicher Förderung die Ausschöpfung der Selbsthilfepotentiale schon bestehender Vereine und Selbsthilfegruppen erschwert, sollten kommunale Förderrichtlinien explizit auch die Selbstorganisation von Migrant/innen unterstützen. Dieser Schritt, der in München mit Unterstützung des Selbsthilfezentrums und des Ausländerbeirats seit diesem Jahr zu neuen Förderrichtlinien geführt hat, machte jedoch auch deutlich, daß Selbstorganisation nicht nach dem Gießkannenprinzip zu unterstützen ist, sondern daß die Demokratieverträglichkeit der tatsächlichen Arbeit jeweils geprüft werden muß. Dieses Kriterium allerdings – so hat es der Selbsthilfebeirat der Landeshauptstadt München beschlossen – trifft für Initiativen der Mehrheitsgesellschaft genauso zu.

Die Leistungen der Migrations-Selbstorganisationen werden von Seiten der Mehrheitsgesellschaft bisher kaum wahrgenommen; sie tragen aber entschieden zur Bewältigung von Integrationsproblemen bei. Über den Türöffner „Migrationsarbeit“ Selbsthilfegruppen zu unterstützen und Migrant/innen für den Selbsthilfegedanken zu gewinnen, ist erst die eine Seite der Medaille. Weitere Aktivitäten sind nötig, damit sich umgekehrt die Selbsthilfe(gruppe) gegenüber Migrant/innen öffnet (ein gutes Beispiel hierzu liefert die Rheuma-Liga mit ihrem mehrsprachigen Material zu „Rheuma kennt keine Grenzen“, das auch für Selbsthilfe von Betroffenen wirbt).

## **Brauchen Selbsthilfegruppen das bürgerschaftliche Engagement?**

Seitdem unter dem programmatischen Dach „bürgerschaftliches Engagement“ auch die Selbsthilfe subsumiert wird, versuchen beide Bereiche jeweils ihre qualitativen Besonderheiten und Reichweite herauszuarbeiten, sich abzugrenzen und zu definieren, um sich damit gegenüber interessierten Bürger/innen wie auch finanziellen Unterstützern eindeutig zu profilieren.

Trotz der immer noch vorhandenen Berührungängste auf Seiten der professionellen Unterstützungsszene, hat sich die Praxis unabhängig davon längst weiterentwickelt. Selbsthilfe und ehrenamtliche Arbeit lassen sich in vielen Selbsthilfegruppen schon lange nicht mehr trennscharf definieren: Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement haben zwar unterschiedliche Wurzeln der Entstehung. Aus dem Leidensdruck der Betroffenen kann im Laufe der Entwicklung von Selbsthilfegruppen oft bürgerschaftliches Engagement folgen. Meistens dann, wenn sie aus einer Phase der Innenorientierung heraustreten und strukturell und inhaltlich verwirklichen, was beispielsweise in der Modernisierung des traditionellen Ehrenamtes erst noch umgesetzt werden muß (ein positives Beispiel dafür ist die Aidshilfe).

Auch erreicht die Arbeit vieler Selbsthilfegruppen im Laufe der Zeit einen organisatorischen Umfang, der von den betroffenen aktiven Mitgliedern der Gruppe allein nicht mehr geleistet werden kann. Aus der Gruppe wird dann häufig ein Verein – ein Organisationsgrad der eigene Anforderungen an Formalisierung und Professionalisierung stellt. Unterstützungsleistungen bei der Buchhaltung, das Erstellen von Verwendungsnachweisen und Berichten gegenüber Geldgebern, die Gestaltung von Flyern, Plakaten und Internetauftritten wird immer häufiger von engagierten nicht-betroffenen Mitgliedern übernommen, die sich den Zielsetzungen der Initiative nahefühlen und somit die Arbeiten ehrenamtlich erbringen. Der überwiegende Teil der selbstorganisierten Vereine, der aus Selbsthilfegruppen entstanden ist, verfügt in der Regel auch nicht über Personalmittel aus der öffentlichen Förderung, um damit sogenannte Externe für diese Arbeiten angemessen zu bezahlen.

Vor diesem Hintergrund, an dem sich aufgrund der knappen öffentlichen Kassen bis auf weiteres auch nichts ändern wird, sollten sich Selbsthilfekontaktstellen auf positive Synergien der beiden Ansätze zur Selbstorganisation und Eigeninitiative konzentrieren. Diese kann es im Management der Infrastruktur (z. B. eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit betreiben, räumliche Nähe der beiden Bereiche herstellen) und in der konzeptionellen Arbeit geben, so daß Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement nicht unverbunden nebeneinander herlaufen, die Unterstützungsarbeit sich verdoppelt oder wechselseitig behindert.

Konzeptionell bietet sich eine stärkere inhaltliche Zusammenarbeit zwischen Freiwilligenagenturen und Selbsthilfekontaktstellen an, die zumindest in München praktisch erst in den Anfängen steckt.

So könnte eine gezielte Zusammenarbeit zwischen Freiwilligenagentur und Selbsthilfekontaktstelle einerseits dem Dilemma vieler Selbsthilfegruppen abhelfen, Ehrenamtliche für die organisatorische Unterstützung zu finden, andererseits könnten Ehrenamtliche für die Arbeit in Selbsthilfegruppen gewonnen werden. Das Vermittlungsverfahren wie auch Aufgaben, Qualifizierungsmöglichkeiten und Abgrenzungslinien müßten auf den Selbsthilfebereich hin modifiziert werden.

Daß eine solche wechselseitige „Zu-Arbeit“ grundsätzlich funktionieren kann, zeigen Nachbarländer wie Schweiz und Italien, wo die Unterstützung von Selbst-

---

hilfe durch Ehrenamtliche bereits seit Jahren Modell guter Praxis ist (ohne daß dies jedoch explizit bürgerschaftliches Engagement genannt würde). Ehrenamtliche, die sich beispielsweise in Italien für die Unterstützung von Selbsthilfegruppen interessieren, gründen und begleiten qualifiziert – als sog. *operatori* – eine Selbsthilfegruppe. Neben einem ausführlichen Vorgespräch und Monitoring durch die regionale Selbsthilfe-Unterstützungsstelle erhalten sie regelmäßige Weiterbildungs- und Supervisionsangebote (Berni u. a. 1993).

Die Selbsthilfekontaktstellen haben mit der Delegation einer ihrer „Kernaufgaben“ an die Eigeninitiative von Ehrenamtlichen nicht nur einen Weg zur Arbeitsentlastung für die ohnehin wenigen Personalstellen in der professionellen Selbsthilfe-Unterstützung gefunden, sondern auch einen wirkungsvollen Synergie-Effekt zwischen bürgerschaftlichem Engagement und Selbsthilfe erzielt.

## **Konsequenzen des gesellschaftlichen Wandels für Selbsthilfekontaktstellen**

Die Arbeit mit Selbsthilfegruppen und die Unterstützung im Selbsthilfebereich ist immer auch Interessenpolitik für eine Verbesserung demokratischer Strukturen in der gesundheitlichen und psychosozialen Versorgung. Eine Aufgabe, die zumindest kleine informelle Selbsthilfegruppen überfordert, da sie überwiegend „Ein-Punkt-Interessen“ vertreten.

Beratung und Unterstützung im Selbsthilfebereich wird sich daher künftig mehr denn je als *Kooperationsberatung* verstehen müssen: Um den Gedanken der Selbsthilfe und Selbstorganisation in „alten“ und „neuen“ Feldern sozialer und gesundheitsbezogener Arbeit zu etablieren, werden professionelle Selbsthelfer/innen einem immer breiteren Spektrum von Akteuren auf unterschiedlichen Ebenen gegenüber treten – und zwar von Akteuren, die sich häufig nicht positiv aufeinander beziehen. Darüber hinaus werden sie ständig mit sich verändernden Ausgangslagen konfrontiert sein, seien es neue Konstellationen in der Kommunalpolitik, Veränderungen im Gefüge der Kassen oder zeitweise favorisierte Förderprogramme oder Zielgruppen.

*Lern- und Veränderungsbereitschaft* sind deshalb nicht nur Erfolgskriterien für Selbsthilfegruppen im Umgang mit dem professionellen Hilfesystem, sondern auch das Gebot der Stunde für hauptamtliche Mitarbeiter/innen von Selbsthilfekontaktstellen, um sich als kompetente/r Kooperationspartner/in einzubringen und mit Themen auseinanderzusetzen, die u. a. für Veränderungen im Denken und Handeln relevant sind: die Nutzung der neuen Medien, die Qualitätsdebatte in der Versorgung, globales Denken – lokales Handeln, Nutzer/innenorientierung, interkulturelle Kompetenz. Der Erfolg professioneller Unterstützung von Selbsthilfe – ihre Einflußnahme und Mitgestaltung der Gesundheits- und Sozialpolitik – wird wesentlich davon abhängen, inwieweit sie künftig in der Lage ist, sich auf komplexe Veränderungsprozesse im Sinne einer lernenden Organisation einzustellen.

## Literatur

- Berni, M./ Cecchi, M. / Gamboni, A. / Giallini, R. / Le Divelec, M. G. / Paterni, M.: L'incontro con l'altro. Per una esistenza libera dalle dipendenze. Firenze 1993
- Bobzien, Monika: Auf dem Weg zur lernenden Gemeinschaft. Empowerment und Qualitätsmanagement. In: Lenz, Albert / Stark, Wolfgang (Hrsg.): Empowerment. Neue Perspektiven für psychosoziale Praxis und Organisation. Tübingen 2002
- Ebcinoglu, Nesrin / Oertel, Yvonne: Guten Tag – wir sprechen auch türkisch. In: DAG SHG e. V. (Hrsg.): selbsthilfegruppenjahrbuch 2002. Gießen 2002
- Gaitanides, Stefan: Freiwilliges Engagement und Selbsthilfe von Migrantinnen und Migranten – Potenziale und Anforderungen. Unveröffentl. Manuskript anlässlich der internationalen Fachtagung des BMFSFJ: „Integration von Familien ausländischer Herkunft“. Berlin 2001
- Stark, Wolfgang / Findeiß, Petra / Schachl, Tonia: Modelle der Einbindung von Selbsthilfegruppen in das gesundheitliche Versorgungssystem. Abschlußbericht Projekt C 2. Bayerischer Forschungsverbund Public Health – Öffentliche Gesundheit. München 2000
- Wex, Thomas: Selbsthilfe und Gesellschaft. In: Engelhardt, Hans-Dietrich / Simeth, Angelika / Stark, Wolfgang (Hrsg.): Was Selbsthilfe leistet. Ökonomische Wirkungen und sozialpolitische Bewertung. Freiburg i. Br. 1995

*Monika Bobzien, Dipl.Psych.  
Selbsthilfzentrum München*

# Beratung und Unterstützung im Freiwilligenbereich

## Praxisansätze und -entwicklungen im Sektor Civic Learning

Freiwilligkeit wird in den letzten Jahren immer mehr zum Ausgangspunkt eines neuen Paradigmas von Gesellschaft, der *Bürgergesellschaft*. Die Tugenden des mündigen und sein Verhältnis zur Gesellschaft selbstbewußt wahrnehmenden Citoyen wurden dabei genauso zitiert (Vollmer, in Strachwitz 1998) wie die Dimension der praktischen Ehrenamtlichkeit. Die Bürgergesellschaft ist schon vielfach erörtert und als Zielstellung durch alle Parteien und Verbände hindurch akzeptiert.

Aber welcher Voraussetzungen bedarf es, um eine Bürgergesellschaft weiter zu entfalten, zu entwickeln, damit sie sich bei den dynamischen Herausforderungen gesellschaftlicher Entwicklungen entsprechend auskristallisieren kann? Und was sind prägende Merkmale von Bürgergesellschaft bzw. im angelsächsischen und amerikanischen Verständnis der *Civil Society*?

Wenn wir hier etwas über die Lernfähigkeit, die Lerninteressen und die Lernaufgaben einer Bürgergesellschaft aussagen wollen, dann braucht es zunächst einen gesellschaftstheoretischen Rahmen. Und dieser wird hergestellt zwischen den drei Akteursebenen *Individuum, Gesellschaft und Staat*.

Bürger erwarten Strukturen und Ordnungen vom Staat. Der Staat erwartet von den Bürgern, daß sie diese respektieren und beleben. Gesellschaft entsteht aber vergleichsweise ‚ungeordnet, ohne vorhersagbare Strukturen‘, solange ein Staat ein demokratisches Maß an liberaler Entwicklung für den einzelnen, das Individuum, ermöglicht und Rechte und Pflichten quasi als Spielregeln dieser jeweiligen Gesellschaft definiert. Die *Kommunitarismusdebatte* der 90er Jahre hat auch in Deutschland das Augenmerk auf die Frage gerichtet, inwiefern das *Geben* und *Nehmen* zwischen Staat und Individuum noch nach dem richtigen Maß beurteilt wird oder aber die Mainstream-Tendenz des Individualismus eindeutig Vorrang genießt.

Das Merkmal des *sozialen Kapitals* hat Putnam nicht nur in Italien, sondern jüngst auch im Rahmen einer Analyse in acht westlichen Ländern untersucht. Sein Befund zeigt auf, daß sowohl soziale Netzwerke als auch die Normen der Gegenseitigkeit für die Entstehung von Sozialkapital ausschlaggebend sind, „(...) weil sie sowohl individuellen als auch kollektiven Wert schöpfen und weil man in sie investieren kann“ (Putnam 2001). Seine Ergebnisse bestätigten einen relativ konstanten Bestand an sozialem Kapital seit den 70er Jahren, aber das Problem sieht er in dem „(...) überproportional starke(n) Rückgang gerade solcher Formen von Sozialkapital, die die weniger Privilegierten begünstigen und die sozialen und ökonomischen Unterschiede überbrücken halfen“ (ebd.).

Sollte dies die Tendenz der entwickelten westlichen Länder (Ausnahme ist Schweden) im neuen Jahrtausend sein? Hin zur Milieubindung des Engagements

und des sozialen Kapitals? Das würde bedeuten, daß engagierte Individuen derzeit lieber ‚ihre‘ gesellschaftliche Gruppe stärken als die gesellschaftlichen Bindungskräfte und sozialen Bezüge über den eigenen Lebenskreis hinaus. Ein neuer gesellschaftlicher Egoismus könnte damit dem Bild der Bürgergesellschaft mit kühlem Wind ins Gesicht blasen (Thierse 2002).

Allerdings belegten die jüngsten Bilder aus den Gebieten der Elb-Überflutung wiederum eindrücklich, daß ad hoc und deutschlandweit eine breite Welle der Hilfsbereitschaft aufgrund dieser Katastrophe entstanden war. Sehr viel war von Selbstorganisationstalenten die Rede, von hoher Eigen- und Gemeinschaftsverantwortung, und auch ‚ungelernte Helfer‘ brachten sehr viel Krisenmanagement effektiv zustande. Eine umfassende Aussage zur Ausrichtung des sozialen Kapitals in unserer Gesellschaft muß deshalb sicher noch erfolgen.

Wir wollen an dieser Stelle die Analyse gesellschaftlicher Veränderungen und sozialen Wandels nicht weiter ausführen. Deutlich sollte aber geworden sein, daß der scheinbar sehr pragmatische und praxisbezogene Titel, zu dem ich um Ausführung gebeten wurde, das gesamte Feld der Entwicklungen in Bezug auf eine Bürgergesellschaft, eine *Civil Society*, aufwirft und zum Bezugsrahmen aller Lerninteressen und Lernnotwendigkeiten macht. Es geht also sowohl um die produktiven, konstruktiven Auseinandersetzungsfelder in der Bürgergesellschaft als auch um die hemmenden, verdrängenden, ausschließenden und unterdrückenden. Wir werden um die Klärung unseres jeweiligen Begriffs von ‚Bürgergesellschaft‘ nicht herum kommen, wenn wir uns mit den verschiedenen Ebenen der Unterstützung und der Beratung etc. von freiwillig Engagierten auseinander setzen.

Dies erinnert an die vergleichbar elementare Beschäftigung mit dem Begriff ‚Ehrenamt‘ seit Mitte der 80er Jahre, aus der sich erfreulicherweise inzwischen ein selbstbestimmter und abgeklärter Umgang der Akteure selbst herausgeschält hat. Demzufolge finden die Hälfte aller Engagierten ihr Tun am zutreffendsten als ‚Freiwilligenarbeit‘ bezeichnet, 31 % als ‚Ehrenamt‘ und ca. jede/r Sechste mit ‚Selbsthilfe, Initiativen- oder Projektarbeit‘ bzw. ‚Bürgerengagement‘ (Freiwilligen-Survey, Braun / Klages 2000, S. 202ff).

Bundestagspräsident Thierse äußerte in einer viel beachteten Rede im Juni 2002 in Berlin zur deutschen Zivilgesellschaft folgendes: „Bei der Aktivierung der Zivilgesellschaft geht es um einen Lernprozeß, der auch das staatliche Selbstverständnis einschließt. Die Zivilgesellschaft ist keine Alternative zum demokratischen und sozialen Staat. (...) Der Staat muß aber lernen, wie er als ermöglichender Staat wirken kann, wie er intermediäre Strukturen, die öffentliche Sphäre und neue Formen der Selbstorganisation fördern und stützen kann.“

Dieser wechselseitige Bezug zwischen den drei Aktionsebenen, Individuum, Staat, Gesellschaft, wird sich nun als roter Faden durch die folgende Darstellung bisher schon entwickelter Lernformen und Unterstützungsmöglichkeiten für engagierte Bürger/innen und Gruppen ziehen und deutlich machen, daß dieses Lern-

---

dreieck nie aufgegeben werden darf, wenn es um die Bestrebung geht, Bürgergesellschaft und Civil Society zu untermauern und konkret auszugestalten.

## **Civil Learning – was Freiwillige wo und wie lernen können**

Noch gibt es keine übergreifende Systematik für die bestehenden Lern-, Beratungs- und Unterstützungsansätze für Freiwillige. Daher wird hier ein erster Versuch dazu unternommen, der die jeweilige Einbettung in einen organisationellen bzw. individuellen Rahmen unterscheidet und die vorausgegangene Motivation sowie die Ziele des Lernprozesses aufzeigen möchte.

### **1. Beratung und Information**

Wie wird ein Freiwilliger zu einem solchen, eine Freiwillige zu einer solchen? In dem er oder sie dieses Bedürfnis in einem öffentlichen Rahmen kund tun kann, ohne daraus sofort Verpflichtungen an sich ableiten lassen zu müssen. Der dafür passende Rahmen heißt ‚Beratung und Information‘ und immer mehr Einrichtungen, die mit Freiwilligen arbeiten (wollen), bieten diesen Bürger-Service an. Den Vorreiter dafür haben die Freiwilligenagenturen gemacht, die inzwischen als Klassiker für diese Disziplin stehen und in den meisten Fällen ein sehr großes Angebot an Service für die Engagement-Interessierten anbieten. Der Einstieg ist nach unserer Auffassung das unverbindliche, kostenfreie und persönlich gehaltene Beratungsangebot (siehe Kasten Seite 70).

Die Analyse des zu leistenden Beratungsprozesses hat den Charakter einer Prozeßdokumentation im Sinne eines Qualitätsmanagements. Genau darum geht es bei der Beratung von Freiwilligen: Sie werden als Ressourcen-Geber/innen und ‚Investoren von Sozialkapital‘ ernst genommen und wie bei jeder echten Kundenorientierung mit ihren Bedürfnissen, Interessen, aber auch mit ihren Grenzen ganz in den Mittelpunkt der Beratung gestellt. Das Ergebnis der Beratung sollte insoweit offen sein, daß es der freie Wille der Beratenen und damit ihre eigene Entscheidung bleibt, was sie machen, ob und wann und wo sie anfangen.

Der qualitätssichernde Rahmen speist sich aus der hohen Kompetenz auf der Ratgeber-Seite. Dies betrifft:

- die Inhalte
- die Kundenorientierung
- die Gesprächsführung in der Beratung
- die vorher abgeklärten und optimierten Voraussetzungen (Rahmenbedingungen) für die Freiwilligen-Arbeit (Schaaf-Derichs 1999).

Verbindlichkeit geht mit Transparenz in der Beratung einher: Die Freiwilligen werden über ihre Rolle als Freiwillige aufgeklärt. Dies dient zugleich als Installation ei-

### **Folgende Qualitätsaspekte sollte ein Beratungsangebot für Freiwillige beinhalten:**

- freundlicher Empfang, ruhige und angenehme Atmosphäre für ein Gespräch
- kompetente Ansprechpartner/in
- Information über die Organisation selbst und weshalb sie diesen Bürgerservice anbietet
- das Vorgehen und die in etwa aufzubringende Zeit für diese Beratung
- Erkundigung nach den Interessen der Beratenen, nach persönlichen Motiven oder Zielen (bei Mitteilungsinteresse)
- Vermittlung eines Überblicks über die vorhandenen Möglichkeiten zu einem Engagement in der Organisation oder Region
- Nachfrage oder Vorschlag zu ‚passenden‘ Tätigkeiten gemäß der artikulierten Engagement-Interessen
- Erläuterung auf Nachfragen im Detail und anhand von schriftlich vorzulegenden Informationsmaterialien
- Klärung der spezifischen Voraussetzungen und Möglichkeiten bei den von den Freiwilligen ausgewählten Tätigkeiten
- Erläuterung der Rechte, Ansprüche, die von den Freiwilligen gestellt werden können sowie der Erwartungen und Verbindlichkeiten, die die Organisationen der Freiwilligenarbeit an die Freiwilligen stellen
- Vereinbarungen zwischen Berater und Interessiertem zum weiteren Verlauf
- Angebot weiterer Informationen oder / und Beratung bei Bedarf

nes Selbstverständnisses, das wir hier Freiwilligenselbstbewußtsein nennen wollen und als *Empowerment-Ansatz* zu verstehen ist.

Zugleich beansprucht diese Form der Beratung, daß sie eine Hilfe zur lernenden Selbstentfaltung für die Freiwilligen ist. Damit wird quasi ein kleiner ‚Ratgeber‘ für die Freiwilligen-Welt mit auf den Weg gegeben, und in der Beratung grundsätzlich als auch aufgabenspezifisch über Rechte und Pflichten von Freiwilligen orientiert.

So wird der große Bogen zur Bürgergesellschaft erfaßbar gemacht und aufgespannt: Die Beratung macht deutlich, daß es nicht bei der reinen Informationsweitergabe bleibt. Vielmehr spiegelt sich das Freiwilligen-Verhältnis zwischen Individuum und Gemeinschaft bzw. Gesellschaft in der Beratung wider und repräsentiert seine Werte: als partnerschaftlich, mit Spielregeln und Spielräumen versehen, als ein auf Zeit geschlossener ‚Vertrag‘ mit fairen Konditionen und klaren Einstiegs-, Verlaufs- und Ausstiegsmöglichkeiten. Schließlich als die Chance, eigene Fähigkeiten und Erfahrungen einzubringen und damit diesen ‚Gesellschaftsvertrag‘ zu gestalten. Reziprozität, Fairneß, Transparenz und Win-Win-Gestaltung für beide, das sollten die Voraussetzungen für diese Basis-Erfahrung und -Lektion in Sachen Engagement für die Freiwilligen und für die an freiwilliger Mitarbeit interessierten Organisationen sein. Und damit sind wir mitten in einer Darstellung von sog. *Value-oriented Management* (Stark 2000).

---

## 2. Qualitätsdebatte und Selbstverständnis

Freiwilligenagenturen sind gut beraten, sich als Makler für Qualität in der oben beschriebenen systemischen Art zu profilieren (Schaaf-Derichs 2002). Ohne einen Maßstab verliert die gesamte Schau auf das Verhältnis zwischen Individuum, Gesellschaft und Staat an Relationen und an Format. Beides wird gebraucht, um die massive Marginalisierung des freiwilligen Engagements, die aus den großen Professionalisierungsschüben der 70er und 80er Jahre resultierte, zu überwinden. Und gerade dies ist eine zutiefst deutsche Herausforderung an die Entwicklung der Bürgergesellschaft. Erfreulicherweise hat sich nach unserer praktischen Erfahrung mit Freiwilligen schon seit etlichen Jahren ein qualitätsgeleitetes Selbstverständnis entwickelt, das sie sowohl ihren Ansprüchen an ein Engagement zugrundelegen als auch ihrer freiwilligen Investition (Schaaf-Derichs 2001).

Ein zweiter Lernfaktor zeigt sich bei der Installation anderer bürgergesellschaftlicher Ansätze wie *Civic Education*. Das Demokratieverständnis in Deutschland ist aus geschichtlichen Gründen nicht ein so ungebrochenes oder unverkrampftes wie in den Vereinigten Staaten oder in Kanada (Anne Sliwka 2001, S.11ff): „In den angelsächsischen Ländern, vor allem den Einwanderungsgesellschaften der USA und Kanadas, wird die Geschichte der Demokratie als Grand Narrative erzählt, der ausgehend von demokratischen Gründemythen von einer Entwicklung zunehmender Demokratisierung und Integration von Menschen unterschiedlicher ethnischer Hintergründe zu berichten weiß. ‚Heikle‘ Kapitel dieser Geschichte, wie der Umgang mit indigenen Völkern oder die Geschichte der Rassenkonflikte und der Bürgerrechtsbewegung, werden als notwendige Lernprozesse auf dem Weg hin zu einer inklusiven Demokratie dargestellt. Auf diese Weise wird trotz der auch in diesen nationalstaatlichen Geschichten präsenten historischen Brüche eine narrative Einheit ( ‚We, the people‘ , ‚The pursuit of happiness‘ ) erzeugt, die zu einem hohen Grad an Identifikation mit und Stolz auf die eigene Nationalgeschichte als ‚Erfolgsgeschichte‘ aller Beteiligten Citizens führen soll.“

Für das Selbstverständnis engagierter Bürgerinnen und Bürger in ihrem Verhältnis zur ‚verspäteten‘ deutschen Demokratie sind durchaus komplexe geschichtliche Bezüge und Verarbeitungs-, ja Positionsbestimmungsprozesse von Nöten, insbesondere dann, wenn es um junge Engagierte geht. Schließlich ist es ja genau ein entscheidender Teil ihrer Motivation, sich in der aktuell bestehenden Gesellschaft konstruktiv einzubringen, also das gemeinsame und zunehmend komplizierte Zusammenleben positiv voranzubringen. Dazu bedarf es auch einer präzisen Kenntnis, wovon in der jeweiligen Tätigkeit gesellschafts- und kulturgeschichtlich auszugehen ist, was aus der Vergangenheit für die Gegenwart wirksam ist. Nicht zufällig setzen einige Freiwilligenprojekte genau an dieser Schnittstelle an (bspw. die ZeitZeugenBörse Berlin) und arbeiten ganz konzentriert auf intergenerative Dialoge hin (bspw. Dialog der Generationen).

### 3. Freiwilligen-Management

Freiwilligen-Management ist ein Teil des o. g. Lerndreiecks zwischen Individuum, Gesellschaft und Staat, das die Schnittstellen betont. Freiwilligenarbeit muß dort besonders kompetent unterstützt, begleitet und organisiert werden, wo die Freiwilligen in einer Organisation tätig werden und dennoch nicht als ‚Interne‘ angesiedelt sind. Das ist in den weitaus meisten Fällen von Freiwilligenarbeit so. Ein qualifiziertes Freiwilligen-Management fördert den Orientierungs-, Einarbeitungs- und alle folgenden Lernprozesse der Freiwilligen in ihrer Arbeit in einer Organisation. Es fördert zugleich die Lernprozesse der Organisation in der Einbindung und Bezugnahme auf Freiwillige. Freiwilligen-Manager/innen sind deshalb die qualifizierten Perspektiv-Wechsler für die Sicht von Freiwilligen. Sie versetzen sich in deren Lage und arbeiten die Formen und Inhalte der Freiwilligentätigkeiten aus dieser Sicht auf. Dadurch gelingt eine völlig andere Art der Organisation gesellschaftlicher Arbeit, die für alle Beteiligten erfolgreich und ertragreich funktioniert. Voraussetzung dafür ist, daß die hier genannten Vorleistungen einer qualifizierten Begleitung der Freiwilligen durch Freiwilligen-Manager/innen sowie hilfreiche Rahmenbedingungen für die Freiwilligenarbeit von der Einrichtung geschaffen wurden.

Entscheidend für gutes Freiwilligen-Management ist nicht die Größe der Organisation, sondern ihr Selbstverständnis. Auch hier gilt, daß die Wertorientierung der Organisation eindeutig auf die Kooperation mit Freiwilligen ausgerichtet sein sollte. Dies gelingt kleineren und jüngeren Einrichtungen, Projekten und Initiativen teils leichter als tradierten, großen und komplex strukturierten.

### 4. KOMPASS – Qualifizierung für ‚Intermediäre (Einrichtungen)‘

Ein Angebot der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen macht deutlich, wie ausschlaggebend für eine lebendige und effiziente Bürgergesellschaft die Qualifizierung der ‚Mittler‘ ist. Die als ‚Intermediäre‘ bezeichneten Beratungs- und Vermittlungseinrichtungen für Freiwillige benötigen eine hohe Öffentlichkeitspräsenz, ein Beratungskonzept speziell für Freiwillige, Beratungskompetenz in Bezug auf Einrichtungen und Organisationen, die mit Freiwilligen arbeiten, Qualitätsentwicklungs-Managementsysteme sowie Finanzierungs- und Geschäftsführungskompetenzen. Das Spektrum der hier als Basiswissen erfaßten Fachdisziplinen untermauert die Bandbreite der notwendigen Aufgaben für Freiwilligenagenturen und aller qualifiziert arbeitenden intermediären Einrichtungen, um wirksam im Sinne einer modernen Bürgergesellschaft im Zeitalter der Wissens- und Informationsgesellschaft arbeiten zu können (Schaaf-Derichs 2002).

### 5. Projekt- und Organisations-Lernen

In vielen Freiwilligenagenturen werden spezielle Projekte und Netzwerke geschaffen, um Freiwilligenarbeit ‚hautnah‘ für die Bürger/innen einer Region oder Stadt zu präsentieren. So gibt es Kooperationen von Freiwilligenagenturen mit der Wirtschaft im Falle der Projekte *SeitenWechsel*® und *Switch – die andere Seite*®, bei

---

denen Führungskräfte aus Unternehmen für eine Woche die Arbeitswelt in sozialen Projekten miterleben und reflektieren können. Oder es sind aktionsspezifische NPO-Kooperationsnetzwerke entwickelt worden, bei denen ein gemeinsames Ereignis vorbereitet und durchgeführt wird, was Freiwilligkeit ganz eindrücklich demonstriert und zum Mitmachen einlädt. Dies sind z. B. die Freiwilligen-Messe des Aktionsnetzwerkes *Aktivoli* in Hamburg, das Benefiz-Essen in Kölner Restaurants unter dem Namen *Köbes* oder der *Berliner-Freiwilligen-Tag*, eine eintägige Mit-Mach-Aktion für alle Berliner/innen in über 30 Freiwilligenprojekten. Allen diesen Aktivitäten ist gemein, daß sie durch multiprofessionelle Teams entwickelt werden, daß haupt- und ehrenamtliche bzw. freiwillige Projektpartner ein Team bilden und daß sie alle von einer hohen Ziel- und Erfolgsorientierung motiviert sind. Gerade die Wirksamkeit dieses Projektlernens, die persönliche Problemlösungsfähigkeit und die Erfahrung der Selbstwirksamkeit in diesen oft wenig hierarchischen Arbeitszusammenhängen sind prägende Erfahrungen, die freiwillige Arbeit in besonderem Maße und sehr eindrücklich hinterläßt.

## **6. Leadership: Leitungs- und Führungsverantwortung**

Während die reine Management-Lehre nach neuester Sicht im Hinblick auf die Gestaltung von Binnenstrukturen sowie deren Steuerung orientiert verstanden wird, hat sich ein neuer Begriff etabliert, der gerade im Zusammenhang mit Lernprozessen in Führungs- und Leitungspositionen im Ehrenamt sinnvoll geworden ist. *Governance* umschreibt die Koordination öffentlicher und privater Akteure im Sinne einer Steuerung gesellschaftlicher Netzwerke. „Die Governance-Fragestellung ist weiter, weil sie nach den notwendigen institutionellen Voraussetzungen fragt, also welche formellen und informellen Regeln notwendig sind, um legales, legitimes, effizientes und effektives Handeln zu gewährleisten, und zwar nicht nur im öffentlichen Sektor, sondern auch und nicht zuletzt in Wirtschaft und Gesellschaft“ (Jann 2001).

Bei diesem Verständnis von Leitungsverantwortung wird der Rahmen gleichsam weit gesteckt und vernetzt gedacht, endet also nicht an den Grenzen der eigenen Organisation. Diese Art des Leitungsbegriffs ist besonders ausgeprägt in gut geführten NPOs anzutreffen, insbesondere da, wo Freiwillige gut organisiert und gewinnbringend für sich und andere zum Einsatz kommen können.

Aufgrund unserer langjährigen Beratungserfahrung von kleinen und großen NPOs im Freiwilligensektor erscheint mir dieser Leitbegriff der *Good Governance* ein zentrales Ziel zu sein, denn nur so geführte und verstandene Organisationen können über ihre Grenzen hinaus wirkungsvoll mit Einrichtungen anderer Sphären zusammenarbeiten und sich in den Zielen und Leitwerten verstehen. Dabei geht es um eine solidarische, vernetzt und nachhaltig denkende Gesellschaft.

Leider wird diese Königsdisziplin als Lehrinhalt oder Haltungsverflektion für Leitende nach unserem Überblick noch zu wenig angeboten. Ein Defizit, das sich aufzuheben sehr lohnt.

## Literatur

- Braun, Joachim / Klages, Helmut: Freiwilliges Engagement in Deutschland – Freiwilligensurvey 1999. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Band 194.2. Stuttgart 2000
- Jann, Werner u. a. (Hrsg.): New Governance: Koordination und Organisation zwischen Konkurrenz, Hierarchie und Solidarität. Opladen 2001
- Putman, Robert (Hrsg.): Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich. Gütersloh 2001
- Schaaf-Derichs, Carola: Zehn Jahre „Neues Ehrenamt“: Ergebnisse und Erkenntnisse der Berliner Freiwilligenagentur Treffpunkt Hilfsbereitschaft. In: sozialmagazin, Jg.24, Heft 3/1999, Frankfurt / Main
- Schaaf-Derichs, Carola: Freiwilligenagenturen als infrastruktureller Schritt zur Bürgergesellschaft des XXI. Jahrhunderts. Deutsches Zentralinstitut für Soziale Fragen (Hrsg.): Sonderheft Ehrenamt. Berlin 2000
- Schaaf-Derichs, Carola: Qualität in der Arbeit mit Freiwilligen. Ein Management-Erfahrungsbericht. In: OSC – Organisationsberatung, Supervision, Coaching 2/02, Jahrgang 9/2002 Opladen
- Schaaf-Derichs, Carola: „Auch Agent(ur)en müssen lernen ...“ Von der Notwendigkeit, Qualität mit Qualifikation in Freiwilligenagenturen zu verbinden. Dokumentation der KOMPASS-Ausbildung, Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (Hrsg.). Berlin 2002, im Ersch.
- Sliwka, Anne: Demokratie lernen und leben. Civic Education – Bildung für die Zivilgesellschaft. Freudenbergestiftung informiert. Weinheim 2001
- Thierse, Wolfgang: Bürgerschaftliches Engagement in modernen Gesellschaften. Abschlußvortrag auf der Konferenz German-American Transatlantic Dialogue. Berlin, Juni 2002 (Manuskript über Botschaft der USA in Berlin erhältlich)
- Vollmer, Antje: Stiftungen im Dritten Sektor. In: Graf Strachwitz (Hrsg.): Dritter Sektor, dritte Kraft. Stuttgart 1998

*Carola Schaaf-Derichs  
Geschäftsführerin der Freiwilligenagentur Berlins  
„Treffpunkt Hilfsbereitschaft“ und freie Organisationsberaterin*

# Beratung und Unterstützung von Senior/innen:

## Wie können Senior/innen gemeinsam aktiv sein?

### Selbstbestimmtes bürgerschaftliches Engagement in Seniorenbüros

#### Mitbestimmen und -gestalten

Engagementberatung und projektbezogene Gruppenaktivitäten bilden die Hauptaufgabenfelder von Seniorenbüros. Seniorenprojekte haben sich dabei stärker in Seniorenbüros angesiedelt als dies vielerorts in der Ursprungskonzeption des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (in der Gründungszeit der Seniorenbüros: Bundesministerium für Familie und Senioren) abzusehen war.

Die Evaluation des fünfjährigen Modellprogramms spiegelte den Wunsch von Senior/innen wider, sich im Seniorenbüro selbst zu engagieren. Häufig war hierfür die Ursache, daß keine adäquaten Tätigkeitsfelder für engagementbereite Senioren/innen gefunden werden konnten. Diese Schiefelage wiederum rührt aus dem großen Angebot ‚traditioneller‘ Aufgabenfelder für Senior/innen her, die charakterisiert waren durch ein geringes Maß an Mitbestimmung über Art und Umfang der Tätigkeiten und deren kreative Gestaltungsspielräume. Als Beispiele seien an dieser Stelle die Einsatzgebiete ‚Kaffeekochen in Seniorenbegegnungsstätten‘, ‚Einsätze im Besuchsdienst einer Kirchengemeinde‘ und die ‚Ausgabe in der Kleiderkammer‘ genannt. Die Tätigkeiten selbst waren und sind meist statisch festgelegt, die Anbindung an eine Einrichtung ist bestimmend für die Umsetzungsweise. Eine eigenständige Projektentwicklung im Interesse der ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen war und ist von Trägerseite (zumeist Wohlfahrtsverbänden und kommunalen Hilfseinrichtungen) eher selten gewünscht.

Der Wunsch von Senior/innen, die die Engagementberatung aufsuchen, besteht nun oft gerade darin, eigene berufliche, familiäre und durch Lebenserfahrung erworbene Kompetenzen einzubringen. Die vorhandenen Tätigkeitsfelder entsprechen jedoch eher dem Negativimage des ‚traditionellen‘ Ehrenamtes: viel Arbeit, wenig Mitsprache, eigene Kenntnisse kaum erforderlich. Der Begriff *Laienhelfer/in* (wenn auch die Praxis sich durchaus anders darstellt) untermauert dieses Vorurteil symbolisch: Es werden hilfsbereite Menschen gesucht, deren Vorkenntnisse über das Aufgabengebiet zunächst als *laienhaft* – also unqualifiziert – eingestuft werden. Das große Interesse vieler Senior/innen, im Seniorenbüro selbst oder in einem seiner Projekte mitzuarbeiten bzw. eine eigene Initiative zu starten, resultiert aus dem Wunsch heraus, ein geeignetes Tätigkeitsfeld zu finden, das sonst nicht angeboten wird und in dem *mein Wissen* und *meine Erfahrung* gebraucht werden.

### **Kompetenzen einbringen, neue Beziehungen und soziale Kontakte aufbauen**

Seniorenbüros zielen bei ihrer seniorenspezifischen Ausrichtung besonders auch auf den Wunsch vieler Senior/innen nach dem Ende des Berufslebens und der aktiven Familienphase, neue, verlässliche Kontakte und Beziehungen aufzubauen. Vielfach führt ein abrupter, unbefriedigender Berufsausstieg zu einem Verlust an Identität, Bindungen und Beziehungen. Eigene Kenntnisse und Erfahrungen werden „nicht mehr gebraucht“, kollegiale Beziehungen gehen verloren. Seniorenbüros sind Anlaufstellen für ältere Menschen, die in einer neuen Lebensphase adäquate Handlungsfelder erschließen wollen und die eigene Kenntnisse und Lebenserfahrungen außerhalb der häuslichen Umgebung einbringen möchten. Seniorenbüros bieten damit in einer biographischen Phase der Neu-Orientierung eine Entscheidungshilfe.

Ein ehrenamtliche oder freiwillige Tätigkeit hat also in der Engagementberatung und in der folgenden Umsetzung in eigenen Projekten auch ein perspektivische Seite. Projekte gehen für die Akteure mit einem neuen Lebensabschnitt einher und erschließen neue Handlungsräume bei der Lebensgestaltung im Alter.

### **Handlungsfelder / Projekte in Seniorenbüros – Gemeinschaften über das Tätigkeitsfeld hinaus**

Zwei wesentliche Stränge haben sich aus der Engagementbereitschaft älterer Menschen in und um Seniorenbüros entwickelt. Zum einen sind dies seniorenspezifische Projekte, die überwiegend Teamarbeit zwischen Menschen in der nachberuflichen und nachfamiliären Lebensphase (Altersgruppe Mitte 50 bis 90) bedingen. Andererseits stellen generationsübergreifende Projekte und Initiativen eine Verbindung zwischen jüngeren und älteren Generationen her. Im folgenden soll auf die beiden unterschiedlichen Praxisformen exemplarisch eingegangen werden.

#### **Seniorenspezifische Projekte. Voraussetzungen bei der Projektkonzeption**

Seniorenspezifische Arbeit ist per se bereits auch generationsübergreifend angelegt: Sehr häufig finden sich neben engagierten 60jährigen auch viele 80jährige und Ältere in den Projekten. Darüber hinaus sind die Zielgruppen der Tätigkeitsfelder meist hochbetagte ältere Menschen, deren Alter noch deutlich höher sein kann. Vom biographischen Hintergrund beleuchtet handelt es sich einerseits um eine Generation, die noch während der Kaiserzeit oder in der Weimarer Republik herangewachsen ist. Die jüngere Generation der Älteren blickt auf eine Kindheit und Jugendzeit in der Diktatur des Nationalsozialismus und später auf den demokratischen Neu-Aufbau im Nachkriegsdeutschland zurück. Bei solch unterschiedlichen biographischen Hintergründen bleibt es nicht aus, daß die *älteren Generationen* ihre unterschiedlichen Interessen einbringen und sich gleichzeitig in sehr vielfältigen Lebenssituationen befinden. Ebenso gibt es erhebliche Unterschiede bei Lerngewohnheiten, kulturellen Gepflogenheiten und bei kommunikativen Umgangsformen.

---

Die einzelnen Projektkonzepte spiegeln jedoch meist den Wunsch wider nach

- stark handlungsorientierter Bildung und Wissenserweiterung, u. a. durch *Learning by doing*
- solidarischen Kontakten, Gemeinschaftsleben und Miteinander
- kultureller und gesellschaftlicher Teilhabe durch Einbringen von Erfahrungswissen

Projekte müssen mindestens diese Interessen berücksichtigen, wenn sie dauerhaft erfolgreich sein sollen. Die Aktivitäten selbst sind nicht bestimmt von Prozessen des Arbeitslebens, wie meist bei der jüngeren Generation. Ein besonderes Merkmal dieser Projekte ist es deshalb beispielsweise, daß sie zumeist tagsüber stattfinden, weil sie zum Alltag der Älteren gehören. Generationenübergreifende Initiativen müssen aufgrund beruflicher oder familiärer Anforderungen sehr häufig auf Abendstunden ausweichen.

### **Beispiele seniorenspezifischer Projekte**

Projekte Älterer in Seniorenbüros – wie sie nachfolgend beschrieben werden – sind nicht so sehr aus einer defizitären Betrachtung von gesellschaftlichen Bedarfen heraus entstanden; vielmehr basieren sie auf der Initiative, dem bürgerschaftlichen Engagement und der phantasievollen Idee einzelner Senior/innen und Senioren. Sie setzen bei eigenen Kompetenzen an, verknüpfen individuelle Interessen mit dem Wunsch, „etwas für andere zu tun“.

### **Beispiel 1: Selbstorganisierte Lerngruppen für den Umgang mit dem Computer**

An unterschiedlichen Projektstandorten, v. a. aber auch in den traditionellen Seniorenbegegnungsstätten, ist der Umgang mit Computern fester Bestandteil des Programms geworden. Die Lerninteressen der Älteren beinhalten den Wunsch, an technologischen Fortschritten teilzuhaben bzw. die Neuen Medien selber aktiv zu nutzen. In Seniorenbüros gelingt der Aufbau selbstorganisierter, Lerngruppen meist gut; Ältere geben ihr erworbenes Wissen weiter, stehen den Lernbiographien ihrer ‚Schüler/innen‘ sehr nahe. Die Senioren-PC-Trainer entscheiden sich selbst für *ihr* Lehrkonzept. Es besteht zumeist darin, individuell auf einzelne Teilnehmer/innen und deren Lerntempo einzugehen. Überwiegend wird Basiswissen vermittelt, denn für die meisten Nutzer/innen ist es ein Erstkontakt mit den Computern.

Seniorenbüros bieten für Lerngruppen einen geschützten Rahmen. Ältere stehen dabei nicht in Konkurrenz zu jüngeren Menschen (oft gleichbedeutend mit schneller Lernenden, die zudem einem höheren Lernerfolgsdruck durch berufliche Anforderungen ausgesetzt sind). Darüber hinaus wird Raum für persönliche Kontaktaufnahme miteinander gelassen. Hierfür schaffen Trainer/innen eine vertrauenerweckende, kooperative Grundstimmung, ohne besonderen Leistungsdruck.

### **Beispiel 2: Aufbau von ‚Rentnerhandwerkerdiensten‘**

Berufliche Kompetenzen und Lebenserfahrungen älterer Menschen (meist Männer) können in sog. Handwerkerprojekten bei Seniorenbüros einfließen. Besonders erfolgreich sind diese Projekte da, wo sie alleinstehenden, vereinsamten oder hochbetagten alten Menschen bei alltäglichen Reparaturen im Haushalt behilflich sind. Typische Hilfeleistungen sind das Befestigen einer wackeligen Schranktür, das Auswechseln von Glühbirnen oder das Aufhängen eines kleinen Regals. Der Umfang der Dienstleistungen, ebenso wie ihre Grenzen, werden mit der örtlichen Handwerkskammer abgestimmt, um nicht in Konkurrenz zu gewerblicher Arbeit zu treten.

Es empfiehlt sich ein eigener Telefonanschluß, der mit einer/m Einsatzkoordinatoren/in besetzt sein sollte. Erfahrungen mit bestehenden Projekten in Seniorenbüros zeigen, daß der Einsatzgrund (Reparaturauftrag) häufig hintergründig mit dem Wunsch nach einem Gespräch bei einer Tasse Kaffee verbunden wird. Insofern leisten die ehrenamtlichen Mitglieder von Handwerkerdiensten nicht nur Erste Hilfe bei kleineren Schadensfällen, sondern es entstehen im Idealfall Folgekontakte zu weiteren Anlaufstellen und Treffpunkten für ältere Menschen im Wohnquartier. Rentner-Handwerkerdienste bieten ihre Dienste zumeist generationsübergreifend an, z. B. für Alleinerziehende oder Sozialhilfe Empfänger/innen. Überwiegend Ältere fordern die Unterstützung jedoch ab.

### **Beispiel 3: Wohnquartiersbezogene Unterstützung von hochbetagten Älteren – Besuchsdienstgruppen, Freundeskreise und Senioren-Selbsthilfeprojekte**

Eng verknüpft mit den Problemlagen einsamer, isoliert lebender älterer Menschen entstehen zunehmend unabhängige Besuchgruppen. Einerseits können diese sich als ‚Verein‘ oder ‚Patenschaft‘ als juristische Person konstituieren, zum anderen sind sie häufig an bestehende Anlaufstellen angelehnt – z. B. an Seniorenbüros, Beratungsstellen für ältere Menschen oder an Stadtteiltreffpunkte. Die Vorbereitung und fachliche Begleitung der Einsätze erhält zunehmend eine zentrale Bedeutung. Dazu gehören der Erfahrungsaustausch und die Reflexion über Erlebnisse mit beispielsweise demenzkranken Älteren oder aber die gezielte Weiterbildung zu wichtigen Fragen des Alters.

Seniorenbüros unterstützen die Gründung von Besuchgruppen als Verein oder bilden selbst den formellen Rahmen für die selbstbestimmten Gruppentreffen. Hier werden Entscheidungen über das Einbringen eigener zeitlicher Kapazitäten sowie die Art und den Umfang der Aktivitäten getroffen. Da die Motivation für die Mitarbeit stärker aus einer eigenen Betroffenheit (eigene Angehörige haben unter Vereinsamung gelitten, antizipierte eigene Lebenslage) oder dem Wunsch nach Kontakten herrührt, sind regelmäßige Treffen unerlässlich.

### **Generationenübergreifende Projekte**

Diese Projektplattform bietet für Ältere eine besondere Gelegenheit, Erfahrungswissen einzusetzen. Hierbei gestalten ehrenamtliche Ältere und jüngere Menschen

---

gemeinsam ihr Lebensumfeld in Stadt und Land. Solcherlei Projekte haben für die älteren Aktiven in Seniorenbüros eine besondere Bedeutung, denn generationsübergreifende Ansätze schlagen eine Brücke zu jüngeren Menschen jenseits des familiären Umfeldes. Es entstehen im Dialog und / oder bei der Teamarbeit lose Verbindungen mit gemeinsamer Zielrichtung. Die Projekte wurden ausgewählt, weil sie Verbindungen zum Alltagsleben (Schule, Lernen, Wohnen) der jüngeren Generation herstellen. Dadurch erhalten sie eine wichtige praktische Relevanz.

### **Beispiel 1: Zeitzeugenbörsen**

Die ältere Generation arbeitet bei dieser Projektkonzeption zunächst eigene, authentische Lebenserinnerungen auf. Die älteren Zeitzeugen lernen auch, Erlebnisse anhand historischer Ereignisse (z. B. Nationalsozialismus, Gründungszeit der Bundesrepublik) oder eigener biographischer Lebensphasen (Arbeitsleben, Kinderzeit, Schule) für die jüngere Generation schlüssig und prägnant darzustellen. Sie bereichern damit den Geschichtsunterricht in Schulen oder beruflichen und universitären Ausbildungsstätten. Die Zeitzeugen werden dabei auf einen Dialog mit der jüngeren Generation vorbereitet. Der Austausch setzt jedoch ein beiderseitiges Interesse an den Lebensumständen der jeweiligen Gruppe voraus. Ein ergiebiger Dialog mit Zeitzeugen sollte durch entsprechende historische Vorkenntnisse oder vorüberlegte Fragen der Kurse und Schulklassen vorbereitet sein.

Seniorenbüros bilden einen guten Ausgangspunkt für die Interessen der aktiven Zeitzeugen. Sie tragen dazu bei, daß sich ein reflexiver Umgang mit dem eigenen Erfahrungswissen (Erlebnisse und ihre historische Einbindung) und den Fragen und Themen der jüngeren Generation vollzieht. Hierzu ist regelmäßiger Austausch untereinander notwendig ebenso wie eine verbindliche Anlaufstelle, die zusichert, daß Zeitzeugen nicht unvorbereitet in den Dialog mit der jüngeren Generation treten.

### **Beispiel 2: Hausaufgabenhilfen und Patenschaften ‚Jung und Alt‘**

Besonderes Interesse haben Hausaufgabendienste von älteren Menschen für Kinder in vielen Seniorenbüros hervorgerufen. Zumeist bilden Ältere durch ihre Ruhe und Souveränität Kindern einen schützenden Rahmen, in dem sie sich regelmäßig treffen können, bei dem kein Druck ausgeübt wird und wo – idealerweise – mehr Zeit für Fragen zur Verfügung steht. Zudem leisten ältere, ehrenamtliche Mitarbeiter/innen Übungseinheiten zur Verbesserung von Sprachkenntnissen bei Initiativen mit Flüchtlingskindern. Häufig reicht die Unterstützung durch die Einrichtungen für die ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen nicht aus. Die Älteren sollten im größeren Kreis eine Möglichkeit erhalten, sich über die Erfahrungen mit den Jüngeren auszutauschen. Seniorenbüros bilden hierfür einen geeigneten Rahmen, um gemeinsame Aktivitäten und Kontakte über die ehrenamtliche Tätigkeit hinaus auszubauen.

Projekte, die Ältere und Jüngere in familienähnlichen Konstellationen und Tätigkeitsfeldern in Kontakt bringen, haben in der Vergangenheit ebenfalls großes

Interesse geweckt. Häufig verbinden insbesondere die Älteren den Wunsch damit, nicht nur als ‚Aushilfs-Babysitter‘ gebraucht zu werden, sondern dauerhafte Kontakte zu jüngeren Familien zu erhalten. Projekte in Seniorenbüros müssen hier die Nähe-Distanz-Fragen aus einer solchen ehrenamtlichen Tätigkeit thematisieren, um eigene Erwartungen realitätsnah mit den jüngeren Familien abzustimmen.

### **Beispiel 3: Wohnprojekte**

Gemeinschaftliche Wohnprojekte mit Jung und Alt entsprechen häufig auch dem Wunsch, Vereinsamung im Alter präventiv zu vermeiden. Hierzu werden in den jüngeren und älteren Mietern/innen eines Wohnprojektes ‚Wahlfamilien‘ gesehen, die insbesondere dem Wohnen in anonymen Großstadtsiedlungen entgegenwirken sollen. In der Gründungsphase eines solchen Projektes – sehr häufig sind Seniorenbüros Ausgangspunkt und *Keimzelle* für eine solche Initiative – besteht der Wunsch, über das Wohnen hinaus Begegnungsort für andere Gruppen des ländlichen oder städtischen Wohnquartiers zu sein. Aus der Entwicklung gemeinsamer Ziele und Umsetzungswege eines Projektes entstehen neue Gemeinsamkeiten und Interessen. Für die Älteren, die ein Projekt initiieren wollen, bilden Seniorenbüros den Rahmen, eigene Lebensziele zu bestimmen und mit Gleichaltrigen zu diskutieren.

### **Fazit – Erfahrung und Kompetenzen können in Projekten von Seniorenbüros gut eingebracht werden**

Seniorenbüros fungieren als Katalysatoren eines Paradigmenwechsels in der offenen Altenarbeit. Sie sprechen gezielt Kompetenzen älterer Menschen an, ermöglichen aktive Teilhabe und Mitsprache in Tätigkeitsfeldern bürgerschaftlichen Engagements. Die Projektentwicklung in Seniorenbüros hat dies in unterschiedlichen Ansätzen der Selbstorganisation von Seniorengruppen aufgegriffen. Dabei werden besondere Fähigkeiten älterer Menschen gefordert, die am besten durch den Begriff ‚Erfahrungswissen‘ gekennzeichnet werden können. Subsumiert sind mit Erfahrungswissen z. B. Eigenschaften wie Teamfähigkeit, Solidarität, Gelassenheit, kritische Distanz, Geduld und Toleranz. Diese Eigenschaften, verbunden mit einer selbstreflexiven Ebene über den Einsatz der eigenen Kenntnisse, kommen vielen seniorenspezifischen und generationsübergreifenden Ansätzen bei der Umsetzung zugute.

Das kompetenzgeprägte Leitbild des *selbstbestimmten und selbstorganisierten* Handlungsfeldes für aktive Senior/innen ist aber in Seniorenbüros erst erfolgreich realisiert worden, als hiermit einhergehend dem besonderen Wunsch nach Kontakten, Gemeinschaftsbildung und Akzeptanz entsprochen werden konnte.

Ulrich Kluge  
Seniorenbüro Hamburg e. V.

# Autorinnen und Autoren

---

Doris Appel  
BüroAktiv im Institut für Sozialarbeit e. V.  
Oberlindau 20  
60323 Frankfurt am Main  
Tel: 069 / 97 20 17 31  
E-Mail: Institut-Buero-Aktiv@t-online.de

Ralf Baumgarth  
Der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband  
Moltkestraße 7  
69120 Heidelberg  
Tel.: 06221 / 40 17 71  
Fax:: 06221 / 41 01 59  
E-Mail: ralf.baumgarth@paritaet-hd.de

Monika Bobzien  
Selbsthilfezentrum München  
Bayerstraße 77a  
80335 München  
E-Mail: monika.bobzien@shz-muenchen.de

Dr. Alexander Brandenburg  
Stadt Herne, Gesundheitsamt  
Postfach 10 18 20  
44621 Herne

Olaf Ebert  
Vorstand Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e. V. (bagfa)  
c/o Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e. V.  
Mittelstr. 14  
06108 Halle  
Tel.: 0345 / 200 28 10  
E-Mail: olaf.ebert@freiwilligen-agentur.de

Dr. Ulrich Kettler  
Kreisverwaltung Neuwied  
Postfach 2161  
56562 Neuwied  
E-Mail: ulrich.kettler@kreis-neuwied.de

# Autorinnen und Autoren

---

Ulrich Kluge  
Seniorenbüro Hamburg e. V.  
Steindamm 87  
20099 Hamburg  
Tel.: 040 / 30 39 95 07  
E-Mail: Senioren1@aol.com

Regina Riedel  
Vorstand Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e. V.  
Roseggerstraße 1  
01445 Radebeul  
E-Mail: regina-riedel@t-online.de

Carola Schaaf-Derichs  
Treffpunkt Hilfsbereitschaft  
Torstraße 231  
10115 Berlin  
Tel.: 030 / 20 45 06 36/37  
E-Mail: freiwilligenagentur@snafo.de

Marion Schutt  
Heidelberger Selbsthilfe- und ProjekteBüro /  
FreiwilligenBörse Heidelberg  
Alte Eppelheimer Straße 38  
69115 Heidelberg  
Tel.: 06221 / 18 42 90 oder 61 94 44  
Fax: 06221 / 16 13 31  
E-Mail: marion.schutt@paritaet-hd.de

Christian Wienberg  
Vorstand Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e. V. (BaS)  
Sonnentauweg 10  
21502 Geesthacht  
Tel.: 04152 / 87 66 88  
E-Mail: christian.wienberg@seniorenbueros.org



# Impressum

Herausgeber:

Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von  
Selbsthilfegruppen (NAKOS), Wilmersdorfer Str. 39, D - 10627 Berlin

Tel: 0 30 / 31 01 89 60 Fax: 0 30 / 31 01 89 70

Internet: [www.nakos.de](http://www.nakos.de) E-Mail: [selbsthilfe@nakos.de](mailto:selbsthilfe@nakos.de)

© NAKOS 2002

ISSN 1615-5904

**Redaktion:** Jutta Hundertmark-Mayser, Bettina Möller, Wolfgang Thiel, Klaus Balke. **Layout:** Mareike Dreher.  
**Druck:** H+P Druck, Berlin. Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier. **Auflage:** 2.000. **Erscheinungsweise:**  
unregelmäßig. In der Reihe NAKOS-EXTRA erscheinen in loser Folge Beiträge zu aktuellen Tendenzen und  
Entwicklungen in der fachlichen und institutionellen Förderung von Selbsthilfegruppen. Namentlich bezeichnete  
Beiträge werden von den Autorinnen und Autoren selbst verantwortet.

Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung.

Mit der finanziellen Unterstützung durch das Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).



Deutsche  
Arbeitsgemeinschaft  
Selbsthilfegruppen e.V.